

**TÄTIGKEITSBERICHT DES LANDRATES  
ÜBER DIE ARBEIT DER  
KREISVERWALTUNG TELTOW-FLÄMING  
2003**

Drucksachen-Nummer 3-0090/04-LR

## Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
<i>Vorwort des Landrates</i>	3
 <u>Landratsbereich</u>	
Kämmerei	4
Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte	5
Behinderten- und Seniorenbeauftragte	7
Wirtschaftsförderungsbeauftragter	9
Pressestelle	12
 <u>Dezernat I</u>	
Hauptamt	16
Personalamt	23
Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt	24
Rechtsamt	25
 <u>Dezernat II</u>	
Amt zur Regelung offener Vermögensfragen	29
Ordnungsamt	31
Straßenverkehrsamt	36
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	41
Umweltamt	47
 <u>Dezernat III</u>	
Schulverwaltungs- und Kulturamt	49
Sozialamt	53
Jugendamt	55
Gesundheitsamt	57
Staatliches Schulamt	58
 <u>Dezernat IV</u>	
Planungsamt	61
Kataster- und Vermessungsamt	65
Untere Bauaufsichtsbehörde	67
Hoch- und Tiefbauamt	73
Landwirtschaftsamt	76



Luckenwalde, Januar 2004

Sehr geehrte Abgeordnete des Kreistages Teltow-Fläming,

vor Ihnen liegt der Tätigkeitsbericht des Landrates, der Sie über die Arbeit der Kreisverwaltung im vergangenen Jahr informieren soll. Die einzelnen Ämter und Sachgebiete ziehen darin Bilanz und zeigen auf, was im Jahr 2003 erreicht worden ist. Selbstverständlich wird auch kritisch beurteilt, wo es Probleme gab und was verbessert werden muss, um noch effektiver und vor allem bürgerfreundlicher zu arbeiten.

Die vergangenen Monate waren nicht immer einfach, aber durchaus auch erfolgreich. Erst im Dezember 2003 wurde bekannt, dass der Landkreis Teltow-Fläming nach einer deutschlandweiten Untersuchung des Wirtschaftsmagazins Focus-Money zum wiederholten Male die Nummer 1 in den neuen Bundesländern ist. Darauf können wir alle zu Recht stolz sein.

Erfolg entsteht nicht im Selbstlauf. Wie Sie, werte Abgeordnete, dem vorliegenden Bericht entnehmen können, wurde im vergangenen Jahr vor allem in die weitere Entwicklung der Infrastruktur unserer Region investiert. Schwerpunkt war der weitere Ausbau der Bundesstraße 101 – sichtbare Ergebnisse sind u.a. die im Sommer 2003 übergebene neue Ortsumfahrung der Stadt Jüterbog oder die im Bau befindlichen Umgehungen für Luckenwalde und Trebbin. Im Süden des Landkreises ist mit der Flaeming-Skate, Europas erster und größter Skate-Region, eine touristische Infrastruktur entstanden, die zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor geworden ist.

Der vorliegende Bericht kann selbstverständlich nicht jedes Detail der umfangreichen Arbeit des Vorjahres wiedergeben. Er soll Ihnen vielmehr dazu dienen, sich aus der Sicht der Verwaltung ein Bild über Schwerpunkte und Aktivitäten der vergangenen zwölf Monate machen zu können, damit sie diese bewerten, beurteilen und einschätzen können. Nur mit dem Wissen um das, was in der Vergangenheit geleistet worden ist, lassen sich die Aufgaben der Zukunft erfolgreich angehen.

In diesem Zusammenhang danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihr Engagement im Jahr 2003. Ich gehe davon aus, dass der Landkreis Teltow-Fläming dank unserer gemeinsamen Arbeit noch attraktiver und lebenswerter wird.

Ich wünsche Ihnen ein erfolgreiches, gesundes Jahr 2004 und viel Schaffenskraft, um die bevorstehenden Aufgaben mit großem Erfolg zu bewältigen.

Peer Giesecke

## Landratsbereich

Die **Kämmerei** ist dem Landratsbereich zugeordnet und gliedert sich in die Sachgebiete Haushaltsführung und Vollstreckung.

### Sachgebiet Haushaltsführung

Am 16. Dezember 2003 wurde die Haushaltssatzung 2003 durch den Kreistag beschlossen. Diese Haushaltssatzung beinhaltet eine Kreditaufnahme in Höhe von 14.335.800 €. Darin enthalten sind Kredite für den Ausbau der B 101, für die Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises, für die Flugplatzgesellschaft Schönhagen und für die Luba GmbH. Der Haushaltsplan 2003 wurde mit einem Gesamtvolumen von 153.281.900 € ausgeglichen aufgestellt.

Im März wurde die Jahresrechnung 2002 durch die Kämmerei aufgestellt und vom Landrat festgestellt. Der Verwaltungshaushalt wurde ausgeglichen abgeschlossen. Der Vermögenshaushalt schloss mit einem Fehlbetrag von 3.051.743 € ab. Dieser entstand aus einem nicht realisierten Grundstücksverkauf sowie aus Mindereinnahmen von nicht eingegangenen Fördermitteln für das Oberstufenzentrum Luckenwalde. Am Bestand der allgemeinen Rücklage erfolgte keine Veränderung.

Im Oktober 2003 wurde die 1. Nachtragshaushaltssatzung mit einem Gesamthaushaltsvolumen bei den Einnahmen in Höhe von 146.422.100 € und bei den Ausgaben in Höhe von 152.772.000 € aufgestellt und festgestellt.

Erstmals ergab sich bei der Aufstellung der Nachtragssatzung ein Fehlbetrag in Höhe von 6.349.900 €. Die Ursachen liegen in den drastischen Kürzungen durch das Land Brandenburg, z. B. bei den Schlüsselzuweisungen. Der Vermögenshaushalt ist ausgeglichen. Dementsprechend wurde ein Haushaltssicherungskonzept erarbeitet. Der Landkreis hat die Entwicklung der Haushaltssituation für die kommenden Jahre eingeschätzt und dargelegt, ab wann ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden könnte. Das Haushaltssicherungskonzept und der Nachtrag 2003 wurden am 15.12.2003 durch den Kreistag beschlossen.

Im Haushaltsjahr wurde der Kassenkredit regelmäßig in Anspruch genommen.

Folgende Baumaßnahmen konnten in diesem Jahr weitergeführt oder fertiggestellt werden:

- Turnhalle Gymnasium Rangsdorf
- Rad- und Skateweg „Flaeming-Skate“

## Sachgebiet Vollstreckung

Seit nunmehr drei Jahren werden die Vollstreckungsaufträge mit Hilfe der PC-Software "AVVISO" erfasst und bearbeitet, so dass mittlerweile ca. 15.500 Schuldner mit rund 24.000 einzelnen Vollstreckungsfällen gespeichert sind.

Im Jahr 2003 sind 5.660 neue Vollstreckungsaufträge eingegangen. Der Wertumfang der Neuzugänge beträgt 630.117 €. Es konnten 2.626 Fälle durch Beitreibung der Geldforderung erledigt werden. Dies entspricht einer Einnahme von 305.084 €. Weiterhin wurden 2.110 Fälle befristet bzw. unbefristet niedergeschlagen. Der Wertumfang der Niederschlagungen beträgt 317.250 €.

Im Jahr 2003 sind insgesamt 1.912 Amtshilfeersuchen durch das Land Brandenburg bearbeitet worden. Durch die Vollziehungsbeamten des Landkreises wurden durchschnittlich 113 Schuldner im Monat aufgesucht.

Die Europäische Union (EU) hat drei Antidiskriminierungs-Richtlinien verabschiedet: Die erste regelt die Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft. In der zweiten Richtlinie werden die Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter und sexuelle Ausrichtung als Diskriminierungsgründe benannt. Das dritte Papier ändert die Richtlinie zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen. Die Umsetzung dieser Richtlinien ist Inhalt der Arbeit der **Ausländer- und Gleichstellungsbeauftragten**.

Sie widmet sich Querschnittsaufgaben, die alle Lebensbereiche, wie Beruf, öffentliches Leben, Bildung und Ausbildung, Familie und soziale Sicherheit verwaltungsintern und extern erfassen.

Im Landkreis Teltow-Fläming leben 160.695 Menschen, 81.141 (50,5%) davon sind weiblichen Geschlechts. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Landkreis Teltow-Fläming beträgt 1,8 %, davon sind 627 Flüchtlinge und 2.367 ausländische Bürgerinnen und Bürger.

In der Kreisverwaltung hält die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte ständigen Kontakt zu den Fachämtern, um die Forderungen des Grundgesetzes nach Gleichstellung und Gleichbehandlung von Frauen, Männern sowie ausländischen Bürgerinnen und Bürgern zu erfüllen und deren gleichberechtigte Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Frauenförderung ist darauf ausgerichtet, durch Regelungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie die vorhandenen Strukturen so zu verändern, dass es den Frauen ermöglicht wird, in allen Funktionen entsprechend ihren Fähigkeiten vertreten zu sein. Die Gleichstellungsbeauftragte ist Mitglied in der Steuerungsgruppe der regionalen Verzahnungsstelle, einem Instrument der Landesregierung, in dem Arbeitsmarktpolitik mit Strukturförderung - unter Einbeziehung der Forderungen von Gender Mainstreaming – verzahnt wird.

Zur Förderung lokaler Initiativen für neue Beschäftigung hat im Landkreis Teltow-Fläming ein Initiativbüro seine Arbeit aufgenommen, um vor allem Frauen zu fördern. Im Regionalbeirat ist die Gleichstellungsbeauftragte Ansprechpartnerin bei der Projektauswahl.

Die Förderung der Integration der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in ihren Wohnorten ist ein Schwerpunkt der Arbeit. Dabei ist das bürgerschaftliche Engagement der einzelnen Initiativen in den Kommunen ein wichtiger Bestandteil.

Einer der Schwerpunkte in der kreislichen Arbeit ist der Bereich Kinder- und Jugendarbeit. Mit Projekten zur interkulturellen Arbeit wurden durch die Ausländerbeauftragte in den Schulen Kenntnisse vermittelt, wie z.B. zu Fluchtgründen, zur Lebenssituation im Asylverfahren und zur Religion. Aus diesen Projekttagen entwickelten sich neue Formen der Zusammenarbeit, so zum Beispiel Treffen der Schüler mit den Kindern und Jugendlichen in den Flüchtlingswohnheimen.

Weiterhin gab es auch wieder Begegnungen mit In- und Ausländern, wie z.B. Feste der Begegnung in Niedergörsdorf, Jüterbog und Luckenwalde sowie Straßen-Fußball-Turniere und Ferienfreizeiten in Zusammenarbeit mit der Brandenburgischen Sportjugend. Hier wurden bereits in die Organisation die ausländischen Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern und die Großeltern einbezogen. Diese Veranstaltungen sind in den Kommunen schon zu einem festen Bestandteil der Integrationsarbeit geworden und leisten einen Beitrag zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit.

Ein Höhepunkt war die landesweite Eröffnung der Interkulturellen Woche 2003 im Landkreis Teltow-Fläming, eingebettet in das erste Brückenfestival in Ludwigsfelde.

Die Beauftragte ist gleichzeitig Multiplikatorin bei der Vermittlung von Fachwissen, bedingt durch die enge Zusammenarbeit mit der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg, die Mitarbeit im Flüchtlingsfrauenbeirat und als Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten des Landes Brandenburg. Durch die Vielfalt der Aufgabenbereiche ist es wichtig, ständig Kontakte mit anderen Bundes- und Landesbehörden zu halten, um schnell auf neue Regelungen, die sich auf frauen- und gleichstellungsrelevante Problemstellungen beziehen, reagieren zu können. In der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeauftragten lag der Schwerpunkt in der Erarbeitung des Integrationskonzeptes für Ausländer und Spätaussiedler für das Land Brandenburg.

Wichtige Bündnispartner in der Jugend- und Ausländerarbeit sind die Mitglieder des Arbeitskreises "TF gegen Gewalt", die Fördervereine der Schulen, das Mobile Beratungssystem Schule und die Niederlassung Trebbin der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule Brandenburg e.V. Auf der Gleichstellungsebene ist es das "Frauen Netzwerk Teltow-Fläming".

Das gezielte Zusammenführen von Projekten im Landkreis hat sich im Arbeitskreis gegen Gewalt bewährt. So wurden in den Beratungen mit Vertretern der Kommunen, Bürgerinnen und Bürgern, Jugendlichen, Mitarbeitern von Freizeiteinrichtungen, Lehrern und Erziehern Weiterbildungen angeboten, organisiert und auch durchgeführt. In den Schulen und Freizeiteinrichtungen wurden Projekte gegen Gewalt und Rassismus, aber auch Projekte zum Kennenlernen und Verstehen anderer Kulturen initiiert.

Das Frauennetzwerk arbeitet intensiv mit den Arbeitsämtern, Bildungsträgern und Beschäftigungsgesellschaften zusammen. In Zusammenarbeit mit der Verzahnungsstelle und den freien Trägern ist es wichtig, die wenigen Mittel, die der Frauenförderung zur Verfügung stehen, so effektiv wie möglich zu verwenden. So gilt es, Frauen in strukturbestimmende Maßnahmen der Arbeitsförderung zu integrieren und somit auch für den ersten Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Das Frauennetzwerk in Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsbeauftragten war in hohem Maße an der Planung, Organisation und Durchführung der 13. Brandenburgischen Frauenwoche beteiligt. Die Veranstaltungen konnten trotz der nicht vorhandenen finanziellen Mittel durch die Frauen in einer sehr guten Qualität und mit hohem Engagement durchgeführt

werden. Unter dem Motto "UnErhörte Weiblichkeit – Unsere Stärke ist die Zukunft" fanden zahlreiche Veranstaltungen in den Regionen statt. Das Miteinander der einzelnen Vereine und Initiativen zeichnet die neue Qualität der Frauenarbeit aus, sich selbst und auch andere zu aktivieren, zu motivieren und sich für die eigenen Belange zu engagieren. Aus dieser Zusammenarbeit haben sich kleine Strukturen des Miteinanders von deutschen und ausländischen Frauen, von Mädchen und Seniorinnen, behinderten und nicht behinderten Frauen entwickelt, die ihre Interessen nun auch gemeinsam vertreten.

Mit einem bundesweiten Aktionstag am 25. November 2003 wurde die Öffentlichkeit auf das Thema "Nein zu Gewalt an Frauen" aufmerksam gemacht. Es wurden Fahnen gehisst und Straßenaktionen durchgeführt. Außerdem gab es Informationsveranstaltungen zum Thema Gewalt und zur Umsetzung des Gewaltschutzgesetzes.

Die Kontaktpflege und der Erfahrungsaustausch mit den zuständigen Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit der Pressestelle hatten für die Gleichstellungsbeauftragte einen hohen Stellenwert, um Menschen für die besondere Thematik in der Gleichstellungs- und Ausländerarbeit zu sensibilisieren.

Der Landkreis war durch die Gleichstellungs- und Ausländerbeauftragte bei Landes- und Bundeskonferenzen vertreten.

Einen umfassenden Aufgabenbereich erfüllt auch die **Behinderten- und Seniorenbeauftragte**.

Mit Beschluss des Rates der Europäischen Union ist das Jahr 2003 zum Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen erklärt worden. Damit hatten behinderte Menschen die Möglichkeit, europaweit und öffentlichkeitswirksam auf sich und ihre Interessen aufmerksam zu machen. Nicht mehr ausgrenzende Fürsorge, sondern uneingeschränkte Teilhabe, nicht mehr abwertendes Mitleid, sondern völlige Gleichstellung, nicht mehr wohlmeinende Bevormundung, sondern das Recht auf Selbstbestimmung sind deshalb auch zu Recht die Überschriften einer gemeinsamen EU-Politik, deren Ziele über dieses Jahr hinaus wirken sollen.

Der Grundsatz, der für das EU-Jahr gilt „Nichts über uns ohne uns“, war auch das Motto für die Veranstaltungen im Landkreis Teltow- Fläming. Es gab vielfältige Veranstaltungen der Behindertenverbände und Selbsthilfegruppen in unserer Region. Es muss dabei aber leider festgestellt werden, dass aus finanziellen und logistischen Gründen die meisten Veranstaltungen in den Einzugsgebieten der Verbände und Gruppen stattfanden.

Die Auftaktveranstaltung war eine gemeinsame Veranstaltung der drei Bezirksgruppen des Blinden- und Sehbehindertenverbandes am 20. Februar 2003 im Rathaus der Kreisstadt Luckenwalde. Sie wurde von der Bezirksgruppe Luckenwalde in Zusammenarbeit mit den Bezirksgruppen aus Jüterbog und Zossen vorbereitet. Weitere Veranstaltungen, wie zum Beispiel „Wie barrierefrei ist der Nedere Fläming? Rollstuhlfahrer testen die Fläming Skate.“, ein Integrationsportfest in der Fläminghalle und Stadtbegehungen zur barrierefreien Nutzung für Menschen mit Behinderungen wurden angeboten.

Die Abschlussveranstaltung - ein Höhepunkt im EU-Jahr der Menschen mit Behinderungen - bildete das 3. Behinderten und Skaterfest am 27. September 2003 in Wahlsdorf im Amt Dahme/Mark. Hier trafen sich behinderte und nicht behinderte Menschen zu einer großen Integrationsveranstaltung. Die Veranstaltung stand unter Schirmherrschaft der Gattin des Bundespräsidenten, Frau Christina Rau.

In Deutschland leben über sechs Millionen Menschen mit Behinderungen. Im Landkreis Teltow-Fläming gibt es laut Auskunft des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg 9.155 Schwerbehinderte.

Die Altersstruktur stellt sich folgendermaßen dar:

von 4 bis 15 Jahre	221 Personen
von 15 bis 35 Jahre	759 Personen
von 35 bis 55 Jahre	2.021 Personen
von 55 bis 65 und mehr Jahre	6.154 Personen.

Die Behindertenbeauftragte ist die zentrale Ansprechpartnerin, die schnell und im unmittelbaren Kontakt helfen kann, die Verbindungen zu Verbänden und Organisationen, deren Arbeit den Behinderten dient, herstellen kann. Sie hat die Möglichkeit, sich direkt mit anderen Ämtern oder deren nachgeordneten Behörden in Verbindung zu setzen als auch durch eine eigenständige Pressearbeit behindertenpolitisch wirksam zu werden.

Die gute Zusammenarbeit mit dem Integrationsfachdienst des Arbeitsamtes Potsdam, in Trägerschaft der Johanniter wurde weiter ausgebaut. Es gibt regelmäßige Treffen, um Informationen über Fördermöglichkeiten und Finanzierungshilfen auszutauschen. Ziel ist, Menschen mit Behinderungen nachhaltig ins Arbeitsleben zu integrieren.

Eine besonders intensive Zusammenarbeit gibt es mit dem Gesundheits- und dem Sozialamt des Landkreises. Dadurch können Probleme, die in Beratungen und an Sprechtagen durch Behinderte oder deren Angehörige an die Beauftragte herangetragen werden, auf dem kürzesten Weg einer Lösung zugeführt werden. Beratungsstellen der freien Träger werden in die Arbeit mit einbezogen.

Die Zusammenarbeit mit der Unteren Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde des Landkreises Teltow-Fläming ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt in der Arbeit der Behindertenbeauftragten. Der Bundestag hat das "Gesetz zu Gleichstellung behinderter Menschen" (Behindertengleichstellungsgesetz – BGG ) im Mai 2002 beschlossen. Im § 4 ist die Barrierefreiheit bei baulichen und sonstigen Anlagen, Verkehrsmitteln, technischen Gebrauchsgegenständen, Systemen der Informationsverarbeitung und den Kommunikationseinrichtungen, wenn sie für behinderte Menschen in der allgemein üblichen Weise ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind, festgelegt. Das Landesgleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen wurde im Jahr 2003 durch den Landtag verabschiedet und bildet eine weitere Grundlage für die Zusammenarbeit mit allen Ämtern.

Die Sprecher der Selbsthilfegruppen und die Vorsitzenden der Behindertenverbände treffen sich regelmäßig mit der Behindertenbeauftragten und den Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamtes zum Erfahrungsaustausch. An den Vorstandssitzungen und Beratungen der Gruppen und der Verbände nimmt die Behindertenbeauftragte teil. Der Erfahrungsaustausch mit anderen Behindertenverbänden, z. B. Bad Salzuflen und Lutherstadt Wittenberg, wird weiter gefestigt und ausgebaut.

Die Politik für ältere Menschen steht vor der Aufgabe, sehr unterschiedlichen Lebenslagen, Bedürfnissen und Interessen gerecht zu werden. Hierbei steht weniger die zahlenmäßige Zunahme der älteren Bevölkerung im Vordergrund. Vor allem der tief greifende wirtschaftliche Umbruch der letzten Jahre hat das traditionelle Bild des Älterwerdens auch im Landkreis Teltow-Fläming verändert.

Ein Höhepunkt in der Arbeit ist die Seniorenwoche im Landkreis Teltow-Fläming. Durch den Kreissenorenbeirat wurden über 100 Veranstaltungen in den Städten und Gemeinden organisiert. Zu verzeichnen ist ein höherer Anspruch der Senioren an die Qualität der Veranstaltungen. Das ist zurückzuführen auf die neue Generation der Senioren, die auf Grund von Vorruhestands- oder Altersübergangsregelungen zeitiger in den Rentenstatus kommt, somit andere Ansprüche hat und nach neuen gesellschaftlichen Betätigungsfeldern sucht. Die Vielfalt der Veranstaltungen in kultureller, sportlicher, künstlerischer und politischer Hinsicht sind entscheidend für die Attraktivität der Begegnungen und damit für die Teilnahme der Seniorinnen und Senioren.

Ein weiterer Schwerpunkt war unter anderem die Europäische Seniorenarbeit in partnerschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern. Der Kreissenorenbeirat des Landkreises Teltow-Fläming pflegt Kontakte zum tschechischen Rentnerverband Prag und einer "Senioreninitiative" in Spindleruv Mlyn. Die generationsübergreifende Arbeit des Kreissenorenbeirates zeigt sich unter anderem in der Zusammenarbeit von Grundschulen in Tschechien (Marienbad) und in der Kreisstadt Luckenwalde. Diese Partnerschaft wurde durch den Kreissenorenbeirat des Landkreises Teltow-Fläming und den tschechischen Seniorenbeirat in Marienbad vorbereitet.

Der Bereich des **Wirtschaftsförderungsbeauftragten** (WFB), der dem Landrat direkt unterstellt ist, bearbeitet vier Schwerpunktaufgaben:

- Arbeitsmarktpolitik
- Öffentlicher Personennahverkehr
- Beteiligungsverwaltung
- Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Kammern, Verbänden u. a.

Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik versucht die Kreisverwaltung über verschiedene Projekte Einfluss auf einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu nehmen. Bei der gegenwärtig schlechten konjunkturellen Wirtschaftslage in Deutschland und darüber hinaus ist dies natürlich nur in bescheidenem Maße möglich. Nach wie vor gibt es im Landkreis ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle, was sich bei der Arbeitslosenquote im Durchschnitt bei ca. 6 % Unterschied zwischen den Arbeitsämtern Zossen und Luckenwalde darstellt. Die höchsten Quoten lagen für Luckenwalde im März bei 19,9 % (7.191 Personen) und für Zossen im März bei 13,6 % (6.633 Personen). Die niedrigsten Quoten erreichte Luckenwalde im Oktober mit 17,4 % (6.149 Personen) und Zossen im November mit 11,6 % (5.699 Personen).

Das erste Projekt ("RUNDE-Konzept+") befasst sich mit der Verzahnung von Infrastrukturmaßnahmen mit Maßnahmen der Arbeitsförderung unter Berücksichtigung von Gender Mainstreaming-Aspekten. Über dieses von EU und Land geförderte Programm, bei dem der Landkreis einen Eigenanteil von 25 % aufbringt und das durch eine für die Umsetzung eigens gegründete ARGE aus LUBA GmbH und GAG Klausdorf mbH umgesetzt wird, konnten bisher 32 Projekte mit einem Finanzvolumen von 4,5 Mio. € - davon 2,8 Mio. € für öffentlich geförderte Beschäftigung - unter Einsatz von 150 Frauen und 225 Männern gemeinsam mit Wirtschaftsunternehmen unseres Landkreises durchgeführt werden. Maßnahmeninhalte waren z. B. die Gewinnung historischer Baustoffe beim Abriss von Gebäuden, die Vorbereitung der Rekonstruktion der Mönchenkirche in Jüterbog oder die Rekonstruktion des Friedhofs in Zehrendorf. Das Projekt wird durch eine Steuerungsgruppe bei der Kreisverwaltung geführt und durch einen Beirat aus Vertretern der Arbeitsämter, Kammern, Kommunen und Trägerstrukturen unterstützt.

Ein zweites Projekt ist die landkreisübergreifende "Entwicklungspartnerschaft Strukturentwicklung und Arbeit Berlin-Brandenburg" (EP SABB), die im Rahmen des EU-Förderprogramms EQUAL ebenfalls unter Einsatz von Eigenanteilen des Landkreises arbeitet. Mit Hilfe von drei Projektsäulen (Beratungsverbund, Aus- und Weiterbildungsverbund und Integrationsverbund) erfolgen Betriebsberatungen, passgenaue Qualifizierungen für die Wirtschaft, verbunden mit dem Bemühen, auch besonders benachteiligte Personengruppen (u. a. Sozialhilfeempfänger) in den ersten Arbeitsmarkt wieder einzugliedern. Der WFB arbeitet in der Steuerungsgruppe der EP SABB und im Beratungsverbund mit. In letzterem wurden Beraterschulungen organisiert und Aufschließungsberatungen in zwölf Firmen des Landkreises durch den WFB durchgeführt, denen sich detaillierte Betriebsberatungen zum Equal-Gegenstand anschlossen. Im Ergebnis sind erste Einstellungen und Netzwerkbildungen zu verzeichnen.

Über das "Initiativbüro Fläming" unter Führung des VAB e. V., in dem der Landkreis Mitglied ist, und unter Mitwirkung der Mitarbeiterin für Arbeitsmarktpolitik beim WFB, Frau Lehmann, im Beirat dieses Projektes, konnten im Landkreis 13 Initiativen mit rund 100 T€ gefördert werden, von denen einige geeignet sind, in die Selbständigkeit zu führen. Andere dienen der Gründung lokaler Kooperationen oder Netzwerke, der Neugründung oder Professionalisierung von Vereinen, Verbänden und sonstigen Initiativen. Das Projekt wurde wegen seines großen Erfolgs bis zum 31.07.2004 verlängert, wodurch weitere Vorhaben finanziell gefördert werden können.

Dem großen Problem der Jugendarbeitslosigkeit stellt sich das Projekt "Starbag" gemeinsam mit dem Landkreis Dahme-Spreewald, in dessen Beirat ebenfalls Frau Lehmann mitarbeitet. Durch vielfältige Unternehmenskontakte ist es gelungen, von den beratenen und betreuten Jugendlichen insgesamt 82, davon 44 Jugendliche aus dem Landkreis Teltow-Fläming, in Arbeit bzw. Ausbildung zu vermitteln.

Durch die Mitarbeit des WFB in den Gesellschafterversammlungen der LUBA GmbH und der GAG mbH, in der Mitgliederversammlung des Futura e. V. und des VAB e. V., durch die Mitarbeit von Frau Lehmann im Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes Potsdam sowie durch enge Zusammenarbeit mit den beiden Arbeitsämtern unseres Landkreises und die Arbeit in o. g. Projekten nimmt die Kreisverwaltung unmittelbaren Einfluss auf die arbeitsmarktpolitische Entwicklung im Landkreis Teltow-Fläming.

Auf dem Gebiet des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wurde auch im Jahr 2003 an der Umsetzung der Zielstellungen des Nahverkehrsplanes 2000 – 2004 gearbeitet. In enger Zusammenarbeit mit den Verkehrsunternehmen und dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) ist es trotz schwieriger finanzieller Lage gelungen, eine dem Bedarf angepasste ÖPNV-Versorgung im Landkreis sicherzustellen. Der WFB war weiterhin im Beirat G des VBB GmbH tätig. Die Mitarbeiterin ÖPNV, Frau Hoffmann, organisierte gemeinsam mit dessen Vorsitzenden, Herrn Pannier, die Beratungen des Nahverkehrsbeirates, der die Arbeit der Verwaltung bei der Lösung von Fragen des ÖPNV auch im Jahr 2003 tatkräftig unterstützt hat.

In dem 2003 neu eingerichteten Sachgebiet Beteiligungsverwaltung befasst sich Herr Capalbo als Volljurist mit der Lösung einer Vielzahl von Rechtsfragen, die sich aus der Arbeit mit unseren Beteiligungen, Mitgliedschaften u. a. ergeben. Bei der Erarbeitung von Kreistagsvorlagen des Bereiches und durch die Prüfung von Vorlagen für Gesellschafterversammlungen und Aufsichtsratssitzungen kann jetzt intensiver darauf Einfluss genommen werden, dass alle rechtlichen Bestimmungen eingehalten und rechtliche Möglichkeiten besser ausgeschöpft werden. Das Angebot der Mandatsträgerbetreuung ist im Jahr 2003 noch nicht richtig angenommen worden. Allen nach der Wahl vom 26.10.03 gewählten Kreistagsabgeordneten, die in Aufsichtsräte oder andere Gremien von Unternehmen oder öffentlichen Körperschaften gewählt werden, wird die Wahrnehmung dieses Beratungsangebots empfohlen. Mit den Geschäftsführern der Gesellschaften mit kreislicher Beteiligung wurden regelmäßige Konsultationen beim Landrat eingeführt.

Die Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Kammern und Verbänden konnte im Jahr 2003 auf vielfältige Weise praktiziert werden. So wurden z.B. durch den WFB auch 2003 die quartalsweisen Zusammenkünfte der "Wirtschaftsrunde Teltow-Fläming" organisiert. Kombiniert mit Besuchen in Unternehmen, Gewerbegebieten oder/und bei Bürgermeistern zu bestimmten Themen werden hier durch die Teilnehmer (Leiter von Arbeitsämtern, Kammern, ILB, ZAB, SWFG, Tourismusverband) aktuelle Informationen und Probleme der Wirtschaftsentwicklung im Landkreis ausgetauscht und z. T. gemeinsame Lösungsmöglichkeiten besprochen. Mit der Zukunftsagentur Brandenburg (ZAB) hat sich die Zusammenarbeit durch Mitarbeit im Beirat der ZAB und durch Beteiligung des Landkreises an der ZAB-Gewerbegebietsdatenbank im Internet ([www.invest-in-brandenburg.com](http://www.invest-in-brandenburg.com)) 2003 weiter vertieft.

Auch mit den Auslandsbüros des Landes Brandenburg in Dubai und Singapur wurden durch den WFB in seiner Eigenschaft als Investitionsmanager Kontakte geknüpft, um im Ergebnis von Firmenbesuchen entsprechende Wünsche nach Geschäftsbeziehungen in diese Regionen der Welt zu unterstützen.

Neben den Beauftragten ist die **Pressestelle** mit den Aufgabenbereichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Online-Redaktion dem Landratsbereich direkt zugeordnet.

Der Bereich Pressearbeit betrifft die Zusammenarbeit der Kreisverwaltung Teltow-Fläming mit den regionalen und überregionalen Medien. Im Landkreis Teltow-Fläming erscheinen drei Lokalausgaben der Märkischen Allgemeinen Zeitung für die Bereiche Jüterbog, Luckenwalde und Zossen sowie die Lausitzer Rundschau mit der Lokalausgabe Dahme. Diese Tageszeitungen sowie die Wochenzeitungen Blickpunkt und Wochenspiegel mit den im Landkreis vertretenen Ausgaben, der Rundfunksender Antenne Brandenburg und der lokale Fernsehsender teltowkanal mit Luk-TV, TV-Lu, Jüterbog-TV und Rangsdorf-TV erhalten regelmäßig Informationen in Form von Pressediensten. Bei telefonischen Anfragen und Interviewwünschen der genannten und anderer Medien wird durch die Pressestelle umgehend reagiert.

Die durch die Pressestelle verfassten Pressedienste mit aktuellen Informationen aus der Kreisverwaltung beruhen auf Informationen aus den Ämtern oder auf Eigeninitiative nach entsprechenden Absprachen mit dem jeweils zuständigen Fachamt. Neben den Pressediensten erfolgt die Organisation von thematischen Pressegesprächen und -terminen.

Im Jahr 2003 wurden insgesamt ca. 500 Pressedienste mit Informationen aus allen Dezernaten herausgegeben. Der größte Teil, mehr als die Hälfte der verfassten Presseinformationen, behandelte Themen aus dem Dezernat III. Am häufigsten wurden Informationen zu Angeboten der Kreisvolkshochschule und zu kulturellen Angeboten in kreiseigenen Museen und Galerien an die Medien weitergegeben. Weitere Pressedienste behandelten Themen aus den Dezernaten I, II und IV, wie z.B. die Bekanntgabe des Einsatzplanes des mobilen Geschwindigkeitsüberwachungsfahrzeuges, interessante Veröffentlichungen aus dem Bereich der Unteren Denkmalschutzbehörde sowie die Veröffentlichung von Terminen zur Einreichung von Anträgen zur Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen. Anhand des täglich erstellten Pressespiegels, für den die gesamte Regionalpresse sowie die Berliner Morgenpost, der Tagesspiegel und die Berliner Zeitung ausgewertet werden, kann eingeschätzt werden, dass die verfassten Pressedienste durchschnittlich in zwei bis drei der im zweiten Absatz genannten Tages- und Wochenzeitungen des Landkreises erschienen sind.

2003 fanden insgesamt 18 Pressegespräche bzw. -termine statt. Themen der Pressegespräche waren zum Beispiel der 4. Kreiswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ sowie die Arbeit der Verkehrsunfallkommission und bei den Presseterminen die Bildungskonferenz der Landwirtschaft und die Tagung der Bauaufsichtsbehörden.

Die Pressestelle gab insgesamt 37 Ausschreibungen an die Märkische Allgemeine Zeitung, Lausitzer Rundschau und an die Berliner Morgenpost sowie in einigen Fällen an Fachzeitschriften in Auftrag. Zum größten Teil wurden durch das Hoch- und Tiefbauamt Baumaßnahmen öffentlich ausgeschrieben. Weitere Ausschreibungen beinhalteten z.B. Stellenangebote, die Schulbuchlieferung sowie die Beschaffung von Fahrzeugen.

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit sind die Mitarbeiterinnen der Pressestelle für die Herausgabe des Amtsblattes für den Landkreis Teltow-Fläming verantwortlich. Insgesamt gab es 59 Ausgaben des Amtsblattes. Das kreisliche Amtsblatt wird derzeit an 52 Abonnenten verschickt. Dazu gehören die hauptamtlichen Bürgermeister und Amtsdirektoren sowie 14 öffentliche Bibliotheken des Landkreises Teltow-Fläming. Weiterhin sind die Amtsblätter im Internet unter <http://www.teltow-flaeming.de/kreistag.html> zu finden und liegen in der Bürgerinformation zur Einsichtnahme und auch für den Einzelverkauf bereit.

Zu den Aufgaben der Pressestelle gehört – in enger Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und den jeweiligen Fachämtern – das Organisieren von größeren Veranstaltungen im Landkreis. Genannt sei hier an erster Stelle der Neujahrsempfang des Landrates und des Kreistagsvorsitzenden, der im Jahr 2003 unter dem Motto „Landkreis Teltow-Fläming. Wirtschaftlich erfolgreich und zukunftsorientiert“ stand. Eingeladen waren Unternehmerinnen und Unternehmer, die in ihren Betrieben Beispielhaftes in Sachen Ausbildung leisten. Zum ersten Mal wurde im Rahmen des Neujahrsempfanges der „Teltow-Fläming-Preis“ an drei Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise um den Landkreis Teltow-Fläming und seine Einwohner verdient gemacht haben, verliehen. Geehrt wurden Christine Petzold, Leiterin der Geschäftsstelle Zossen des Arbeitsamtes Zossen, Axel Blaschka, Geschäftsführer der Luckenwalder Fleischwaren GmbH, und Reiner Rabe, Geschäftsführer des Zentrums für Aus- und Weiterbildung Ludwigsfelde GmbH (ZAL).

Weitere Veranstaltungen und Anlässe, bei denen die Pressestelle organisatorisch mitwirkte, waren die Eröffnung der Ausstellung „Unterwegs ... Der Landkreis Teltow-Fläming stellt sich vor“, der Eröffnungsempfang zum 13. Luckenwalder Turmfest im Kreishaus, der Antrittsbesuch des Kommandeurs des Verteidigungsbezirkes 84, Oberst Axel G. Loewe und die Kreisbereisung des Ministerpräsidenten Matthias Platzeck. Auch beim Kreiserntefest und beim Verkehrssicherheitstag des Landkreises Teltow-Fläming waren Mitarbeiter der Pressestelle bei der Vorbereitung und Durchführung im Einsatz.

Im Zusammenhang mit der Bewerbung der FLAEMING-SKATE im Süden des Landkreises Teltow-Fläming unterstützte die Pressestelle die Organisation der Präsentationen auf der ITB im März, half beim Transport sowie Aufbau und betreute den Messestand personell.

Vom 24. bis 27. April 2003 fand die AERO 2003 – die Internationale Fachmesse für Allgemeine Luftfahrt – in Friedrichshafen am Bodensee statt. Die Pressestelle und das Büro des Landrates unterstützten die Flugplatzgesellschaft Schönhagen mbH – Besitzgesellschaft – bei der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Präsentation. Zahlreiche Besucher nutzten die Gelegenheit, um sich näher über den Flugplatz Schönhagen und den Luftfahrt-technologiepark sowie auch über den Landkreis Teltow-Fläming zu informieren. Es wurden zahlreiche Gespräche mit Firmen der Luftbranche sowie Freizeit- und Geschäftsfliegern, die Interesse an dem berlinnahen Standort Schönhagen bekundeten, registriert.

Im August 2003 übernahmen die Mitarbeiterinnen der Pressestelle die Koordination der gesamten Pressearbeit zu den Großbränden im Landkreis Teltow-Fläming. Aufgrund des großen Medieninteresses wurde die Pressestelle bis spät in den Abend und an den Wochenenden für die zahlreichen telefonischen, deutschlandweiten Anfragen besetzt. Teilweise erfolgte eine Betreuung der Medienvertreter auch direkt vor Ort.

Am 27.09.2003 fand in Wahlsdorf im Amt Dahme/Mark das 3. Behinderten- und Skaterfest an der Rad- und Skatestrecke mit und für Behinderte und Nichtbehinderte unter Schirmherrschaft der Gattin des Bundespräsidenten, Christina Rau, statt. Auch hier unterstützte die Pressestelle die Organisation der Veranstaltung, insbesondere bei der Vorbereitung einer Tombola.

Zu den Kommunalwahlen am 26. Oktober 2003 unterstützte die Pressestelle die Vorbereitung der Wahlparty. Die Mitarbeiterinnen standen für telefonische Anfragen der Medien zur Verfügung. Die Wahlergebnisse der Kreistagswahlen konnten bereits am Wahlabend – mehrmals aktualisiert – auf den Internetseiten des Landkreises eingesehen werden.

Auch im Jahr 2003 bestand seitens der Bürger des Landkreises großes Interesse, das neue Kreishaus und die Verwaltung ihres Landkreises näher kennenzulernen. Durch die Mitarbeiterinnen der Pressestelle - unterstützt von Mitarbeiter des Hauptamtes - wurden zahlreiche Führungen, hauptsächlich für Schulklassen, Mitglieder von Vereinen und Organisationen, aber auch Seniorengruppen organisiert und durchgeführt.

Die Pressestelle verfasste mehrere Grußworte für die unterschiedlichsten öffentlichen Veranstaltungen im Landkreis. Des Weiteren erfolgt Zuarbeiten für Verlagspublikationen sowie die Beantwortung von Bürgeranfragen, zum Beispiel zum Kreiswappen. Verstärkt gab es Anfragen zum Thema „Wohnen im Landkreis Teltow-Fläming“. Monatlich konnten ca. vier bis fünf Broschüren „Zuhause in Teltow-Fläming“ sowie weitere Informationsmaterialien zu einzelnen Gemeinden (hauptsächlich Ludwigsfelde, Großbeeren, Rangsdorf, Mahlow und Blankenfelde) versandt werden.

Zahlreiche Anfragen gab es zur FLAEMING-SKATE. Die Mitarbeiterinnen der Pressestelle verschickten den Informations-Flyer sowie auf Anfrage das aktuelle kostenpflichtige Kartenmaterial zusammen mit einer Rechnung.

Die Pressestelle des Landkreises Teltow-Fläming wurde im Jahr 2003 durch eine Online-Redaktion verstärkt. Deren Mitarbeiter sind seit Mitte Mai bzw. Anfang Juli in der Kreisverwaltung tätig.

Hauptaufgabe der Online-Redaktion ist es, einen neuen Internet-Auftritt für den Landkreis Teltow-Fläming zu konzipieren und zu realisieren. Beim Relaunch der alten TF-Seiten wird vor allem Wert darauf gelegt, dass Möglichkeiten für e-Government geschaffen werden. So sollen künftig per Internet nicht nur wichtige Informationen über den Landkreis vermittelt, sondern auch elektronische Verwaltungsvorgänge nutzerfreundlich abgewickelt werden (e-Administration). Darüber hinaus geht es um Partizipationsmöglichkeiten für den Bürger (e-Democracy).

Da grundlegende technische Entscheidungen für den Aufbau des neuen Internet-Auftritts erst zum Jahresende getroffen worden sind, war es nicht möglich, die bis zu diesem Zeitpunkt angestrebte „Light-Version“ des neuen Auftritts von [www.teltow-flaeming.de](http://www.teltow-flaeming.de) ins Netz zu stellen. Allerdings wurden weitgehende Vorarbeiten geleistet, die im Jahr 2004 eine zügige Umsetzung des Konzeptes gestatten. Dieses wurde in der Kreisverwaltung allen Dezernenten und Amtsleitern vorgestellt und bestätigt.

Parallel zu diesen Arbeiten wurden durch die Online-Redaktion die alten TF-Seiten ständig ergänzt und aktualisiert. Zuvor erfolgte dies ausschließlich über die Fachhochschule Brandenburg – ein Prozess, der langwierig, ineffektiv und im Ergebnis unbefriedigend war.

Neben dem Internet-Auftritt des Landkreises wird durch die Online-Redaktion auch die virtuelle Präsentation der Flaeming-Skate betreut. Diese Internet-Seiten werden regelmäßig durch aktuelle Berichte und Veranstaltungshinweise ergänzt, dazu wurde ein Redaktionssystem programmiert. Zum Saisonbeginn im neuen Jahr ist auch für [www.flaeming-skate.de](http://www.flaeming-skate.de) ein Relaunch geplant, das entsprechende Konzept wurde bereits bestätigt.

Auch das neue Logo des Landkreises Teltow-Fläming entstand in der Online-Redaktion. Hier wurden darüber hinaus gestalterische Tätigkeiten (zum Beispiel für Anzeigen, Prospekte oder Messeauftritte) der SWFG, des Biotechnologieparkes und der Flaeming-Skate GmbH erbracht.

Die Online-Redaktion wurde auch in die eigentliche Arbeit der Pressestelle integriert und kam bei den Großbränden im Sommer, bei der Vorbereitung des Behinderten- und Skaterfestes, beim Besuch der Delegation aus dem polnischen Partnerkreis Gniezno und anderen Gelegenheiten zum Einsatz. Darüber hinaus wurden auch für andere Ämter der Kreisverwaltung Zuarbeiten geleistet, Presse-Informationen erstellt oder Texte überarbeitet.

Ein weiterer Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit war auch im Jahr 2003 die Vertiefung und Pflege der partnerschaftlichen Beziehungen. Regelmäßigen Kontakt hält das Büro des Landrates zu den Partnerregionen und zum Ministerium für Justiz und für Europaangelegenheiten.

Der Landkreis hat sich vor dem Hintergrund der Osterweiterung der EU entschieden, zu dem polnischen Kreis Gniezno in der Wojewodschaft Großpolen partnerschaftliche Beziehungen aufzunehmen.

Im August wurde die Vereinbarung über partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Kreis Gniezno feierlich unterzeichnet. Es ist vorgesehen, künftig auf der Verwaltungsebene und in den Bereichen Schule, Kultur, Jugend, Sport und Tourismus zu kooperieren. Während ihres Aufenthaltes informierten sich die polnischen Gäste über den Verwaltungsaufbau des Landkreises, besichtigten die Agrargenossenschaft "Oehmland", das Museumsdorf Glashütte, den Biotechnologiepark, den Flugplatz Schönhagen, die Spitzke AG und nahmen am Kreiserntefest teil.

Erste Initiativen im Bereich Jugendarbeit sind gestartet worden. So hat eine Mannschaft des KLAB Luckenwalde auf Einladung des Kreises Gniezno im Sommer an einem internationalen Basketballturnier in Gniezno teilgenommen.

Anlässlich des Tages der Bildung weilten zwei Kreistagsabgeordnete in Gniezno und konnten sich über die Bildungsangebote in Polen informieren sowie Kontakte zu Einrichtungen, wie z. B. zu einem Kinderheim in Gniezno, knüpfen. Auf Initiative der Kreistagsabgeordneten Ria von Schrötter und Angelika Linke mit Unterstützung des DRK-Kreisverbandes Fläming-Spreewald ist eine Spendenaktion für das Kinderheim organisiert und noch vor Weihnachten sind die Hilfsgüter nach Gniezno gebracht worden. Dort gab es neben dem Besuch der feierlichen Sitzung des Kreistages eine erste Kontaktaufnahme zwischen den beiden Rot-Kreuz-Organisationen.

Unterstützt wird durch den Landrat des Weiteren die Kontaktaufnahme zwischen den beiden Rot-Kreuz-Organisationen und die Suche nach einer Partnerkommune für die Stadt Trebbin.

Bei einem Arbeitsbesuch des Präsidenten des ungarischen Partnerkomitats Jász-Nagykun-Szolnok, Herrn István Tokár, im September im Landkreis Teltow-Fläming wurde eine noch engere Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten vereinbart, u. a. auf dem Gebiet des Tourismus und auf Verwaltungsebene. Hier ist für 2004 bereits ein Fachkräfteaustausch geplant. Unterstützt werden soll außerdem die Kontaktaufnahme zwischen Institutionen und Organisationen des Landkreises und des Komitates (DRK, SWFG, IHK). Großes Interesse haben beide Verwaltungen an der Entwicklung von Schulpartnerschaften sowie an einem Austausch im kulturellen Bereich. Auf Einladung von Landrat Peer Giesecke weilte im Oktober eine Schulklasse aus dem ungarischen Újszász zu Gast im Landkreis. Betreut wurden die Schüler von Schülern des Friedrich-Gymnasiums Luckenwalde. Im Ergebnis des Besuches wird sich die ungarische Schule in das Comenius-Projekt einbinden. Damit ist eine gute Basis für eine weitere Zusammenarbeit zwischen beiden Schulen geschaffen worden.

Für herausragendes Engagement im Rahmen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit befreundeten Regionen innerhalb Europas erhielt unser Partnerkomitat Jász-Nagykun-Szolnok im September die Ehrenfahne des Europarates verliehen.

## Dezernat I

Zum **Hauptamt** gehören die vier Sachgebiete Zentrale Verwaltung, Organisation, Automatisierte Datenverarbeitung (ADV) sowie Gebäude- und Liegenschaftsmanagement.

Im Folgenden werden die Aufgaben des Sachgebietes Zentrale Verwaltung in Stichpunkten zusammengefasst:

- Mitwirkung bei der Vorbereitung des Umzuges der Kreisstraßenmeisterei an den neuen Standort Berkenbrücker Chaussee in Luckenwalde
- Durchführung verschiedener Ausschreibungen und Vergaben zur Beschaffung von Büromaterial, Reinigungsmaterial, Hygienepapier, Arbeitsschutzbekleidung, Formularen usw.
- Ausschreibung und Neuvergabe der Reinigungsleistungen für das Oberstufenzentrum (OSZ) und die Allgemeine Förderschule J. H. Pestalozzi in Luckenwalde mit der Zielstellung der Kostenminimierung
- Vorbereitung und Durchführung von Ausschreibungen zur Vergabe der Neuausstattung eines Teils des Fuhrparks der Kreisverwaltung (Landwirtschafts- und Ordnungsamt)
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung verschiedener Veranstaltungen und Ausstellungen des Landkreises Teltow-Fläming sowie von Veranstaltungen im eigenen Haus wie z.B. der Aufführung von „Carmina Burana“
- Verbesserung der Lagermöglichkeiten des Verwaltungsarchivs im ersten Abschnitt mit dem Umbau zu einer fahrbaren Anlage sowie Schaffung der Voraussetzung für die geplante Kapazitätserweiterung um 50% im Folgejahr
- Beginn der Umstellung der in der Verwaltung verwendeten Fachliteratur und Formulare von Papier auf die Intranet bzw. Online-Datenbank des führenden nationalen und internationalen Anbieters von Rechts- und Wissensdatenbanken sowohl in der Verwaltung als auch in den dem Landkreis nachgeordneten Einrichtungen und Schulen
- Realisierung der erstmaligen bundesweit öffentlichen Ausschreibung von Energielieferungen für das gesamte Versorgungsgebiet der e.dis AG zum 01.01.2004 im Land Brandenburg durch den Landkreis Teltow-Fläming
- Aufrüstung der Kälteleistung im Kreishaus in den Bereichen der Leitstelle und der ADV nach Technikerweiterungen
- Durchführung des Umzuges der "Kleinen Galerie" in die Bücherstadt und Vorbereitung der Ausstellungsräume
- Vorarbeiten zur Auflösung der Nebenstelle des Gesundheitsamtes in der Zossener Wasserstraße

## Sachgebiet Organisation

Der Abgleich der Aufgabenzuordnung für jede einzelne Stelle wurde im Jahr 2003 im Zusammenwirken mit den Amtsleitern im Wesentlichen abgeschlossen. Bei Feststellung von Aufgabenveränderungen wurden durch die zuständigen Amtsleiter neue Stellenbeschreibungen erarbeitet und Neubewertungen der Stellen durchgeführt. Diese Aufgabenrealisierung sichert, dass alle Stelleninhaber eine aktualisierte Stellenbeschreibung persönlich übergeben bekommen, der Stelleninhaber den Erhalt bestätigt und dies aktenkundig in der Personalakte belegt wird.

### ➤ Hauptamt (A 10)

Im April 2003 sind die Vorbereitungen zur Übernahme des Archivgutes des Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen (ARoV) in das Archiv der Kreisverwaltung ange laufen. Durch die Beigeordneten und Dezernenten erfolgten am 12. Mai 2003 die entsprechende Festlegungen, ca. 900 lfm Archivakten und –unterlagen zu übernehmen. In Vorbereitung der vertraglichen Vereinbarung zur genannten Übernahme zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und dem Ministerium für Finanzen des Landes Brandenburg ist ein Konzept zur Übernahme, Bewertung, Aufbewahrung und Nutzung der Unterlagen zu erarbeiten.

### ➤ Straßenverkehrsamt (A 36)

Das Sachgebiet Organisation begleitete die Teilnahme des Sachgebietes Kfz-Zulassung des Straßenverkehrsamtes am interkommunalen Vergleichsring der KGSt. Die Ergebnisse des Vergleichsringes liegen vor. Es werden gegenwärtig unter Leitung des Straßenverkehrsamtes unter Beteiligung des Hauptamtes, Sachgebiet Organisation, Personalamtes und Personalrates Maßnahmen zur Umsetzung der Erfahrungen geprüft.

### ➤ Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt (A 39)

Dem Amt sind im April 2003 zwei Teilzeitstellen für Tierärzte mit je 20 Stunden/Woche befristet für drei Jahre zugeordnet worden. Begründet ist diese Stellenzuordnung damit, dass durch Umstellungen und neue Aufgabenverteilungen seitens des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung und des Landesamtes Strukturveränderungen im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt notwendig werden. Aus diesem Grunde erschien eine Wiederbesetzung der zum 01.01.2003 freigewordenen Stelle 39.1 „Sachgebietsleiter Tierseuchenbekämpfung/-schutz“ in der jetzigen Struktur wenig sinnvoll. Bis zur Strukturveränderung wird dieses Sachgebiet durch die Leiterin des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes geleitet.

➤ Kataster- und Vermessungsamt (A 62)

Das Projekt Forcierte ALK-Einrichtung (FALKE), welches bis 2006 aus EU-, Landes- und Kreismitteln gefördert wird, wird landesweit in allen Kataster- und Vermessungsämtern Brandenburgs betrieben. Um das Ziel zu erreichen, die Automatische Liegenschaftskarte bis 2006 flächendeckend vorhalten zu können, müssen alle personellen, finanziellen und fachlichen Ressourcen genutzt werden. Zu diesem Zweck und unter dem Aspekt, keine zusätzlichen Stellen zu schaffen, sind sowohl strukturelle als auch Veränderungen von Stelleninhalten sowie Neuordnungen von Aufgaben bis hin zur Neubewertung von Stellen vorgenommen worden.

➤ Schulverwaltungs- und Kulturamt (A 40)

Nach intensiver Vorbereitung, zahlreichen Arbeitsgesprächen mit den beiden betroffenen Amtsleitern sowie einer Mitarbeiterinformation am 12.03.2003 erfolgte die Zusammenlegung des Schulverwaltungs- und des Kulturamtes zum 1. Juli 2003. Durch diese Zusammenlegung kann die bereits in der Vergangenheit erfolgte intensive Zusammenarbeit auf vielen Gebieten effektiver gestaltet werden.

Die Amtsleiterstelle Kulturamt wurde in eine Sachgebietsleiterstelle umgewandelt. Die Aufgabe der Kulturentwicklungsplanung wird der Sachgebietsleiterstelle zugeordnet. Dadurch kann die derzeit entsprechende Sachbearbeiterstelle entfallen. Ferner entfällt eine Sekretärinnen-Stelle. Durch die Umorganisation der Haushaltssachbearbeitung des Bereiches Kultur kann eine weitere Stelle ersatzlos entfallen.

Bereits seit 2001 läuft eine umfassende Prüfung der Aufgabenzuordnung zu den Sachgebieten 1 und 2, aber auch zu den einzelnen Stellen dieser beiden Sachgebiete, einschließlich der in kreislicher Trägerschaft befindlichen Schulen. Diese Prüfung konnte auch für das Sachgebiet 2 abgeschlossen werden. U.a. erfolgte eine umfassende Stellenbemessung an o.g. Schulen in den Aufgabenbereichen Schulsachbearbeiter und Schulhausmeister. Im Ergebnis kam es zu Einsparungen von insgesamt 2,9 Stellen sowie zu einem Verfahren der Stellenbemessung, welches ohne erheblichen Aufwand bei Bedarf fortgeführt werden kann.

➤ Sozialamt (A 50)

Im Oktober 2002 erhielt das Sachgebiet Organisation durch die Amtsleiterin des Sozialamtes Informationen von einer Überlastung in den Aufgabenbereichen Sozialhilfe und BAföG. Nach Auswertung einer Fragebogenaktion erwies es sich als notwendig, ein Stellenbemessungsverfahren sowie daran anschließend eine Überprüfung der Ablauforganisation bzw. eine Überprüfung der Aufgabenzuordnung vorzunehmen. In einem ersten Schritt wird derzeit nach Abschluss eines Laufzettelverfahrens die mittlere Bearbeitungszeit (mBz) als wichtige Größe zur Stellenbemessung ermittelt.

➤ Jugendamt (A 51)

In diesem Amt läuft ebenfalls auf der Grundlage einer Überlastungsanzeige aus dem Aufgabenbereich Beistandschaften ein analoges Verfahren wie im Sozialamt. Es ist zu erwarten, dass voraussichtlich zum Jahresende das Stellenbemessungsverfahren als erster Schritt abgeschlossen sein wird.

➤ Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde (A 63)

Nach Vorliegen der Empfehlungen im Ergebnis der durchgeführten externen Organisationsuntersuchung – Stellenbemessung – nahm die Projektgruppe A63 im April 2003 ihre Arbeit auf. Seitdem wurden insgesamt vier Beratungen durchgeführt mit dem besonderen Schwerpunkt, die Möglichkeiten zur Stellenoptimierung in diesem Amt zu prüfen. Das Ziel besteht darin, bis März 2004 mittel- bzw. langfristige Maßnahmen für die Optimierung der Aufgabenverteilung zu unterbreiten, die dem Ergebnis der Organisationsuntersuchung gerecht werden.

➤ Wohnungsförderungsamt

Das Wohnungsförderungsamt wurde mit Beschluss des Kreistages zum 01.07.2003 aufgelöst. Die Wohngeldbearbeitung ist dem Sozialamt und die Aufgaben der Wohnungsbauförderung dem Hoch- und Tiefbauamt zugeordnet. Ziel dieser Entscheidung war die Verschlankung der Verwaltungsstruktur durch Minimierung der Ämter.

➤ Hoch- und Tiefbauamt (A 65)

Die Projektgruppe A 65 hat in ihrer 10. Beratung einen Zwischenbericht über die Umsetzung der Empfehlungen des externen Gutachtens zur Organisationsuntersuchung von 1999 erarbeitet. Es wurde über die Umsetzung der Kostenrechnung in der Kreisstraßenmeisterei, aber auch über weitere Schritte der Projektgruppenarbeit, wie z.B. einer auf Basis der Daten von 2003 vorzunehmenden Stellenbemessung berichtet.

➤ Umweltamt (A 67)

Die Projektgruppe Umweltamt hat ihre Arbeit im Jahr 2002 wieder aufgenommen und im Jahr 2003 fortgesetzt. Inhalt der Projektgruppenarbeit in der 2. Etappe ist, die Wirksamkeit der in der ersten Etappe umgesetzten Maßnahmen kritisch zu betrachten und gemäß den gesetzlichen Erfordernissen eine wirtschaftliche und bürgerfreundliche Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Die Arbeit wurde sachgebietsbezogen unter Einbeziehung der Sachgebietsleiter auf die weitere Verbesserung der Arbeitsabläufe, Betrachtung der Stelleninhalte in Bezug auf die Aktualität der Aufgaben und Stellenoptimierung konzentriert.

### *Wahlen und Abstimmungen*

Mittelpunkt dieses Arbeitsbereiches war die ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Kommunalwahlen am 26. Oktober 2003. Dazu hat der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming am 07.04.2003 den Kreiswahlleiter und seinen Stellvertreter für das Wahlgebiet berufen.

Des Weiteren wurde am 26.05.2003 durch den Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming die Einteilung des Wahlgebietes in fünf Wahlkreise beschlossen. Die Einteilung der Wahlkreise erfolgte nach den neuen Gemeindegrenzen gemäß dem 4. Gesetz zur landesweiten Gemeindegrenzenreform vom 27. März 2003. Im Mai erfolgte die Berufung der Beisitzer des Kreiswahlausschusses.

Bei Bedarf erfolgte Beratung und Unterstützung bei der Einreichung der Wahlvorschläge für die Wahl des Kreistages. Der Kreiswahlausschuss konnte am 23.09.2003 für die Wahl des Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming 288 Bewerber zulassen. Am 29.10.2003 wurde durch den Kreiswahlausschuss das endgültige Wahlergebnis für die Wahl des Kreistages des Landkreises Teltow-Fläming festgestellt. Es gab eine enge Zusammenarbeit mit den Wahlbehörden sowie den Wahlleitern der Ämter und Gemeinden. Alle Vordrucke für die Einreichung von Wahlvorschlägen, Stimmzettel sowie Niederschriften, Zähllisten usw. wurden selbst hergestellt, um die Kosten für die Kommunalwahl gering zu halten.

In der Zeit vom 17. November 2003 bis 16. März 2004 erfolgt das Volksbegehren „Gegen Zwangseingemeindungen und für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“. Dazu liegen in den Abstimmungsbehörden entsprechende Eintragungslisten aus.

### *Statistik*

Für die Erstellung des neunten Statistischen Jahrbuches des Landkreises Teltow-Fläming, dass im ersten Halbjahr erschien, wurden zahlreiche neue Daten und Tabellen in Zusammenarbeit mit weiteren Institutionen erarbeitet und aufgenommen. So zum Beispiel bei der Darstellung der Krankenhäuser oder der Musikschulen. Damit wurde das Jahrbuch für den Nutzer wieder ein Stück nützlicher und interessanter.

### *Kreis- und Verwaltungsarchiv*

Die Mitarbeiterinnen des Kreis- und Verwaltungsarchivs führten die Überarbeitung der Aktenpläne und Verzeichnisse in Zusammenarbeit mit den Ämtern fort. Abgeschlossen werden konnten diese Arbeiten bereits für das Dezernat I.

Erste Vorbereitungen der Übernahme des Aktenbestandes vom ARoV in das Kreisarchiv (ca. 900 lfm.) wurden getroffen. Dazu gehört die erarbeitete archivfachliche Konzeption für die Übernahme der Unterlagen.

Die Überarbeitung des Bestand an Bauakten der Altkreise Zossen und Jüterbog wurde fortgeführt und dabei über die Archivsoftware erschlossen.

Insgesamt bearbeiteten die Mitarbeiter 1.200 Anfragen, davon

- 20 Benutzungsanträge für wissenschaftliche und historische Forschungen
- 220 Akteneinsichten und Auskunftersuchen von Bürgern
- 95 Amtshilfe- und Auskunftersuchen von Behörden/Institutionen

Zur Nachweisbeschaffung für ehemalige NS-Zwangsarbeiter wurden 304 Recherchen dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv zugearbeitet.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit wurden neun Führungen durch unser Archiv organisiert und durchgeführt

## Sachgebiet Automatisierte Datenverarbeitung (ADV)

Hauptschwerpunkt der diesjährigen Konsolidierungsmaßnahmen im Serverumfeld war das Straßenverkehrsamt. Hier wurde Anfang des Jahres für vier Fachverfahren eine Umstellung auf Client/Server bzw. GUI-Version realisiert. Damit wurde unter anderem die Grundlage für eine E-Government -Lösung im Bereich Kraftfahrzeugzulassung (Wunschkennzeichen) geschaffen. Des Weiteren konnte im August die mehr als veraltete Technik der Bildverarbeitung durch eine neue Filmbühne abgelöst werden. Ein neues Softwaremodul zur Bildverarbeitung im Sachgebiet Verkehrsordnungswidrigkeiten kam damit zum Einsatz.

In Zusammenarbeit mit den Fachämtern wurden verschiedene Fachverfahren eingeführt bzw. erweitert. Stellvertretend sollen hier folgende genannt werden:

- Einführung des webbasierenden Ratsinformationssystems und des Bürgerinformationssystems
- Einführung des Wissensmanagements LEXIS-NEXIS für alle Mitarbeiter der Kreisverwaltung
- Kreisweiter Einsatz der durch den Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik bereitgestellten Software für die Kommunalwahl 2003
- Erweiterung des Programms MELDOK im Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
- Erweiterung des Bauhofprogramms more!Bauhof um die Module Auftrag und Abschreibungen
- Erweiterung der CAD-Software Mwin Haustechnik sowie der CAD-Software ABISPLAN 2D im Hoch- und Tiefbauamt
- Einführung des Octoware Moduls Schutzimpfungen.

Ein weiterer Schwerpunkt in diesem Jahr war die Neugestaltung des Intranets mit Hilfe des Contentmanagement-Systems Citysite. Zum 30.11.2003 steht den Mitarbeitern der Kreisverwaltung somit ein modernes Arbeitsmittel zur Verfügung, das mit verteilten Rollen (Redakteure, Chefredakteure und Administratoren) zeitnah Informationen bereitstellt. Die Intranetvariante Session-Net des Bürgerinformationssystem wird mit dem neugestalteten Intranet vorgestellt und kann im neuen Online-Auftritt der Kreisverwaltung im nächsten Jahr den Bürgern des Landkreises zur Verfügung gestellt werden.

Neue umfangreiche Schulungen und Workshops im Bereich der Bürokommunikation werden seit diesem Sommer den Mitarbeitern der Kreisverwaltung zur besseren Bewältigung der täglichen Arbeitsaufgaben durch die ADV angeboten.

Eine zentrale Rolle zur Sicherstellung der täglichen Arbeitsfähigkeit hat in diesem Jahr leider die Reparatur von ca. 250 der im Hause installierten 750 HUBs gespielt. Dies stellte eine ungeplante finanzielle und personelle Belastung dar.

Die 2003 neu erworbenen PCs wurden zeitnah konfiguriert und den Mitarbeitern zur Verfügung gestellt.

Neben der Aktualisierung der Daten in den verschiedensten Formaten und Flurscans stellt die Bereitstellung der digitalen Gebäudedaten des LGB eine Erweiterung im Bereich des Geographischen Informationssystems (GIS) dar.

Im vergangenen Jahr wurde kontinuierlich weiter an der Umsetzung der Medienoffensive des Landes in den Schulen und der weiteren ADV-Ausstattung in den kreiseigenen Schuleinrichtungen gearbeitet. Neben der Sicherstellung des Schulbetriebes (mittlerweile ca. 700 PCs) in den kreiseigenen Schulen erfolgten konzeptionelle Tätigkeiten u. a. zur Einrichtung gesicherter Verbindungen zwischen den Schulen und dem LDS bzw. dem Kreisnetz.

Abschließend seien hier noch Maßnahmen zur Serverkonsolidierung für das Vollstreckungs- und das Baugenehmigungsverfahren zu nennen, die zum Jahresende mit Migration von Oracle 7 auf Oracle 9i und neuem Server realisiert werden.

## Sachgebiet Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

### *1. Grundstücksverkäufe*

Im Jahr 2003 wurden sechs Grundstücke zum Verkauf ausgeschrieben. Der Vertragsabschluss erfolgte bisher für drei Grundstücke. Der Erlösansatz war dabei mit 7.600.000 € geplant.

Von den im Zeitraum 2003 abgeschlossenen Grundstücksverträgen konnten bisher zwei Verträge kassenwirksam umgesetzt und weitere sechs Verträge aus 2002 beendet werden, die einen Verkaufserlös von insgesamt 165.030,11 € erzielten.

### *2. Grundstücksankäufe*

Der Landkreis erwarb im Jahr 2003 sechs Grundstücke in Glienick und Märtensmühle. Dies waren überwiegend Flächen für Straßen- und Radwegebau.

### *3. Mieten und Pachten*

Bei Mieten und Pachten werden 50 Verträge bearbeitet. Durch Mieter wurden im Jahr 2003 sechs Verträge gekündigt. Gleichzeitig konnten 13 Mietverträge neu abgeschlossen werden.

### *4. Rad- und Skaterwege*

#### *4.1. Radwege*

Der Bau von Radwegen wurden in diesem Jahr auf der Basis von Bauerlaubnisverträgen im Bereich Luckenwalde – Gottow, Liebätz - Märtensmühle und Scharfenbrück - Schöneweide vorbereitet. Eine Vertragsgestaltung erfolgt durch das Sachgebiet Liegenschaften jeweils nach Schlussvermessung. Die Vermessung wird durch das Tiefbauamt in Auftrag gegeben.

Weiterhin wurden bei den bereits vorhandenen Radwegen Rehagen – Kummersdorf, Rehagen – Sperenberg und Baruth – Dornswalde die Schlussvermessungen durchgeführt, so dass eine Vertragsgestaltung Anfang 2004 erfolgen kann.

#### 4.2. Skateweg „Flaeming-Skate“

Für die Erweiterung der „Flaeming-Skate“ wurden entsprechend den Planungsunterlagen die Eigentümer angeschrieben und Bauerlaubnisverträge abgeschlossen. Schwerpunkt bildeten dabei die Streckenabschnitte im Bereich Hohenseefeld, Grüna, Oehna, Ihlow und der Stadt Dahme/Mark mit den Ortsteilen Niendorf, Görzdorf und Wildau-Wentdorf.

Nach wie vor wurden Unstimmigkeiten und Abweichungen vom geplanten und gebauten Trassenverlauf festgestellt. So wurde in Vorbereitung der Widmung der Flaeming-Skate deutlich, dass nach Fertigstellung der Teilabschnitte Flurstücke in Anspruch genommen wurden, die in der Planung nicht aufgeführt waren.

Fünf Verträge wurden bereits zum Ankauf der Flächen von privaten Eigentümern geschlossen, da diese auf dem Abschluss eines Kaufvertrages vor Baubeginn bestanden.

Neben diesen Bauerlaubnisverträgen mussten Zusatzerklärungen im zweiten Bauabschnitt mit ca. 120 privaten Eigentümern und Gemeinden zur Inanspruchnahme von Flächen geschlossen werden. Für durchzuführende Ausgleichsmaßnahmen, wie Hecken- oder Alleebepflanzung gab es 30 vertraglich vereinbarte Maßnahmen.

Im ersten Bauabschnitt wurden ca. 115 Duldungsvereinbarungen nochmals neu geschlossen, da die Eintragung von Dienstbarkeiten wegen jeweils geringer Flächengrößen in keinem Verhältnis zum erheblichen finanziellen Aufwand für den Landkreis stehen. Weiterhin wurden 30 Zusatzerklärungen mit Eigentümern über diverse Grundstücke im Bereich Schöbendorf getätigt, da die Baumaßnahme „Flaeming-Skate“ in das Verfahren der Flurneueordnung einbezogen und ein Geldausgleich gefordert wurde.

#### 5. Einnahmen aus Altvermögen

Aus Altvermögen wurden dem Landkreis Teltow-Fläming von der KfW-Bank bisher 1.623,13 € überwiesen. Diese Summe resultiert aus der Vergabe von Krediten des Altkreises Teltow. Aus der Verwaltung der Grundstücke aus dem Altvermögen Teltow in Berlin, welche von den Teltower Kreiswerken (TKW) verwaltet werden, gingen bisher Pachten und Nutzungsentgelte in Höhe von 242.150,00 € ein.

Aus dem **Personalamt** ist zu berichten, dass im Jahr 2003 insgesamt 35 Mitarbeiter aus dem Arbeitsverhältnis mit dem Landkreis Teltow-Fläming ausgeschieden sind.

Im Zeitraum vom 01.01.2003 bis 31.12.2003 wurden insgesamt 12 Auflösungsverträge wirksam, wovon in drei Fällen eine Abfindung nach dem bestehenden Sozialplan gezahlt wurde. Gründe für das Ausscheiden der übrigen Mitarbeiter waren hauptsächlich der Ablauf von befristeten Arbeitsverhältnissen, die Inanspruchnahme der Altersrente und das Ende von Altersteilzeit-Arbeitsverhältnissen.

Im Gegensatz dazu wurden vierzehn befristete und fünfzehn unbefristete Arbeitsverhältnisse geschlossen.

Zur Zeit befinden sich 61 Mitarbeiter in einem Altersteilzeit-Arbeitsverhältnis, wovon 16 die Ruhephase in Anspruch nehmen.

Mit Stand 31.12.2003 sind

109	Beamte
727	Angestellte
44	Arbeiter
18	Auszubildende
12	Zivildienstleistende

in der Kreisverwaltung Teltow-Fläming beschäftigt.

Auch 2003 hat die Kreisverwaltung wieder Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. So wurden zur Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte vier und zur Ausbildung als Vermessungstechniker zwei Jugendliche eingestellt.

Das **Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt** hat eine unabhängig dem Gesetz unterliegende prüfende, feststellende und berichtende Tätigkeit zur Durchsetzung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Dadurch nimmt das Amt stets konkret und direkt Einfluss auf die Verwaltungen des Landkreises, der kreisangehörigen Ämter, Städte und Gemeinden sowie der Zweckverbände. Es unterstützt den Kreistag und seinen Rechnungsprüfungsausschuss bei der Lösung ihrer Kontrollpflichten. Darüber hinaus gibt es den Vertretungskörperschaften der Städte und Gemeinden als Bewertungs- und Entscheidungshilfen fundierte und objektive Prüfungsaussagen für das haushaltsmäßige Ziel.

Im Rahmen der durch Gesetz gewährleisteten Weisungsfreiheit und Unabhängigkeit von den allgemeinen Verwaltungsstrukturen konzentriert sich die Prüfungstätigkeit auf die Einhaltung und Durchsetzung der haushaltsmäßigen Ordnung und Rechtmäßigkeit sowie in zunehmendem Maße auf die Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit des Einsatzes der finanziellen Mittel.

Die Prüfungen werden im Rahmen von Stichproben durchgeführt und erstrecken sich auf den gesamten Bereich des kommunalen Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens einschließlich der wirtschaftlichen Betätigung.

Im Bereich der örtlichen Aufgabenkomplexe erstreckte sich die Tätigkeit vor allem auf

- die Prüfung der Jahresrechnungen 2002, als Voraussetzung für die durch die Kreistagsabgeordneten, Stadtverordneten und Gemeindevertretungen zu fassenden Beschlüsse über die Jahresrechnung und die Entlastung;
- die laufende Prüfung der Kassenvorgänge und zahlungsbegründenden Unterlagen;
- die Prüfung der Einhaltung des formstrengen Ausschreibungsverfahrens;
- die Prüfung der Verwaltungsvorgänge und Entscheidungen der delegierten Sozialhilfeaufgaben.

In die Prüfungen wurden 15 Fachämter, drei Beteiligungen, an denen der Landkreis Teltow-Fläming beteiligt ist, sechs Ämter, drei amtsfreie Städte und Gemeinden sowie fünf Zweckverbände der Wasserver- und Abwasserentsorgung einbezogen.

In insgesamt 27 Fällen wurden die Auftragsvergaben für Lieferungen und Leistungen in der Kreisverwaltung mit einem Gesamtwert von 3.265,8 T€ und in 13 Fällen der vorgesehene Abschluss von Architekten- und Ingenieurverträgen mit einem Wertumfang von 750,1 T€ entsprechenden Prüfungen unterworfen.

Die durch Gesetz vorgegebenen Pflichtaufgaben konnten vollständig gelöst werden.

Des Weiteren unterstützte das Rechnungs- und Gemeindeprüfungsamt das Sozialamt bei der Wahrnehmung seiner eigenen Kontrollaufgaben. So wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Sozialamt die Spitzabrechnungen aus der delegierten Sozialhilfe geprüft. Im Ergebnis dessen konnten von drei Delegationsgemeinden Erstattungen an den Landkreis in Höhe von 26,0 T€ veranlasst werden. Nachzahlungen in Höhe von 0,4 T€ erfolgten vom Landkreis an vier Delegationsgemeinden.

Neben den örtlichen Prüfungen in den Kommunen gemäß § 114 Gemeindeordnung Brandenburg wurden zwei Sonderprüfungen sowie überörtliche Prüfungen nach § 116 Gemeindeordnung, die im Auftrag des Landesrechnungshofes wahrgenommen werden, durchgeführt.

Schwerpunkte der Prüfungen waren u.a.

- die ordnungsgemäße und zweckgebundene Inanspruchnahme von Zuweisungen des Bundes, des Landes und des Landkreises,
- Einhaltung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit,
- die Einhaltung von Gesetzen und der zur Erfüllung von Aufgaben ergangenen Weisungen sowie
- die wirtschaftliche Betätigung der Städte und Gemeinden in Gesellschaften, in denen die Kommunen mit mehr als 50 v.H. beteiligt sind.

Die in den verschiedensten Verwaltungsbereichen durchgeführten Prüfungen endeten nicht nur mit kritischen Bemerkungen. Es wurde auch besonderer Wert darauf gelegt, Hinweise über Ursachen für das Entstehen von Unregelmäßigkeiten sowie ihre Wirkung innerhalb des Verfahrensablaufes zu geben und gleichzeitig Vorschläge bzw. Empfehlungen für Veränderungen zu unterbreiten.

Die Aufgaben des **Rechtsamtes** im Berichtszeitraum verteilten sich auf folgende Aufgabenschwerpunkte:

#### 1. Prozesstätigkeit für den Landkreis

Die Anzahl der im Berichtszeitraum neu anhängig gemachten gerichtlichen Verfahren ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Die Anzahl der verwaltungsgerichtlichen Verfahren ist zwar konstant geblieben, bemerkenswert ist jedoch der Anstieg neuer Verfahren vor den Zivilgerichten (vgl. 4.5).

Im Übrigen hat sich an der durchschnittlichen Dauer der verwaltungsgerichtlichen Verfahren auch im Jahr 2003 nichts geändert. Die Verfahrensdauer liegt im Durchschnitt immer noch bei vier Jahren.

## 2. Rechtliche Beratung der Dezernate und Ämter

Hier ist ein deutlicher Anstieg der Beratungsfälle in den Ämtern der Dezernate I bis III zu verzeichnen. Das ist u.a. auch darauf zurückzuführen, dass die Ämter vermehrt mit rechtlich schwierigen Fällen konfrontiert sind und die Bürger sich bereits im Verwaltungs- und Widerspruchsverfahren anwaltlich vertreten lassen.

## 3. Dienstaufsichtsbeschwerden und Petitionen

Die Anzahl der eingegangenen Beschwerden (Dienstaufsichtsbeschwerden und Petitionen) ist gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben. Die meisten Beschwerden richteten sich gegen die Tätigkeit von Mitarbeitern im Umweltamt, gefolgt vom Straßenverkehrsamt, Sozialamt und Jugendamt.

## 4. Versicherungsangelegenheiten

Die Anzahl der Neuzugänge insgesamt, also bezogen auf alle Versicherungssparten, hält sich auf dem Vorjahresniveau.

- 4.1. In den Sparten Schülersachschäden, Gebäude- und Inventarschäden waren die Fallzahlen rückläufig. In der Gebäudeversicherung liegt der Grund hierfür vor allem in dem ausgesprochen ruhigen Witterungsverlauf des zu Ende gehenden Jahres.
- 4.2. Erfreulicherweise konnte auch die Zahl der Einbruch/Diebstahl-Fälle weiter gesenkt werden, was nicht zuletzt auf die nunmehr fast lückenlose Ausstattung der Schulen mit Einbruchmeldeanlagen zurückzuführen ist. Ebenso macht sich die Ausstattung der stationären Geschwindigkeitsmessanlagen mit Alarmanlagen positiv bemerkbar. Im Berichtszeitraum verlief dieser Bereich erstmals schadenfrei.
- 4.3. Die Regulierung der vom Landkreis gemeldeten Schäden in der Vermögenseigenschaftensversicherung verlief auch im Berichtszeitraum äußerst zäh. Die Durchsetzung unserer Ansprüche gestaltet sich in dieser Sparte besonders schwierig. Die schlechten Erfahrungen der Vergangenheit mit dem Versicherer OKV (Ostdeutsche Kommunalversicherung) haben sich im Berichtszeitraum leider bestätigt.
- 4.4. Entgegen der sonstigen Entwicklung ist bei Kaskoschäden und Schadenersatzforderungen des Landkreises gegen Dritte ein leichter Anstieg der Fallzahlen gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Darüber hinaus gestaltet sich die Durchsetzung der Schadenersatzforderungen gegen Dritte in immer mehr Fällen sehr komplex und langwierig. In mehreren Fällen liegt zwischen Schadenereignis und der Befriedigung daraus resultierender Ansprüche mehr als ein Jahr.
- 4.5. Die zunehmende Klagefreudigkeit der Bürger findet auch in der gerichtlichen Durchsetzung von Schadenersatzforderungen gegen den Landkreis ihren Niederschlag. Die Anzahl neu anhängiger Klagen hat sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verdoppelt.

Nach Beendigung der Abordnung des Amtsleiters in der Zeit vom Februar 2000 bis 31.12.2002, seiner Abberufung und Umsetzung zum 01.01.2003 steht eine Entscheidung über die Neubesetzung der Stelle weiterhin aus.

## Statistikübersicht

		2002	2003
1.	<u>Gerichtsverfahren</u>	107	118
	Verwaltungsgericht	103	104
	Arbeitsgericht	-	3
	Zivilgericht	4	11
	Sozialgericht	-	-
	Strafsachen	-	-
2.	<u>Dienstaufsichtsbeschwerden</u>	45	46
3.	<u>Petitionen</u>	5	3
4.	<u>Beratung der Dezernate (gesamt)</u>	154	173
	<u>Dezernat I</u>	56	48
	<u>Dezernat II</u>	24	44
	<u>Dezernat III</u>	60	65
	<u>Dezernat IV</u>	14	16
5.	<u>Beratung Landrat/Pressestelle</u>	-	2

## Gesamtbearbeitung von Versicherungsfällen im Jahr 2003

anhängige Schadenersatzklagen	9
hausinterne versicherungsrechtliche Stellungnahmen	8
bearbeitete Schadensfälle insgesamt	168
Versicherungsleistungen insgesamt	225.496,62 €

## 5. Kommunalaufsicht (Sachgebiet mit Sondercharakter)

Seit der Kreisgebietsreform im Jahr 1993 bis zum Jahr 2000 hat sich im Landkreis Teltow-Fläming die Anzahl der selbstständigen Kommunen auf freiwilliger Basis von ursprünglich 139 auf 78 reduziert. Im Rahmen der Durchführung des Gesetzes zur Reform der Gemeindestruktur und zur Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden im Land Brandenburg haben weitere 41 Gemeinden ihre Selbstständigkeit aufgegeben. Während der Vorbereitung der nunmehr vorgesehenen gesetzlichen Neugliederung durch das Land beschlossen nochmals drei Gemeinden ein freiwilliges Zusammengehen mit anderen Gemeinden. Dadurch musste vom Gesetzgeber mit dem Vierten Gesetz zur landesweiten Gemeindegebietreform für noch 17 Gemeinden eine gesetzliche Regelung getroffen werden. Nach Abschluss der Freiwilligkeitsphase erstellte das Sachgebiet Kommunalaufsicht umfangreiche Zuarbeiten zur Vorbereitung der Gesetzgebung für das Ministerium des Innern und die Begleitung der am 26.10.2003 stattgefundenen Kommunalwahlen und diesbezüglich auftretender Problematiken.

Auf Grund der sich insgesamt verschlechternden Finanzausstattung und der gleichzeitig ständig steigenden Belastungen fällt den Städten und Gemeinden die Wahrnehmung der ihnen obliegenden Aufgaben immer schwerer. Hatten im Jahr 2002 noch 32 von 43 Gemeinden einen ausgeglichenen Haushalt, so könnten 2003 diesen Ausgleich nur noch 22 von 37 Gemeinden erreichen. 15 Gemeinden waren wegen Defiziten im Haushalt verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten und darin konkrete Konsolidierungsmaßnahmen und Fristen zur Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs zu beschließen. Die Mitarbeiter des Sachgebietes Kommunalaufsicht beraten die Ämter und Gemeinden bei Bedarf zu den Möglichkeiten der Ausschöpfung der Einnahmepotentiale und der Reduzierung von Ausgaben. Die Haushaltssicherungskonzepte für drei Gemeinden konnten nicht genehmigt werden, weil die Erfüllung der Voraussetzungen für eine Genehmigung nicht nachgewiesen wurde.

Im Abwasserbereich wechselte eine Gemeinde mit einem ihrer Ortsteile von einem Zweckverband in einen anderen. Das Verfahren - insbesondere die Auseinandersetzung zwischen der ausscheidenden Gemeinde und dem Zweckverband - wurde von der Kommunalaufsicht begleitet und die Genehmigung für das Ausscheiden erteilt. Eine weitere Gemeinde, die bisher noch selbst Aufgabenträger für Trink- und Abwasserentsorgung war, hat nach Beratung durch die Kommunalaufsicht ihren Willen bekundet, mit beiden Aufgaben Mitglied eines Zweckverbandes zu werden.

Die Mitarbeiter des Sachgebietes waren des Weiteren mit der Prüfung von Haushaltssatzungen der Ämter und Gemeinden und Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe und Zweckverbände sowie der Prüfung der formellen und materiellen Rechtmäßigkeit sonstiger Satzungen der Gemeinden und Zweckverbände befasst. Die Vorabprüfung von beabsichtigten Vertragsabschlüssen der Gemeinden mit Dritten sowie die Bearbeitung von Fördermittelanträgen in den Bereichen der Städtebauförderung, des landwirtschaftlichen Wegebbaus und der Wasserver- und Abwasserentsorgung nehmen ebenfalls einen relativ großen Umfang ein. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen bei der Gründung von Eigenbetrieben und privatrechtlich organisierten Unternehmen oder der Beteiligung an solchen Unternehmen und der in diesem Zusammenhang geschlossenen Verträge gehörten zum Tätigkeitsspektrum des Sachgebietes. Darüber hinaus unterliegt die Veräußerung von Gemeindevermögen unter bestimmten Voraussetzungen ebenso einem Genehmigungserfordernis durch die Kommunalaufsicht.

## Dezernat II

Im Kernbereich des ***Amtes zur Regelung offener Vermögensfragen*** (AROV) ist im Verlauf des Jahres 2003 die Mitarbeiterzahl auf 14 zurückgegangen (Stand Januar 2004). Die Grundstücksverkehrsstelle beschäftigt nach wie vor sechs Mitarbeiter, gesetzliche Vertreterbestellungen werden von 1,5 Mitarbeitern bearbeitet. Die Abordnungen von Beschäftigten der Kreisverwaltung zum Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (LAROV) sind für drei Mitarbeiter um eineinhalb Jahre verlängert worden; insgesamt sind noch vier Mitarbeiter bis Ende 2004 abgeordnet.

Die im vergangenen Jahresbericht angesprochenen Schließungsverhandlungen zwischen dem LAROV und dem Landkreis sind ausgesetzt gewesen, allerdings nunmehr wieder für das Jahr 2004 angekündigt. Die Finanzministerin hat sich in einem Presseartikel im Verlauf des Jahres dahingehend geäußert, dass das AROV Teltow-Fläming neben weiteren Ämtern im Jahre 2005 geschlossen werden soll. Die Zuständigkeit für die Bearbeitung verfolgungsbedingter Vermögensverluste (§ 1 Abs.6 VermG) ging zum 01.01.2004 auf das Bundesamt zur Regelung offener Vermögensfragen (BAROV) über. Insgesamt wurden seitens des Landkreises aber nur noch 30 bislang nicht abgeschlossene Verfahren dorthin abgegeben. Unbearbeitete Verfahren waren nicht mehr zu verzeichnen.

Die durchschnittliche Erledigung vermögensrechtlicher Vorgänge lag im Verlauf des Jahres zwischen 4,5 und 6 pro Mitarbeiter. Ein gutes Ergebnis angesichts der Tatsache, dass die Sachbearbeiter wegen des Personalabbaus neben der Fallbearbeitung zusätzlich auch Auskunftersuchen erledigen mussten. Die noch verbliebenen Vorkaufsrechtsanträge wurden gesichtet und datentechnisch neu erfasst bzw. zugeordnet. Die Negativattestierungen konnten durch flächenbereinigende und gebündelte Bearbeitungen im Verlauf des Jahres weiter rationalisiert werden. Es wurde eine Konzeption zur Abwicklung des Amtes entwickelt, die nach Schwerpunkten bestimmte Gemarkungen von dort noch verbliebenen vermögensrechtlichen Ansprüchen durch vorrangige Bearbeitung freistellt, so dass damit auch der Auskunftsbereich für diese Gemarkungen entlastet wird. Bislang können 29 (Stand Januar 2004) Gemarkungen aus der Sicht kreislicher Zuständigkeit als vermögensrechtlich nicht mehr belastet behandelt werden. Letztlich soll vermieden werden, dass mit Schließung des Amtes noch Unerledigtes in die Zuständigkeit anderer Stellen gelangt, denen es an lokaler Kenntnis fehlt. Dies war leider bei der Änderung der Zuständigkeit für die verfolgungsbedingten Vermögensverluste zum BAROV im Verlauf des Jahres zu beobachten (neben Landkreis und LAROV ist jetzt noch das BAROV als dritte auskunftserteilende Stelle hinzugekommen).

Die Stelle für gesetzliche Vertreterbestellungen war im Verlauf des Jahres mit der Bearbeitung der laufenden Verfahren voll in Anspruch genommen. Neben der Tagesarbeit ging es vornehmlich um Zuarbeiten an das BAROV über dorthin zum Aufgebotsverfahren gemeldete Verfahren. Nach einschlägigen Gerichtsurteilen, mit denen die Bestellung des Landes zum gesetzlichen Vertreter als unwirksam befunden wurde, zeichnet sich ab, dass die seinerzeit vom Landkreis eingeschlagene Verfahrensweise der Vertreterbestellung für vom Land beanspruchtes Bodenreformland (immer die kreiseigene Serviceagentur) richtig war.

Die Stelle für Grundstücksverkehr hat ihre Arbeit auch im Jahr 2003 zufriedenstellend und weitestgehend unabhängig von den Mitarbeitern des AROV Kernbereichs bewältigen können. Da im Verlauf des Novembers die gesamte EDV-Hardware des Amtes durch das LAROV erneuert bzw. auf MS-Standardsoftware umgestellt wurde und nunmehr zu den Eigenentwicklungen kompatible Datenbankstrukturen existieren, dürfte sich die Bearbeitung zukünftig nicht nur hier, sondern auch bei der Schlussinventur weiter vereinfachen. In diesem Zusammenhang wurde im übrigen auch eine Mitarbeiterin des AROV zum Kreisarchiv umgesetzt, die beendete Verfahren zur Übernahme dorthin archivarisches vorbereitet.

1.	Anzahl der vermögensrechtlichen Anträge inkl. Anträge auf Einräumung von Vorkaufsrechten:	
	Anträge	17.438
	Ansprüche	44.700
	beschiedene und zurückgenommene Ansprüche	43.451
	Erledigung in Prozent	97,2
2.	Anzahl der Vermögenswerte (i.d.R. Flurstücke), zu denen Auskunftsersuchen (Anträge auf Negativattest) vorliegen	
	Anfragen	120.993
	Auskünfte	118.280
	Erledigung in Prozent	97,8
	Differenz Anfragen/Erledigung	2.713
3.	Widersprüche	2.689
4.a)	anhängige Verwaltungsgerichtsverfahren	197
4.b)	abgeschlossene Verwaltungs- gerichtsverfahren	496
5.	Stelle für Grundstücksverkehr	
	erfasste Anträge	31.963
	davon Neueingänge 2003	1.589
	Erledigungen	27.126
	Erledigung in Prozent	84,9
6.	Gesetzliche Vertreterbestellungen	
	Anträge	3.478
	davon Neueingänge 2003	76
	Erledigungen	2.863
	Erledigungen in Prozent	82,3

Das **Ordnungsamt** ist in drei Sachgebiete gegliedert, deren Aufgaben im Folgenden aufgezeigt werden.

### 32.1 Allgemeine Sicherheit und Ordnung

#### *Fachaufsicht über die örtlichen Ordnungsbehörden, Aufgaben als Kreisordnungsbehörde*

Schwerpunkt der Arbeit ist die Anleitung der örtlichen Ordnungsbehörden in Abstimmung mit anderen Fachämtern des Hauses. Es fanden Beratungen mit den Ordnungsamtsleitern, den Mitarbeitern der örtlichen Ordnungsbehörden für das Meldewesen und den Gewerbebereich statt.

Verstärkt wurden Fachaufsichtsbeschwerden über die Arbeitsweise einiger örtlicher Ordnungsbehörden, die durch Bürger bzw. das Innenministerium an uns herangetragen worden sind, geprüft und ausgewertet. Zehn Widersprüche, die gegen Ordnungsverfügungen von Ämtern, Städten und Gemeinden gerichtet waren, sind bearbeitet worden.

19 Genehmigungen zur Durchführung von Lotterien nach dem Lotteriegesetz konnten im Jahr 2003 erteilt werden. Weiterhin sind 141 Bußgeldverfahren nach dem SGB XI - hier im Bereich der Pflegepflichtversicherung - bearbeitet worden. Insgesamt 299 Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange wurden abgegeben.

#### *Untere Jagdbehörde*

Im Landkreis Teltow-Fläming sind aktuell 844 Jäger Inhaber eines Jagdscheines, davon 63 Ausländer im Besitz eines Tagesjagdscheines. Insgesamt gibt es im Kreisgebiet 238 Jagdbezirke, davon 169 gemeinschaftliche Jagdbezirke, 48 Eigenjagdbezirke, 19 Verwaltungsjagdbezirke und zwei Bundesforstjagdbezirke. Weiterhin sind zwei Hegegemeinschaften für Rotwild und eine Hegegemeinschaft für Damwild in der Unteren Jagdbehörde gemeldet. Der Hegegemeinschaft Muffelwild "Siethener Heide", welche Muffelwild und Damwild bewirtschaftet, konnte im Jahr 2003 die Satzung anerkannt werden. 238 Abschusspläne wurden bearbeitet und bestätigt bzw. festgesetzt. Die Hegegemeinschaften förderten und unterstützten die Gruppenabschussplanungen.

Die Zusammenarbeit mit dem Kreisjagdverband wurde intensiviert und die Arbeit mit dem Jagdbeirat erfolgreich weitergeführt. 2003 absolvierten 31 Teilnehmer die jährlich durchzuführende Jägerprüfung; 24 legten diese mit Erfolg ab.

Die Arbeit mit den Jagdvorständen der Jagdgenossenschaften ist kontinuierlich weitergeführt worden. Bei der Bewältigung der Probleme, die sich aus der Gemeindegebietsreform ergaben, wurden die Jagdgenossenschaften unterstützt.

Elf Anzeigen von Jagdpachtverträgen bzw. Verlängerungen von Jagdpachtverträgen wurden bearbeitet.

Die Wildbewirtschaftung im Landkreis Teltow-Fläming, insbesondere die Höhe der Wildbestände, der Jagdstrecken und der Wildschäden, wurde statistisch ausgewertet. Zur Problematik der Schwarzwildbewirtschaftung organisierte die Untere Jagdbehörde eine Informationsveranstaltung für alle Jagdbezirksverantwortlichen. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde auch über das neue Jagdgesetz des Landes Brandenburg informiert.

### *Untere Fischereibehörde*

2003 sind insgesamt 1.175 Fischereischeine A neu erteilt bzw. verlängert und davon 662 Jugendfischereischeine an Angler ausgegeben worden. 20 Fischereischeine B wurden für Berufsfischer ausgestellt.

Derzeit sind 58 ehrenamtliche Fischereiaufseher tätig. Diese wurden Anfang des Jahres 2003 in einer gemeinsamen Beratung mit den Vorsitzenden der Kreisanglerverbände geschult.

2003 mussten neun Bußgeldverfahren wegen des Verstoßes gegen das Fischereigesetz eingeleitet werden. Davon wurden 31 Verwarnungen vor Ort durch die Fischereiaufseher ausgesprochen.

2003 fanden drei Anglerprüfungen mit insgesamt 160 Prüflingen statt, wovon lediglich acht Anwärter die Prüfung nicht bestanden haben.

Im Berichtszeitraum kam es zur Bildung von zwei Fischereibezirken. Weiterhin wurden zwei Hegepläne zur Genehmigung bei der Unteren Fischereibehörde eingereicht, im Fischereibeirat besprochen und bestätigt. Die Mitarbeiter bearbeiteten 51 Fischereipachtverträge und genehmigten 34 Veranstaltungen zum Gemeinschaftsfischen.

### *Versicherungsbehörde*

Durch die zwei Mitarbeiterinnen wurden im Jahr 2003 1.569 Anträge auf Altersrente, Anträge auf Überführungen der Zusatzversorgungsanwartschaften (z.B. Altersversorgung der technischen Intelligenz, Altersversorgung für Mitarbeiter im Staatsapparat usw.), Erwerbsminderungsrenten und Hinterbliebenenrenten entgegengenommen. Anträge, beispielsweise auf Versorgungsausgleich, Neuberechnungen von Renten sowie auch Leistungen zur Rehabilitation wurden an die jeweiligen Versicherungsträger weitergeleitet.

### *Kriegsgräberwesen*

Im Jahr 2003 wurden den Städten, Gemeinden und Ämtern des Landkreises durch den Bund 143.403, 83 Euro für die Pflege und Instandsetzung von Kriegsgräbern erstattet. Folgende Projekte konnten so realisiert werden:

- Abschluss der Instandsetzung der sowjetischen Kriegsgräberstätte in Glasow im September 2003
- Neugestaltung der Kriegsgräberstätte auf dem evangelischen Friedhof Trebbin im Frühjahr/Sommer 2003
- Instandsetzung der Kriegsgräberstätten in Saalow (Dorffriedhof), Klausdorf, Fernneuendorf und Kemnitz
- Fortführung der Instandsetzung des Ehrenfriedhofes Zehrendorf (Waldstadt Wünsdorf)

Die Vorbereitungen für die Instandsetzung der russischen Kriegsgräberstätte in Baruth/Mark sind mit der Sanierungsplanung und dem Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus den Bundesmitteln der Pflegepauschale, die vom Innenministerium zugesagt werden, abgeschlossen. Auch die Vorbereitungen zur Neugestaltung des Ehrenfeldes Mohrunen auf dem Waldfriedhof Luckenwalde sind beendet. Es gibt ein fertiges Projekt, der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung liegt beim Innenministerium vor.

### *Unabkömmlichstellungs-Angelegenheiten*

Im Jahr 2003 wurden insgesamt 21 Gesuche von Betrieben der gewerblichen Wirtschaft auf Unabkömmlichstellung von Mitarbeitern gemäß § 13 Wehrpflichtgesetz bzw. § 16 Zivildienstgesetz gestellt. Durch die qualifizierte Bearbeitung und ein gutes Zusammenwirken mit den Wehrersatzbehörden in Potsdam, Berlin und Cottbus sowie mit der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer Potsdam konnte auch in diesem Jahr erreicht werden, dass alle gemäß der UK-VO von uns eingebrachten Vorschläge positiv entschieden wurden.

### *Gewerbeangelegenheiten*

Der Schwerpunkt der Tätigkeit im Bereich Gewerbeangelegenheiten lag auch im vergangenen in der verstärkten Bekämpfung der Schwarzarbeit. Erfolgreich fortgeführt wurde die Zusammenarbeit aller für die Verfolgung von Schwarzarbeit zuständigen Behörden in der kreislichen Koordinierungsgruppe.

Die Tendenz, Einsprüche zu den Bußgeldbescheiden einzulegen, ist auch im Jahr 2003 weiter angestiegen. Die Verfahren werden dann über die Staatsanwaltschaft an das zuständige Amtsgericht übergeben. Daher sind die Einnahmen für den kreislichen Haushalt deutlich rückläufig. Mit der zuständigen Staatsanwaltschaft in Potsdam und dem Amtsrichter in Luckenwalde wurden zur Problematik dieser Bußgeldverfahren Gespräche geführt. Sie hatten zum Ergebnis, die Aufmerksamkeit auf diese spezielle Art der Ahndung von Schwarzarbeitsdelikten zu lenken.

Insgesamt bearbeiteten die Mitarbeiter 21 Anträge zu erweiterten Öffnungszeiten in Ausnahmefällen im öffentlichen Interesse nach § 23 LSchIG.

Im Schornsteinfegerwesen ist erneut die weitere Zunahme von Vollstreckungen auf Grund der verschlechterten Zahlungsmoral bei den Schornsteinfegergebühren zu verzeichnen. Die Aufsicht über die Bezirksschornsteinfegermeister wurde auch 2003 ausgeübt.

### Sachgebiet 32.2 - Ausländer- und Personenstandswesen

Per 31.12.2003 waren im Landkreis Teltow-Fläming 3.089 Ausländer gemeldet, davon 626 Asylbewerber.

Bis zum genannten Datum wurden etwa 30 Personen ab- bzw. zurückgeschoben. Abschiebungen erfolgten in der Mehrheit wegen illegalen Aufenthalts, illegaler Erwerbstätigkeit und Prostitution. Nach wie vor ist die Mehrzahl der abgeschobenen Personen aus Osteuropa. Im Bereich Asylwesen scheiterten bis 31.12.2003 die meisten Abschiebungen, da sich die abzuschiebenden Personen der Durchsetzung der Ausreisepflicht durch "Untertauchen" entzogen haben.

Bis 31.12.2003 fanden ca. 50 Botschaftsvorführungen zur Klärung der Identität von ausreisepflichtigen Ausländern statt. Nur in wenigen Fällen konnte die vom Ausländer angegebene Staatsangehörigkeit durch Befragung in der Botschaft bestätigt werden.

Es sind einige Entscheidungen im Klageverfahren des Verwaltungsgerichtes zu den Altfallregelungen von 1999 zu erwarten.

Zunehmend lagen der Ausländerbehörde im Jahr 2003 Anfragen der Standesämter zur Feststellung der Voraussetzungen der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß § 4 Abs. 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes der in Deutschland geborenen Kinder ausländischer Eltern vor. Hier gab es ca. 20 Anfragen der verschiedensten Standesämter.

An den Schulungen des Fachverbandes der Standesbeamten nahmen die Kolleginnen des Bereiches Personenstandswesen teil.

Bis zum 31.12.2003 wurden 20 Anträge auf Änderungen des Familiennamens sowie elf Anträge auf Änderung des Vornamens nach dem Namensänderungsgesetz gestellt. Die meisten Anträge konnten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen positiv beschieden werden.

Mehrere Anträge auf Einbürgerung konnten auf Grund der fehlenden wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht entgegengenommen werden. Gemäß § 9 StAG ist der Bezug von Arbeitslosenhilfe bzw. Sozialhilfe eines Ehegatten einbürgerungshindernd.

### Sachgebiet 32.3 – Brandschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst

#### *Brandschutz*

Im Jahr 2003 ( Stand 31.12.2003) wurden die Feuerwehren des Landkreises zu 877 Bränden und 1.145 technischen Hilfeleistungen gerufen. Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres mussten damit 255 Brände mehr bekämpft, aber 945 mal weniger zu technischen Hilfeleistungen ausgerückt werden. Auf Grund der lang anhaltenden Trockenheit in den Sommermonaten bildeten die Einsätze zur Waldbrandbekämpfung den Schwerpunkt. Die Feuerwehren kamen zu 88 Waldbränden mit einer Ausdehnung von 327,45 ha, davon ca. 274,5 ha auf munitionsbelasteten Flächen zum Einsatz. Außerdem bekämpften sie Brände auf 197 Ödland- und Heideflächen mit einer Ausdehnung von 109,31 ha.

Im Rahmen der kreislichen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen wurden im Ausbildungsjahr 2003 in 23 Lehrgängen 444 Kameradinnen und Kameraden als Truppführer, Maschinist, Sprechfunker, Atemschutzgeräteträger sowie in Grundtätigkeiten der Technischen Hilfe ausgebildet. Im Ergebnis konnte eine Lehrgangsauslastung von 96,5 % erreicht werden. Die Atemschutzübungsstrecke im Feuerwehrtechnischen Zentrum nutzten insgesamt 631 Kameradinnen und Kameraden.

Der Kreisfeuerwehrverband des Landkreises wurde traditionell auch im Jahre 2003 bei der Ausrichtung der Kreismeisterschaften der Feuerwehren Ende Juni in Luckenwalde unterstützt. Aus 37 Feuerwehren des Landkreises nahmen 87 Männer-, Frauen-, Jugend- und Kindermannschaften an den Wettkämpfen teil.

Durch das Feuerwehrtechnische Zentrum wurden auch im Jahre 2003 kostenfrei Wartungs- und Prüfarbeiten an:

Anzahl	Geräte / Ausrüstung
980	Pressluftatmern
2.325	Atemschutzmasken
45	Chemikalienschutzanzügen
2.287	Pressluftflaschen
2.316	Druckschläuchen
31	Tragkraftspritzen

durchgeführt.

## Katastrophenschutz

Die Ausbildung der Führungskräfte des kreislichen Katastrophenschutzstabes wurde im Jahre 2003 weitergeführt. Im Zusammenhang mit der Erstellung des Einsatzplanes für Massenimpfungen (Pocken) wurde dieses Gremium bei der Erarbeitung und Abstimmung involviert.

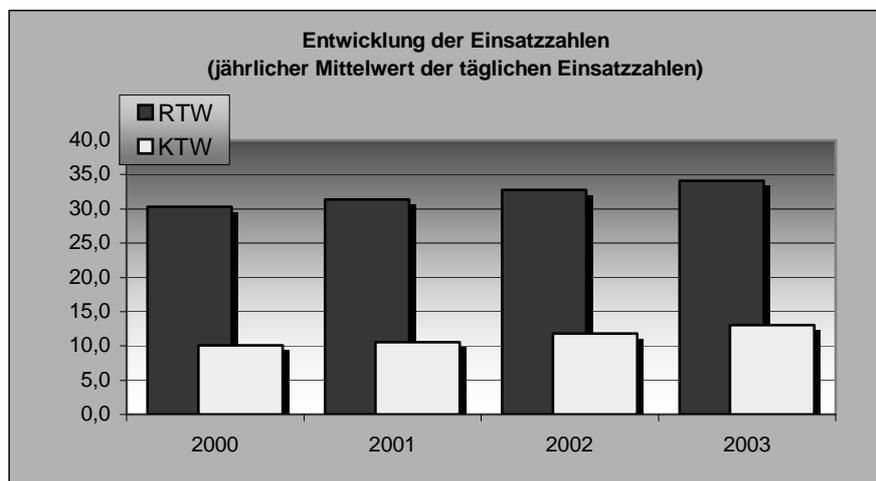
Die insgesamt 156 Kameraden Brandschutzeinheit des Landkreises Teltow-Fläming erhielten am 10. Mai 2003 die Brandenburgische Elbeflutmedaille in Dobbrikow. Dieser Tag wurde gleichzeitig für eine Alarmüberprüfung und einen Marsch der einzelnen Züge nach Dobbrikow genutzt. Auf weitere Ausbildungen wurde auf Grund der massiven Waldbrandeinsätze der Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren des Landkreises in der Sommerzeit verzichtet.

Am 30. Mai konnte ein Führungsfahrzeug des Katastrophenschutzes in Dienst gestellt werden. Damit verfügt der Landkreis wieder über ein mobiles Führungsmittel, um bei größeren Einsätzen im Bereich Brand- und Katastrophenschutz entsprechende Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Die ersten Bewährungsproben hatte das Fahrzeug bei den großen Waldbränden im Raum Jüterbog sowie bei einem Großbrand im Gewerbepark Baruth/Mark.

## Rettungsdienst

Der Rettungsdienst ist organisiert durch den Eigenbetrieb Rettungsdienst des Landkreises Teltow-Fläming.

Im Jahre 2003 kam es gegenüber dem Vorjahr zu einem erneuten Anstieg der durchschnittlichen täglichen Einsatzzahl der Notfallrettung von 32,8 auf 34,0 Einsätze und 1,2 Einsätze/Kalendertag im Krankentransport.



Im Jahr 2003 wurde der Rettungsdienst zu 10.970 Notfällen gerufen. In 6.170 Fällen kam ein Notarzt zum Einsatz. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg der Leistungen zu verzeichnen. Die Anzahl der Krankentransportleistungen erhöhte sich auf 4.460.

2003 wurden in der Rettungswache Zossen zwei Rettungswagen und ein Notarzteinsatzfahrzeug, in der Rettungswache Mahlow ein Rettungswagen sowie in der Rettungswache Jüterbog ein Rettungs- und ein Krankentransportwagen erneuert. Aufgrund höherer technischer Anforderungen (Nachweis der Elektroverträglichkeit durch e-Zertifikat) mussten teilweise medizinisch-technische Geräte ausgetauscht werden.

Nach Abschluss umfangreicher Umbauarbeiten hat die Rettungswache Trebbin Ende August 2003 ihre Arbeit am neuen Standort in der Bahnhofstraße 44/45 aufgenommen. Am 15. Oktober 2003 erfolgte die offizielle Einweihung. Damit haben sich die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter der Johanniter Unfallhilfe in der Rettungswache erheblich verbessert.

Die Leitstelle des Landkreises hat ihre Aufgaben erfüllt.

Das **Straßenverkehrsamt** verzeichnete im Jahr 2003 analog dem Bundestrend nur eine geringfügige Zunahme des Fahrzeugbestandes im Landkreis Teltow-Fläming von 124.555 am 1. Januar 2003 auf 127.269 am 31. Dezember 2003 (2,18 %).

Seit dem 5. März 2003 erfolgt im Bereich Kfz-Zulassung der Datenaustausch mit dem Kraftfahrt-Bundesamt per Filetransfer. Die Daten können somit schneller und aktueller übermittelt und an andere Behörden (Polizei, Bußgeldbehörden) weiter geleitet werden.

Im Jahr 2003 wurde der interkommunale Vergleichsring der Kfz-Zulassungsstellen weitergeführt. Nach Beendigung der ersten Phase erarbeitete die KGSt einen Abschlussbericht. Zur Umsetzung der Ergebnisse wurde eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Straßenverkehrsamtes gebildet, die ihre Arbeit im Oktober 2003 aufgenommen hat. Zusätzlich wurde die Vergleichsringarbeit im Bereich der Führerscheinstellen aufgenommen. Beide Vergleichsringe werden bis 2004 weitergeführt.

Auch im Jahr 2003 blieb der Ansturm auf den neuen Kartenführerschein aus. Es ist ein weiterer Rückgang der Umtauschwilligen zu verzeichnen. Die Frist zum Aufbau des zentralen Führerscheinregisters in Flensburg wurde bis 31. Dezember 2006 verlängert, eine Regelung in Richtung Pflichtumtausch lehnt das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr des Landes Brandenburg ab.

Mit der Arbeit des *Sachgebietes Verkehrsordnungswidrigkeiten* soll dazu beigetragen werden, dass weniger Menschen im Straßenverkehr sterben oder verletzt werden. Hauptunfallursache ist und bleibt die unangepasste Geschwindigkeit. Im Jahr 2003 wurde die zulässige Höchstgeschwindigkeit an 71 Messstellen, davon an 11 Standorten mit fest installierten Anlagen, überwacht. Im Vorjahr wurde an 74 Stellen gemessen. 64 % aller von der Kreisverwaltung Teltow-Fläming eingerichteten Messstellen dienen der Schul- und Spielwegsicherung. 11 % der mobilen Standorte befinden sich an Unfallschwerpunkten/Unfallhäufungslinien/-stellen, 18% an Stellen mit besonderer Gefährdung. 7 % dienen der Überwachung der Geschwindigkeit in schützenswerten Bereichen (Altenheim, Krankenhaus u. a.).

Im Berichtszeitraum konnten "mobile" Standorte wie an der Unfallhäufungsstelle zwischen Gottow und Luckenwalde, an der Grundschule in Dahme aus Richtung B 102 bzw. in Werben (Schul- und Spielwegsicherung) neu geschaffen werden. Andere Standorte wurden wegen baulicher Veränderungen auf der Straße ersetzt (z. B. Bau Mittelinsel zur Verkehrsberuhigung an der Messstelle B 96 in Groß Machnow). Weitere Messstellen mussten wegen Baumaßnahmen im Aufstellbereiches unseres Fahrzeuges oder wegen der Änderung der Schutzbedürftigkeit des Bereiches ersatzlos aufgegeben werden.

Diese Veränderungen wurden mit den Mitgliedern der Verkehrsunfallkommission beraten und beschlossen.

Bei der "stationären" Geschwindigkeitsüberwachung ist eine Steigerung der Gesamtzahl der eingeleiteten Verfahren um 3.959 gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (12/02 = 15.021 und 12/03 = 18.980). Dabei hat sich die Anzahl der Bußgeldverfahren gegenüber dem Vorjahr von 1.917 auf 2.309 im Berichtszeitraum erhöht (Steigerung 29 %). Die Verwarnungsgeldfälle erhöhten sich von 12.394 Verfahren im Jahre 2002 auf 15.954 (Steigerung 29 %). Insgesamt wurde bei 16 % der Überschreitungen ein Bußgeldverfahren (schließt Bußgeld aus Verwarnungsgeldern ein) und in 84 % der Fälle ein Verwarnungsgeldverfahren eingeleitet. Bedingt durch Verschleißerscheinungen und Reparaturen mussten 168 Ausfalltage an den stationären Anlagen registriert werden. Kameraausfälle, verursacht durch Schäden, gab es nicht.

Bei der "mobilen" Überwachung liegt der Anteil der Bußgeldverfahren bei 13 % (Vorjahr: 795 = 15 %). Das mobile Messfahrzeug war wegen Reparatur- bzw. Wartungszeiten im Berichtsjahr an 16 Tagen nicht im Einsatz. Es wurde im Jahr 2003 zu 93 % ausgelastet.

Im Jahr 2003 mussten insgesamt 301 Fahrverbote ausgesprochen werden (Vorjahr 287). Die Anzahl der im Berichtsjahr eingelegten Einsprüche ist gegenüber der Gesamtanzahl der Verfahren gesunken.

Von 2.651.331 Fahrzeugen, welche die stationären und mobilen Messstellen insgesamt passierten, überschritten 23.299 Fahrzeuge die zulässige Höchstgeschwindigkeit (0,9 %). 76,8 % aller Überschreitungen wurden von Fahrzeugführern mit Kennzeichen außerhalb des Landkreises begangen. Die häufigsten Geschwindigkeitsüberschreitungen wurden an der Messstelle Altes Lager in Richtung Treuenbrietzen registriert. Der Hauptanteil der Überschreitungen erfolgte im Bereich einer Geschwindigkeitsüberschreitung von unter 20 km/h. Spitzenreiter war ein Fahrzeugführer mit einer Überschreitung von 83 km/h (133 km/h bei zugelassenen 50 km/h) am Standort Altes Lager in Richtung Jüterbog. Dabei wurde der Toleranzabzug von 3 km/h bereits berücksichtigt.

Reduziert hat sich die Bearbeitung der allgemeinen Verkehrsordnungswidrigkeiten. Während im Jahre 2002 insgesamt 429 Verkehrsordnungswidrigkeiten angezeigt und bearbeitet wurden, waren es im Berichtszeitraum nur 281. Davon entfallen u. a. elf auf Baustellenordnungswidrigkeiten, vier auf Handyverstöße, 185 auf Überschreitung der Hauptuntersuchung und 40 auf Verletzungen der Gurtanlegepflicht.

Im Februar 2003 erfolgte eine Umstellung des ADV-Programmes auf die GUI-Version. Damit wurden die Voraussetzungen für den Ausdruck von Fotos über eine Wordanbindung im Hintergrund geschaffen. Ein weiterer Vorteil dieser Programmversion besteht in der besseren Verträglichkeit des IKOL-Programmes mit anderen Programmen und in der einfacheren Anbindung aller anzusteuernenden Drucker in das IKOL-Programm.

Im September 2003 wurde eine computergestützte Bildauswertung eingeführt, wodurch jederzeit die Möglichkeit besteht, das Beweisfoto am Arbeitsplatz aufzurufen und auch bei Bedarf (Firmenfahrzeuge) sofort mit dem Anhörbogen auszudrucken. Damit konnte die seit 12 Jahren manuell betriebene Fototechnik abgelöst werden. Die dadurch eingesparte Zeit wird seit dem 4. Quartal 2003 zur stärkeren Auslastung des mobilen Überwachungsfahrzeuges genutzt.

Im Mai und im Juli 2003 überwachten die Mitarbeiter der Kreisverwaltung gemeinsam mit der Polizei die Geschwindigkeit an Schulwegen bzw. an Stellen mit besonderer Gefährdung. Die Presse erhält regelmäßig einen Auszug aus dem Einsatzplan des mobilen Messfahrzeuges des Landkreises.

Das Aufgabengebiet des *Sachgebietes Verkehrssicherheit und -lenkung* umfasst die Gesetzgebung der gesamten Straßenverkehrsordnung ( StVO ). Hieraus ergibt sich eine Vielfalt von Aufgaben, welche nachfolgend aufgeführt und im Vergleich der Jahre 2002 und 2003 statistisch gegenübergestellt werden.

Eine besondere Problematik bleiben wie im Vorjahr die umfangreichen Bauarbeiten auf Bundes- und Landesstraßen, die teilweise bis zu einem Jahr und länger dauern werden und zu starken Verkehrsraumeinschränkungen führen. In diesem Jahr waren die Grenzen der Möglichkeiten zur Koordinierung erreicht, da Baumaßnahmen – vor allem im Norden des Landkreises – zusätzlich beantragt wurden, die dem Straßenverkehrsamt zuvor nicht rechtzeitig gemeldet wurden bzw. werden konnten. So z. B. musste die Brücke am Glasower Damm zwischen der B 96 und Mahlow wegen massiver Schäden kurzfristig gesperrt werden. In Dahlewitz erschwerten Leitungsverlegungen in der L 40 den Verkehr. In Groß Machnow wurde entgegen der ursprünglichen Planung eine Vollsperrung für den Straßenbau eingerichtet. Außerdem verzögerten sich Baumaßnahmen und überdeckten sich dadurch mit anderen nachfolgend geplanten Maßnahmen. In der höchsten Priorität bleiben der Bau der B 101n und der Ausbau der B 96. Weiterhin sind Groß Machnow, Baruth, Großbeeren, Mahlow, Jüterbog sowie Ludwigsfelde zu den Schwerpunkten im Baustellengeschehen zu zählen.

Zum Unfallgeschehen werden insbesondere die Abschnitte betrachtet, die in diesem Jahr der kreislichen Unfallkommission übergeben wurden. Es wurden vier Unfallhäufungsstellen (UHS) neu eröffnet. Im Verhältnis zu insgesamt 29 noch in Bearbeitung befindlichen UHS konnten bisher vier UHS geschlossen werden. Besonderes Augenmerk liegt auf den Bereich der B 96 zwischen Großmachnow und der Autobahn A 10 sowie der L 79 Ortsdurchfahrt Ludwigsfelde (Potsdamer Straße).

Ein weiterer komplexer Aufgabenbereich ist der Schutz der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Verkehrsraum auf Grundlage des § 45 StVO, der durch Prüfung, Genehmigung durch Anordnung oder Ablehnung erfolgt. Statistisch werden nur die getroffenen Anordnungen erfasst und nicht die Ablehnungen, so dass die Anzahl der bearbeiteten Anträge um ca. 90% höher liegt. Wegen der strikten Durchsetzung der "Reduzierung des Schilderwaldes" wurde bei 240 Anträgen keine Anordnung erteilt.

Zu den verkehrsrechtlichen Anordnungen zählen auch Beschwerden von Anwohnern über Lärmbelastungen in ihrem Umfeld, die auch die Auswirkungen des erhöhten Verkehrsaufkommens – bedingt durch Umleitungen oder Umorientierung des Verkehrs wegen Baustellen – widerspiegeln. Auf Grund des gestiegenen Verkehrsaufkommens ist ein weiterhin starker Bedarf an Sicherungsmaßnahmen bezüglich des Fußgänger-, Radfahrer- und Fahrzeugsverkehrs vorhanden.

Im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens werden Stellungnahmen zu Flächennutzungs-, Vorhaben- und Erschließungs- sowie Bebauungsplänen abgegeben. In vielen Fällen müssen hier Vor-Ort-Termine und Beratungen wahrgenommen werden, um in den vorliegenden Unterlagen enthaltene Unklarheiten zu beheben.

Die Erweiterung des Netzes der Flaeming-Skate um weitere Abschnitte und die intensive Arbeit zur Entschärfung sich entwickelnder Gefährdungspunkte ließen eine Reduzierung des Pensums auch in diesem Jahr nicht zu. Als ein Höhepunkt gestaltete sich der Verkehrssicherheitstag zum Thema "Flaeming-Skate - Spaß? Mit Sicherheit!", der am 5. November 2003 durchgeführt wurde und die Öffentlichkeit für die Probleme rund um das Radfahren und Skaten sensibilisieren sollte.

Im Folgenden noch einige statistische Angaben aus dem Straßenverkehrsamt für das Jahr 2003

### 1. Kfz-Zulassung

	Stand 31.12.2002	Stand 31.12.2003
Fahrzeugbestand gesamt	124.555	127.269
davon		
Kräder	6.426	6.840
Pkw	91.462	93.105
Lkw	8.471	8.528
Zugmaschinen	2.518	2.549
sonstige Kfz	1.083	1.147
Kfz-Anhänger	14.434	14.930
KOM	161	170

### 2. Fahrschul- und Fahrerlaubniswesen

	Stand 31.12.2002	Stand 31.12.2003
Ersterteilung/Erweiterung von Fahrerlaubnissen (FE)	5.038	4.487
Umstellung auf EU-Führerschein	4.409	3.195
Anträge auf Neuerteilung nach Entzug der FE	422	436
Versagung/Verzicht der FE gesamt	735	743
davon einer Neubeantragung nach Entzug	270	255
davon einer Erstbeantragung	465	488
Internationaler Führerschein	626	448
FE zur Fahrgastbeförderung	73	95
FE-Entziehungen gesamt	333	467
davon durch Gericht	246	383
davon durch FE-Behörde	87	84
Maßnahmen nach dem Punktesystem (§ 4 Abs. 3 StVG)		
- Verwarnungen	453	401
- Anordnung Aufbauseminar	74	63
- Entzüge	28	26
Maßnahmen gegen Fahranfänger (§ 2a StVG)		
- Anordnung Aufbauseminar	224	206
- Verwarnungen	17	54
- Entzüge	13	14
Anträge auf Ausnahmegenehmigung § 74 FeV	49	41
davon erteilte Ausnahmen	27	20
Anzahl der Fahrschulen und Zweigstellen	45	47
Anzahl der Fahrlehrer	146	157
Anzahl der überprüften Fahrschulen	18	18
Unternehmen im Taxen- und Mietwagenverkehr gesamt	60	65
Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge	124	126

### 3. Verkehrsordnungswidrigkeiten

	Stand 31.12.2002	Stand 31.12.2003
eingeleitete Bußgeldverfahren	2.918	3.106
davon		
- stationär	1.917	2.309
- mobil	795	636
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	206	161
eingeleitete Verwarngeldverfahren	16.961	20.474
davon		
- stationär	12.394	15.954
- mobil	4.344	4.400
- allgemeine Verkehrsordnungswidrigkeiten	209	120
Bußgeldverfahren aus Verwarngeldverfügungen	943	907
davon		
- stationär	710	717
- mobil	233	190
Gesamtanzahl Verfahren	20.822	24.487

### 4. Verkehrssicherheit und -lenkung

	Stand 31.12.2002	Stand 31.12.2003
Stellungnahmen		
- allgemeine Planvorhaben	318	372
- Straßenbauvorbereitung BSBA	-	150
Erlaubnisse, Veranstaltungen § 29 StVO	195	157
Ausnahmegenehmigungen und Erlaubnisse § 46 StVO	695	695
Anordnungen verkehrslenkender Maßnahmen und Baustellen gem. § 45 StVO	2.075	2.163
erteilte Anordnungen für generelle Verkehrs- regelungen gem. § 45 StVO	184	169
Anträge Lichtzeichenanlagen ((LZA) und Fußgängerüberwege	15	8
Bestand an		
- Kreisverkehrsplätzen		19
- Fußgänger-LZA		37
- Knotenpunkt-LZA		48
- Fußgängerüberwegen		15
Verkehrsschauen	15	12

Die Schwerpunkte der Arbeit **des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes** sind

1. die Tierseuchenbekämpfung, Tierkörperbeseitigung und Tierarzneimittelüberwachung,
2. der Tierschutz und
3. der Verbraucherschutz.

#### 1. Tierseuchenbekämpfung, Tierkörperbeseitigung und Tierarzneimittelüberwachung

##### *Bekämpfung der enzootischen Rinderleukose und Brucellose der Rinder*

Es wurden den gesetzlichen Vorgaben entsprechende serologische Untersuchungen der über 24 Monate alten Jungrinder und Kühe durchgeführt. Die Rinderbestände des Landkreises Teltow-Fläming sind frei von enzootischer Rinderleukose und Brucellose der Rinder.

##### *Bekämpfung der Bovinen Herpesvirus-Infektion (BHV 1) und der Bovinen Virusdiarrhoe/Mucosal Disease (BVD/MD) der Rinder*

Die Richtlinie zur Bekämpfung der BHV 1-Infektion der Rinder, einer anzeigepflichtigen Tierseuche, auf freiwilliger Basis gilt für das Land Brandenburg ab Januar 1996. Ab Dezember 1997 ist eine Verordnung des Bundes in Kraft. Von der Tierseuchenkasse (TSK) werden zur Zeit die Kosten für die Betriebe, die sich freiwillig diesem Verfahren angeschlossen haben, weitgehend getragen.

Frei von BHV 1 sind per 31. Dezember 2003 77 Bestände. 57 Rinderbestände besitzen den Status eines Sanierungsbestandes. Von diesen 134 Beständen geht keine Gefahr der Weiterverbreitung der BHV 1 aus.

Zum Schutz dieser genannten Bestände und um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Brandenburger Rinderzucht zu erhalten, ist es erforderlich, die Sanierungsmaßnahmen zu beschleunigen und flächendeckend zu sichern. Ziel ist die Anerkennung nach Artikel 9 der RL 64/432/EWG. Der im Land Brandenburg erreichte Sanierungsstand erfordert es, nunmehr Maßnahmen zu treffen, die zu einer deutlichen Beschleunigung der Sanierung führen. Hierzu dient der Runderlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg (MLUR) vom Dezember 2002. Danach können unter bestimmten Voraussetzungen Merzungsbeihilfen für geschlachtete BHV1-Reagenten von der TSK gezahlt werden. Ein möglichst kurzfristiger Sanierungsabschluss eröffnet außerdem die Möglichkeit für die TSK, andere wichtige Sanierungsprogramme finanziell zu unterstützen

Die Bekämpfung der BVD/M, einer meldepflichtigen Tierseuche, erfolgt im Land Brandenburg auf freiwilliger Basis auf der Grundlage einer Richtlinie des MLUR vom Oktober 2000. Die dabei entstehenden Kosten sind von den Betrieben selbst zu tragen und unterliegen keiner staatlichen Förderung. Ein nachhaltiger Erfolg setzt flächenhafte Bekämpfungsmaßnahmen voraus. Deshalb ist die Beteiligung möglichst vieler bzw. aller Rinderhalter am Sanierungsverfahren erforderlich, um die Brandenburger Rinderzucht auf Dauer wettbewerbsfähig zu halten. Aus diesem Grunde ist es bei der Bekämpfung der BVD/MD besonders erforderlich, von Seiten des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes (VLÜA) verstärkt beratend tätig zu werden.

Beratungen konnten auf Grund der Arbeitskräftesituation in den Sommermonaten und der seit Mai bestehenden PKW-Situation (Haushaltssperre) nicht in dem erforderlichen Maße durchgeführt werden. Dieses wirkt sich nachteilig bei der Bekämpfung dieser Rinderseuchen aus.

### *Salmonellose des Rindes*

Immer wieder treten in den Rinderbeständen Salmonellen auf; die Ursachen sind in der Regel nicht zu klären.

Im Jahre 2003 traten zwei Salmonellen mit größeren wirtschaftlichen Verlusten auf. Bei zwei zur Klauentierklinik der FU-Berlin eingewiesenen Kühen und der Einsendung einer verendeten Kuh zum Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft (LVL) Laborbereich Potsdam wurden Salmonellen nachgewiesen. Die Tiere stammten alle drei aus einer Großanlage. Die Bekämpfung gestaltete sich daher schwierig. Gute Zusammenarbeit zwischen Betrieb, Hoftierarzt, VLÜA und LVL Laborbereich Potsdam bei der Durchführung der festgelegten Maßnahmen führte zum Ziel. Eine weitere Salmonellose wurde im Kälberbestand der MAG Milch AG Nonnendorf festgestellt.

### *Kontrollen entsprechend Schweinehaltungshygieneverordnung*

Im Jahr 2003 wurden 14 Betriebe mit insgesamt 17 Beständen nach der Schweinehaltungshygieneverordnung (SchHaltHygV) kontrolliert. Bei den Kontrollen wurden in einem Bestand gravierende Mängel festgestellt.

Auf Grund einer Anzeige am 08.09.2003 mussten bei einer Vorortkontrolle des Bestandes erhebliche Mängel in der Schweinehaltung festgestellt werden. Es wurde eine Tierseuchenverfügung mit Androhung von Zwangsgeld erlassen und ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet. Bei der Nachkontrolle gemäß Fristfestsetzung waren keine Mängel abgestellt worden. Daraufhin wurde das Zwangsgeld festgesetzt und mit dem Widerruf der Genehmigung für die Schweinefreilandhaltung gedroht. Das Verfahren dauert bis zur Abstellung aller festgestellten Mängel an.

Am 13.11.2003 erfolgte im VLÜA eine Kontrolle durch Vertreterinnen des LVL hinsichtlich der Durchführung von Kontrollen entsprechend der SchHaltHygV.

### *Aujeszkysche Krankheit (AK)*

Es wurden serologische Untersuchungen der Zucht- und Mastschweine in den Beständen des Landkreises durchgeführt. Die Bestände des Landkreises Teltow-Fläming sind frei von AK.

### *Geflügelpest (GP)*

Im März 2003 kam es zu Ausbrüchen von Geflügelpest in den Niederlanden. Auf Grund des starken, aber normalen Warenverkehrs zwischen den Niederlanden und anderen EU-Staaten, wie Deutschland, war die Gefahr einer Verschleppung dieser leicht übertragbaren Tierseuche sehr groß. Sie stellt eine erhebliche Gefährdung für die öffentliche Sicherheit dar, da wirtschaftliche Schäden für die gesamte betroffene Region durch Tierverluste und Handelseinschränkungen die Folge wären.

Umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, Betriebskontrollen, Transportkontrollen, Kontrollen der Händler usw., bildeten den Schwerpunkt der Arbeit des VLÜA zu dieser Zeit der erhöhten Seuchengefahr.

Im Rahmen dieses Geflügelpest-Geschehens sind Übertragungen des Geflügelpestvirus (Influenza A(H7/N7)-Virus) auf den Menschen festgestellt worden. Aus diesem Grund hat das Robert Koch-Institut Empfehlungen erarbeitet, die die erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung einer Übertragung von hoch pathogenen Influenza A-Viren (H7N7) von Tieren auf den Menschen und die Übertragung von Mensch zu Mensch umfassen.

#### *Tollwut*

Im Landkreis Teltow-Fläming ist seit 1994 keine Tollwut bei Füchsen u.a. Tieren festgestellt worden. Seit Frühjahr 1998 ist die Immunisierung der Füchse über Impfköder eingestellt. Der Landkreis gilt seit 1. Januar 2000 als tollwutfreies Gebiet. Aber weiterhin sind flächen-deckende Untersuchungen der gestreckten Füchse erforderlich, um den Status zu erhalten. Bis zum 31. Dezember 2003 wurden 162 Füchse zur Untersuchung auf Tollwut an das Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft (LVL) Laborbereich Potsdam eingesandt. Alle Füchse waren frei von Tollwut.

Ergänzend einige Anmerkungen zur Fledermaustollwut: 2002 wurde ein Mitarbeiter der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) durch eine Fledermaus verletzt. Nach aktuellem wissenschaftlichen Kenntnisstand gilt als sicher, dass die Tollwut bei den europäischen Fledermäusen durch beim Fuchs nie gefundene Serotypen verursacht wird und somit epidemiologisch nichts mit der Wildtiertollwut zu tun hat. Durch Fledermäuse verletzte Personen werden gegen Tollwut geimpft, da Fledermaustollwut auch auf den Menschen übertragbar ist.

#### *Bienenseuche - Amerikanische Faulbrut (AFB)*

Im Rahmen des Faulbrutmonitorings im Land Brandenburg wurden in unserem Landkreis in der ersten Stufe bei 92 Imkern Honigproben entnommen und in der zweiten Stufe bei 18 Wanderimkern Brutwabentupfer. Alle Proben waren AFB-negativ.

#### *Fischseuchen und -haltung*

Alle drei im Landkreis befindlichen Aquakulturanlagen wurden ohne Beanstandungen kontrolliert.

#### *Psittakose*

Ein Fall von Psittakose wurde in Dabendorf in einem Sittichzüchterbestand festgestellt. Nach Behandlung und Nachuntersuchungen konnte die Psittakose aufgehoben werden.

#### *Kontrolle der Tierkörperbeseitigung und der Speiseresteverwertung*

Speisereste aus Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung und von Speisegaststätten unterliegen der Entsorgungspflicht durch eine Tierkörperbeseitigungsanlage oder eine zugelassene Erhitzungsanlage, wie z. B. die Anlage in Markendorf in unserem Landkreis.

#### *Kontrolle Milchbetriebe, entsprechend Milchverordnung*

In den 37 milcherzeugenden Betrieben des Landkreises führte das VLÜA Kontrollen durch. Aufgrund von Problemen in der Eutergesundheit wurde in zwei Betrieben eine beratende Tätigkeit durchgeführt.

### *Kontrolle der Rinderkennzeichnung*

Auf Grund der Vorgaben der Risikoanalyse sind vom VLÜA fünf rinderhaltende Betriebe hinsichtlich der Ohrmarkenkennzeichnung, des Vorhandenseins der Rinderpässe und der Vollständigkeit des Tierregisters zu kontrollieren. Es gab in zwei Betrieben Beanstandungen, die abgestellt werden.

### *Tiertransporte*

Für Tiertransporte innerhalb der EU wurden 156 Gesundheitsbescheinigungen und EU-Zertifikate nach entsprechenden Kontrollen ausgestellt. Diese umfassten insgesamt 406.727 Tiere, davon ca. 21.019 Kälber.

### *Tierarzneimittelüberwachung*

In Betrieben der Tierproduktion erfolgten neun Überprüfungen der Tierarzneimittelbestände. Probleme bei unsachgemäßer Lagerung wurden vor Ort abgestellt.

Es wurden 14 tierärztliche Hausapotheken auf die Einhaltung der Vorschriften gemäß Arzneimittelgesetz und der Verordnung über tierärztliche Hausapotheken ohne Beanstandungen überprüft.

## 2. Tierschutz

Nach den Vorschriften des Tierschutzgesetzes wurden 2003 kontrolliert

11	Zoohandlungen,
12	Tierheime,
31	Sittichhaltungen,
42	Pferdehaltungen (Reit- und Fahrbetriebe),
89	Nutztierhaltungen/Rinderhaltungen
3	gastierende Zirkusunternehmen und
119	Tiertransporte

Zur Bearbeitung kamen

87	Tierschutzanzeigen Hund und Katze,
35	Tierschutzanzeigen Nutztiere und
15	Tierschutzanzeigen sonstige Tiere.

Es mussten drei Tierhalteverbote auf Grund von gravierenden Tierhaltungsmängeln ausgesprochen.

### 3. Verbraucherschutz

Die Mitarbeiter des Sachgebietes Verbraucherschutz kontrollieren zum gegenwärtigen Zeitpunkt 1.675 Objekte der Lebensmittelproduktion, des Groß- und Einzelhandels sowie Küchen, Gaststätten, Imbisseinrichtungen und Märkte. Besondere Bedeutung haben die im Raum Ludwigsfelde/Großbeeren angesiedelten Zentrallager fast aller großen Lebensmittelketten.

Auf der Grundlage einer Verwaltungsvorschrift über die Kontrollhäufigkeit des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg sowie der Festlegungen der Fleischhygiene-VO wurden bis zum 31.12.2003 3.677 aktenkundige Kontrollen durchgeführt.

Kontrollschwerpunkte im Berichtszeitraum waren Fleischereien, Bäckereien, Märkte, Volksfeste, Küchen und Imbisseinrichtungen. Hier sowie bei den übrigen mit Lebensmitteln befassten Objekten wurden zur Abstellung von Hygienemängeln Auflagen erteilt und gebührenpflichtige Nachkontrollen durchgeführt. Zu deren Durchsetzung wurden Verwarnungs- und Bußgelder in Höhe von 7.014,40 € erhoben.

Die Mitarbeiter des Sachgebietes beurteilten Bauanträge von 69 Einrichtungen des Lebensmittelverkehrs aus Sicht ihrer Zuständigkeit.

Aufgrund des möglichen Verdachtes von sieben lebensmittelbedingten Erkrankungsgeschehen mit über drei erkrankten Personen wurden Betriebskontrollen und bakteriologische Untersuchungen durchgeführt.

Im Berichtszeitraum sind nach einem von der Einwohnerzahl abhängigen Schlüssel 781 Planproben von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Kosmetika, Reinigungsmittel, Textilien, Verpackung) in verschiedenen Einrichtungen von Handel und Produktion entnommen worden. Außerdem wurden 54 Verdachts-, Verfolgs-, Beschwerde- und Monitoringproben gezogen. Von diesen Proben mussten insgesamt 81 wegen fehlerhafter Kennzeichnung, mikrobiologischer Mängel u.a. durch das Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft - Laborbereich Potsdam beanstandet werden.

Im Rahmen des Nationalen Rückstandskontrollplanes wurden in Schlacht- und Verarbeitungsbetrieben 159 Fleischproben entnommen und zur Untersuchung eingeschickt. Von den entnommenen Fleischproben wurde eine Probe beanstandet.

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen im Vollzug fleischhygienischer Vorschriften vom 19.11.2001 wurde unter dem Aspekt der Anstellung von niedergelassenen Tierärzten für die Durchführung der Fleischuntersuchung im Landkreis Teltow-Fläming und der Berücksichtigung des aktuellen Tarifvertrages über die Regelung der Rechtsverhältnisse der amtlichen Tierärzte und Fleischkontrolleuren außerhalb öffentlicher Schlachthöfe optimiert. Die überarbeitete Satzung wurde durch den Kreistag am 29.09.2003 beschlossen.

Im Zusammenhang mit der BSE-Diagnostik entnahmen im Berichtszeitraum Tierärzte des Amtes und in der Fleischschau angestellte Tierärzte insgesamt 97 Hirnstammproben von über 24 Monate alten Rindern. Alle im Landesamt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft - Laborbereich Frankfurt untersuchten Proben hatten negative Ergebnisse.

Im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Vorführpflicht für Haselnüsse aus der Türkei wegen erhöhter Aflatoxingehalte wurden in Zusammenarbeit mit einem Untersuchungsinstitut und den Zollbehörden 92 Zertifikate ausgestellt.

In vier gewerblichen Schlachtbetrieben erfolgte die Schlachtier- und Fleischuntersuchung durch Tierärzte des Amtes (6.302 Untersuchungen). Gleichzeitig wurden 600 Stücke Schalenwild in einem Wild-Zerlegebetrieb amtstierärztlich untersucht. Hinzu kommt die Untersuchung von 3.874 Trichinenproben im Labor des Amtes.

Im Rahmen der Handelsklassenkontrolle bei Obst, Gemüse, Speisekartoffeln, Eiern und Geflügel wurden im Berichtszeitraum 377 Kontrollen zur Durchsetzung des Handelsklassenrechts vorgenommen. Schwerpunktobjekte sind hierbei Wochenmärkte, Einzelhändler und Kundenbeschwerden. Hierbei mussten fünf gebührenpflichtige Verwarnungen mit einer Gesamtsumme von 141,00 € wegen Verstoß gegen das Handelsklassengesetz (Beanstandungen der Qualität von Obst, Gemüse und Eiern) ausgesprochen werden.

Die Überwachung der Rindfleischetikettierung wurde im Bereich des Einzelhandels auf das Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt übertragen. Diesbezüglich führen die Mitarbeiter im Jahr 2003 insgesamt 28 Kontrollen durch.

Auf dem Gebiet der Kontrolle der Nahrungsergänzungsmittel gab es 20 Kontrollen.

#### Gegenüberstellung Tätigkeit des Sachgebietes Verbraucherschutz 2003 im Vergleich zum Jahr 2002

(Stand per 31.12.2003)

	2002	2003
Kontrollobjekte	1.665	1.675
Kontrollen insgesamt	4.305	4.054
Probenahmen insgesamt	815	916
davon Planproben insgesamt	676	781
Verwarnungsgeld gebührenpflichtige Nachkontrollen Bußgeld insgesamt	6.591,18 €	7.014,40
Fleisch- und Wilduntersuchungen	4.477	3.874

In Umsetzung des Ausbildungskonzeptes **des Umweltamtes** wurde die angelaufene Verwaltungsausbildung für Techniker intensiv genutzt. Durch die Teilnahme und den beabsichtigten Berufsausbildungsabschluss von Sachbearbeitern aller Sachgebiete des Umweltamtes wird eine entsprechende Effektivitätssteigerung in der Verwaltungsarbeit erwartet.

#### Untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (UABB)

Ein Schwerpunkt der Arbeit war hier die ordnungsgemäße Durchsetzung der Rekultivierung von gemeindlichen Deponien. Durch effektiven Einsatz moderner Technik (GPS-System) konnte seitens des Landkreises in einem anhängigen Gerichtsverfahren überzeugend argumentiert werden. Damit ist nunmehr die Grundlage für die Erreichung eines ordnungsgemäßen Abschlusses der Deponierekultivierung im nördlichen Bereich des Landkreises gelegt.

Die Sanierung des Industrieparkes Ludwigsfelde wird planmäßig vorangetrieben. Veränderte Verfahrensweisen in der Refinanzierung der entstehenden Sanierungsaufwendungen durch das Land machten intensive Beratungen mit ansässigen Unternehmen und dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Raumordnung (MLUR) erforderlich. Im Ergebnis kann erfreulicherweise verzeichnet werden, dass Verzögerungen im Ablauf der Sanierungsmaßnahmen bisher nicht eingetreten sind.

Im Bereich der militärischen Liegenschaften werden gemeinsam mit der Brandenburgischen Bodengesellschaft mbH (BBG) Lösungen für die Akquirierung von Fördermitteln zur Umsetzung der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen gesucht. Aus dem Boden ausgetretenes Kerosin im Bereich des Truppenübungsplatzes Sperenberg hat sofortige Sanierungsmaßnahmen und entsprechende brandschutztechnische Sicherungsmaßnahmen erforderlich gemacht. Durch das zügige und umsichtige Handeln des Flächeneigentümers (Oberfinanzdirektion Cottbus) gelang es, entsprechende Sanierungsmaßnahmen einzuleiten, die gegenwärtig noch andauern.

Die Arbeit des Südbrandenburgischen Abfallzweckverbandes (SBAZV) als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger erforderte insbesondere im Blick auf die Tätigkeit des Zweckverbandes Abfallbehandlung Nuthe-Spree (ZAB) zur Errichtung der Restabfallbehandlungsanlage einige Sonderberatungen mit den Vertretern des Landkreis Teltow-Fläming in der Verbandsversammlung. Zwischenzeitlich ist die Ausschreibung für die Errichtung einer Anlage abgeschlossen.

Die erfolgreiche Arbeit der Umweltstreife zur Verbesserung des äußeren Erscheinungsbildes des Landkreises erbrachte für das Kalenderjahr 2003 folgende Bilanz:

Abfallart	1999	2000	2001	2002	2003
Hausmüll ähnliche Abfälle in kg	116.562	150.568	226.949	201.020	168.030
Kühlgeräte in Stück	71	66	70	52	62
Reifen in Stück	466	970	1.007	924	1.215
Batterien in Stück	197	188	256	119	278
Elektronische Geräte in Stück	63	87	128	139	160
Baurestabfälle in kg	8.680	3.700	3.988	1.145	0
Sonderabfälle in kg	3.953	5.980	4.857	3.517	2.126

### Untere Naturschutzbehörde (UNB)

Im Rahmen der Befugnisübertragung für die Ausweisung von Schutzgebieten wurden im Berichtszeitraum die Schutzgebietsverordnungen für die Naturschutzgebiete „Glashütte“ und „Mönnigsee“ durch den Kreistag Teltow-Fläming verabschiedet. Aus den Verordnungen zur Befugnisübertragung sind noch neun Gebiete zu bearbeiten, davon wurde für drei das Unterschutzstellungsverfahren bereits eröffnet.

Angelaufen ist die Ausgestaltung der Aufgabenwahrnehmung als Wegewart. Durch die vertraglich vereinbarte Tätigkeit des Landschaftspflegeverbandes „Teltow-Fläming“ wurde mit den Gemeinden an der Ausgestaltung und Ausschilderung des Wegenetzes im Kreisgebiet gearbeitet.

### Untere Wasserbehörde (UWB)

Die Auswertung der extremen Niederschlagsereignisse aus dem Jahre 2002 hat zu Handlungsrichtlinien für den Wiederholungsfall von derartigen Naturerscheinungen in Abstimmung mit dem Sachbereich Katastrophenschutz des Ordnungsamtes geführt. Sie sind mit den betroffenen Gewässerunterhaltungsverbänden, Landnutzern und Kommunen beraten und in schriftlicher Form allen Beteiligten zur Verfügung gestellt worden. Daneben sind Einzelmaßnahmen in die Arbeitspläne der Gewässerunterhaltungsverbände aufgenommen worden, um durch jährliche speziell darauf abgestellte Pflegemaßnahmen vorbeugende Sicherungen für ähnliche extreme Niederschlagsereignisse zu gewährleisten.

Eine Altlastenkontamination im Einzugsbereich des Wasserwerkes Rangsdorf erfordert eine Grundwassersanierung. Da weder Verursacher noch Grundstückseigentümer herangezogen werden können, kam der Landkreis seiner ordnungsrechtlichen Pflicht nach und beauftragte die Erkundung und Sanierung des Grundwasserschadens. Die Maßnahme wird zwei bis drei Jahre in Anspruch nehmen.

Im Bundesgebiet wurden z. T. erhebliche Mängel an Leckanzeigegeräten von doppelwandigen Rohrleitungen an öffentlichen Tankstellen festgestellt. Daraufhin hat das MLUR die unteren Wasserbehörden mit einer Überprüfung der Tankstellen beauftragt. Die mehrtägigen Kontrollen im Landkreis Teltow-Fläming ergaben keine erheblichen Mängel. Nur in einem Fall musste ein ordnungsrechtliches Verfahren eingeleitet werden.

Abschließend wird die Übersicht von Fallzahlen wie folgt fortgeschrieben:

Aufgabenthematik	2002 Anzahl	2003 Anzahl
1. Ordnungswidrigkeitenverfahren	54	66
2. Widersprüche	46	52
3. Sanierungsverfügungen/-vereinbarungen	22	28
4. landwirtschaftliche Nutzung von Flächen nach § 15 AbfG (Klärschlammausbringung)	49	33
5. Baumfällungen (Fallzahl)	707	954
6. Trassen und Leitungen	194	100
7. Fachstellungennahmen zu Grünordnungsplänen	120	134
8. Vertragsnaturschutz für Landwirte	48	38
9. wasserrechtliche Entscheidungen Abwasser und Trinkwasser	288	281
10. Entscheidungen im Umgang mit wasser-gefährdenden Stoffen	65	57
11. Störfälle	52	19



## Dezernat III

Das Kulturamt wurde zum 01.07.2003 aufgelöst und dem Schulverwaltungsamt zusammen mit der Kreisvolkshochschule als Sachgebiet Bildung und Kultur zugeordnet. Insgesamt ist das **Schulverwaltungs- und Kulturamt** in drei Sachgebiete gegliedert, über deren Arbeitsaufgaben im Folgenden berichtet wird.

### Sachgebiet 1 - Haushalt

#### *Investitionen/Ausstattung ohne Baukosten*

Die seit dem Jahr 2000 von der Landesregierung initiierte und geförderte Medienoffensive wurde auch im Jahr 2003 fortgeführt. Die Arbeitsgruppe des Landrates hat Anträge auf Förderung der Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnik in Grundschulen von vier Schulträgern fachlich und kostenseitig geprüft und an das Land weitergeleitet.

Der Landkreis, der als Träger weiterführender allgemein bildender Schulen entsprechend den Förderrichtlinien antragsberechtigt ist, erhielt für die Ausstattung des Friedrich-Gymnasiums Luckenwalde 36.091 €. Mit einem in gleicher Höhe bereitgestellten Eigenanteil wurde der Ausstattungsstandard der Sekundarstufe I mit Informations- und Kommunikationstechnik erhöht. Des Weiteren konnte die Medienoffensive auch in den Allgemeinen Förderschulen fortgeführt werden. Die Einrichtungen in Mahlow, Zossen, Luckenwalde und Jüterbog wurden mit PC-Technik für computerunterstützten Unterricht in Höhe von 29.984 € Fördermitteln und einem in gleicher Höhe bereitgestellten Eigenanteil ausgestattet.

Trotz angespannter Haushaltslage im Landkreis ist in den kreislichen Schulen der Standard an Ausstattungen mit Klassen-, Fachraum- und Verwaltungsmöbiliar erneut verbessert worden. So wurde im Gymnasium Rangsdorf die zu Verwaltungsräumen umgebaute ehemalige Hausmeisterwohnung für rund 11.000 € ausgestattet. Das Gymnasium Jüterbog erhielt für 19.000 € ein Biologie-Kabine mit Vorbereitungsraum. Für die Ausbildung von künftigen Restaurantfachleuten wurden im Oberstufenzentrum Teltow-Fläming, Standort Luckenwalde, Schieferling, ein neuer Rezeptionsbereich und ein Klassenraum eingerichtet bzw. ausgestattet. Der Landkreis Teltow-Fläming investierte dafür 10.000 Euro. Darüber hinaus erhielt die Förderschule für geistig Behinderte in Groß Schulzendorf eine neue Lehrküche und Möbiliar für einen Gruppenraum im Wert von 5.700 €.

Mit der Ausstattung der neuen Zweifeld-Schulsporthalle des Gymnasiums Rangsdorf in Höhe von 59.000 € konnte die im Jahr 2001 begonnene Maßnahme zur Ausstattung vorhandener bzw. neuer Schulsporthallen abgeschlossen werden. In allen kreiseigenen Schulsporthallen wurden damit die Schulsportgeräte im Wesentlichen erneuert.

#### *Laufende Geschäfte aus dem Verwaltungshaushalt*

Die jährliche Schulbuchausschreibung für alle Schulen in kreislicher Trägerschaft erfolgte öffentlich mit Gesamtkosten von 263.400 €.

Die Schülerbeförderung für 9.260 Fahrschüler im Landkreis erforderte im Jahr 2003 4.047.944 € an Beförderungskosten. Es wurden Schulkostenbeiträge an die Träger der Sekundarstufe I im Landkreis in Höhe von 3.007.247 € gezahlt.

Die Schulkostenbeiträge an andere Landkreise bzw. kreisfreie Städte beliefen sich auf 1.042.028 €

Die Vergabe von 152.600 € Landesmitteln im Rahmen der Weiterbildungsgrundversorgung an die Träger der Erwachsenenbildung erfolgte nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz.

Außerdem wurden entsprechend dem Brandenburgischen Schulgesetz in Verbindung mit den Richtlinien zur Gewährung von Landeszuschüssen an Berufsschülerinnen und Berufsschüler Mittel in Höhe von 30.607 € an die Auszubildenden ausgereicht, die während ihrer theoretischen Ausbildung auswärtig untergebracht werden müssen.

Wie in den vorangegangenen Jahren konnten auch im Jahr 2003 den Trägern der Grundschulen im Landkreis, die für die 3. Klassen das Schulschwimmen durchführen, Zuschüsse gewährt werden. Die finanziellen Belastungen der Träger der Grundschulen wurden dadurch verringert und die Durchführung des Schwimmunterrichtes in den 3. Klassen gefördert. Der Landkreis Teltow-Fläming hat Zuschüsse von insgesamt 20.281 € für den Schwimmunterricht zur Verfügung gestellt.

#### Sachgebiet 2 – Schulentwicklungsplanung Unterhaltung der Einrichtungen

Nach zweijähriger Bauzeit erfolgte am 19. September 2003 die feierliche Übergabe der Zweifeld-Schulsporthalle am Fontane-Gymnasium in Rangsdorf. Mit dem Bau der Schulsporthalle entstanden eine neue Cafeteria sowie Freiflächen und Parkplätze.

Die Gesamtkosten belaufen sich auf 2,56 Millionen €

An der Allgemeinen Förderschule "J. H. Pestalozzi" Jüterbog, Schulstraße 1-2, wurden – beginnend im Juni 2002 - die Schulsporthalle sowie der Sanitär- und Umkleidebereich für 762.846 € modernisiert. Die feierliche Übergabe erfolgte im Oktober 2003 anlässlich des 50-jährigen Schulbestehens an die Schüler und Lehrer im Rahmen eines Schulfestes.

Die Dreifeld-Schulsporthalle am Oberstufenzentrum (OSZ) in Luckenwalde wurde für ca. 100.000 € renoviert. Sie erhielt eine neue Beleuchtung und eine Akustik-Decke sowie teilweise einen neuen Innenanstrich.

Am OSZ Teltow-Fläming in Luckenwalde wurde ein Fachunterrichtsraum für auszubildende Hotel-Fachangestellte errichtet. Die Baukosten betragen ca. 20.860 €

Am Goethe-Schiller-Gymnasium in Jüterbog, Haus II wurde ein ehemaligen Küchenbereich zu einem Lehrerzimmer umgebaut und ein neuer Fachunterrichtsraum für Biologie im September an die Schüler und Lehrer übergeben. Der Landkreis investierte hier 77.682 €

In der Allgemeinen Förderschule "J. H. Pestalozzi" in Luckenwalde, Brandenburger Straße 2a, wurden im Schulgebäude Elektro-, Maler- und Tischlerarbeiten durchgeführt sowie neuer Fußbodenbelag aufgebracht. Eine neue Regenentwässerung und Pflasterarbeiten auf dem Schulhof sowie ein neu gestalteter Eingang zum Schulgebäude gehören zu den Investitionen in Höhe von insgesamt 273.233 €

Mit Beginn der Sommerferien wurden in der Allgemeinen Förderschule "Am Waldblick" in Mahlow Klassenräume und Flure in Stand gesetzt. Es kamen dafür 75.000 € zum Einsatz.

### Sachgebiet 3 - Kultur und Bildung

Auf vielfältige kulturelle Aktivitäten kann der Landkreis trotz knapper Kassen auch im Jahr 2003 zurückblicken. Informations- und Werbeträger dafür ist der monatlich vom Schulverwaltungs- und Kulturamt herausgegebene Veranstaltungskalender. Besonders hervorzuheben ist die gemeinsam mit dem theater 89 veranstaltete Aufführung von „Carmina Burana“ am 30. August im Kreishaus, zu der ca. 500 Besucher kamen.

Die sonst jährlich stattfindende Förderung von Kunst- und Kulturprojekten konnte in diesem Jahr aufgrund der angespannten Haushaltslage leider nicht erfolgen.

Um die Künstler aus dem Landkreis zu unterstützen und zu fördern, organisierten die Mitarbeiter des Sachgebietes Kultur und Bildung Ausstellungen in der Kleinen Galerie Zossen, im Museum des Teltow in Wünsdorf und vor allem im Kreishaus in Luckenwalde. Hier waren u.a. die Werke des Rangsdorfer Malers Prof. Ronald Paris und die der Oehnaer Künstlerin Christa Panzner zu sehen.

Gleich zu Beginn des Jahres konnten interessierte Besucher des Kreishauses in der Ausstellung „Unterwegs – Der Landkreis Teltow-Fläming stellt sich vor“ in Bild und Wort erfahren, wie sich unsere Region in den letzten zehn Jahren entwickelt hat.

Ein besonderes Ereignis war die Eröffnung der Neuen Galerie des Landkreises Teltow-Fläming in der Bücherstadt Wünsdorf am 22. November 2003. Auf ca. 160 m<sup>2</sup> Ausstellungsfläche können Künstler ihre Werke den Besuchern präsentieren. Begonnen wurde mit der schon traditionellen Verkaufsausstellung vor Weihnachten. Zahlreiche kleine und große Kunstwerke von 44 Künstlern aus der Region lockten fast 1.000 Besucher an. Die Kleine Galerie Zossen, die bisher durch den Landkreis betreut worden ist, wird nunmehr von der Stadt Zossen weitergeführt.

Für insgesamt 193.000 € wurden kulturelle Einrichtungen mit überregionaler Bedeutung gefördert. Dies half mit, das Museumsdorf Glashütte, das Bauernmuseum Blankensee, das Museum Kloster Zinna, das Stadttheater Luckenwalde, die Theater- und Konzertstätte Jüterbog sowie das Heimatmuseum Luckenwalde als Kulturstätten zu erhalten und zu stabilisieren. Das trifft ebenfalls auf die Kultureinrichtungen in kreislicher Trägerschaft, wie die Kreis- und Stadtbibliothek, die Kreismusikschule und das Museum des Teltow, zu.

Letzteres hat sich mit der Erarbeitung der zweisprachigen Wanderausstellung unter dem Titel „Aus Flandern in die Mark - Flämische Siedler im Mittelalter“ an der Kampagne „Kulturland Brandenburg 2003 – Europa“ beteiligt. Die Exposition ist am 25. Oktober eröffnet worden. Ab 2004 sind zunächst Antwerpen, Brüssel, Jüterbog, Lutherstadt Wittenberg und Roßlau als weitere Ausstellungsorte geplant.

Ein weiterer Höhepunkt war die Vorbereitung und Durchführung der Ausstellung „Grafische Werke bedeutender Expressionisten“. Insgesamt 35 Holzschnitte, Lithografien und Radierungen gaben Gelegenheit zu einem hochwertigen Kunstgenuss. Vertreten waren Werke solch bedeutender Künstler wie Paul Klee, Wassily Kandinsky, Ernst Ludwig Kirchner, Ernst Barlach, Karl Schmidt-Rottluff, Max Beckmann, Käthe Kollwitz und Otto Dix, um nur einige zu nennen.

In diesem Jahr konnte bereits der 11. Jahrgang des Heimatjahrbuches für den Landkreis Teltow-Fläming herausgegeben werden. Auf 140 Seiten wird von 24 Autoren in sehr unterschiedlichen Beiträgen über Sehens- und Wissenswertes aus Vergangenheit und Gegenwart berichtet.

Die Kreis- und Stadtbibliothek veranstaltete wiederum in Zusammenarbeit mit dem Brandenburgischen Literaturbüro, dem Friedrich-Bödecker-Kreis, dem Haus der Kulturen in Potsdam „al Globe“, der Akademie der Künste und der Luckenwalder Kunsthalle interessante Lesungen mit international bekannten Autoren. Im Zusammenhang mit dem 35-jährigen Bestehen der Kinderbibliothek wurde die Zusammenarbeit mit Schulen im Landkreis aktiviert. Viele gute Ideen lassen sich leider durch den immer knapper werdenden Medien-Etat, auch durch die immer weniger werdenden Bundes- und Landesfördermittel, nicht verwirklichen. Trotzdem ist die Zahl der Medienentleihungen um rund 5.000 auf 194.900 angestiegen. 3.597 Benutzer kamen insgesamt 66.719 Mal in die Bibliothek oder in den Bücherbus. Der Medienbestand beträgt derzeit 97.930.

Die Kreismusikschule initiierte und begleitete auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Veranstaltungen. Die Teilnahme von Schülern an den Landesmusikschultagen sowie am Regional- und am Landeswettbewerb „Jugend musiziert“ zeugen von der Qualität der Ausbildung. Höhepunkt 2003 war die Aufführung der musikalischen Geschichte „Julias Traumkiste“ im Stadttheater Luckenwalde vor rund 800 Zuschauern.

### Kreisvolkshochschule

Die Kreisvolkshochschule (KVHS) leistete auch im Jahre 2003 trotz einschneidender Kürzung von Landesmitteln für den Landkreis Teltow-Fläming den Hauptanteil der Weiterbildungsgrundversorgung. Sie realisierte 10.745 Unterrichtsstunden mit 4.862 Teilnehmern. Dies erfolgte entsprechend der Zielstellung des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes, ein flächendeckendes Bildungsangebot für die Bevölkerung zu bieten.

In Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM - vormals Pädagogisches Landesinstitut Brandenburg - PLIB) hat die Volkshochschule auch 2003 die technisch orientierte Lehrerfortbildung im Rahmen der Medienoffensive m.a.u.s. für ca. 427 Lehrer durchgeführt. Die KVHS leistete im Rahmen dieser Auftragsmaßnahme insgesamt 652 Unterrichtsstunden.

In der KVHS wurden in diesem Jahr neue Zertifizierungssysteme mit bundesweit anerkannten Prüfungen eingeführt. Im Fachbereich Sprachen kann das Europäische Sprachenzertifikat (WBT) in verschiedenen Niveaustufen erworben werden. Im Bereich der Beruflichen Bildung ist mit der Einführung der Lehrgangssysteme „Xpert“ und „Xpert – personal business skills“ der Erwerb des Europäischen Computer-Passes oder des Zertifikates zum Nachweis erlernter Schlüsselkompetenzen möglich. Das Angebot der maßgeschneiderten, spezifischen Weiterbildung für Betriebe und Verwaltungen des Landkreises konnte thematisch erweitert werden.

Im Rahmen der Qualitätsentwicklung wurden Instrumente entwickelt und erstmalig zur Bedarfsermittlung und Evaluation von Programm, Kursangeboten, -bedingungen, Kursleiterqualifikation und Kundenorientierung der KVHS eingesetzt.

Das inzwischen bekannte Programm "Bildungssommer", das als gemeinsames Projekt mit den Volkshochschulen in Potsdam, den benachbarten Landkreisen und Berliner Stadtbezirken in den letzten zwei Jahren durchgeführt wurde, konnte 2003 aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen nicht mehr realisiert werden. Alle Beteiligten sind jedoch bestrebt, das gemeinsame Projekt im kommenden Jahr erneut zu planen. Die KVHS bot daraufhin ein eigenes Sommerprogramm mit dem Schwerpunktthema „Auf den Spuren Fontanes“ an, das regen Zuspruch fand.

Weitere Höhepunkte der KVHS waren die Semesterauftaktveranstaltungen. Dazu zählen der Karibiktag mit einem bunten Programm in der Fläming-Therme im Januar 2003 und der Tag der offenen Tür im September, ein Schnuppertag für neue Kursangebote. Viele Bürgerinnen und Bürger des Landkreises nutzten die Gelegenheit, sich zu informieren.

Im Nachfolgenden soll über das **Sozialamt**, ein weiteres Amt im Dezernat III, berichtet werden.

Die bereits seit über 2 1/2 Jahren bestehende Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Agentur für Arbeit in Potsdam wurde im Jahr 2003 weiter intensiviert. Die Arbeitsvermittler des Landkreises sind in den gemeinsamen Anlaufstellen der Agentur für Arbeit in Zossen und Luckenwalde voll integriert. Sie führen in Abstimmung mit den Angestellten der Agentur für Arbeit die Vermittlung von Sozialhilfe- und Arbeitslosenhilfeempfängern durch. So konnten bis zum 31.12.2003 insgesamt 742 Sozialhilfeempfänger/innen in Arbeit vermittelt werden.

Von Seiten des Bundes und des Landes sind bezüglich der Integration besonderer Zielgruppen in Beschäftigung und versicherungspflichtige Tätigkeiten im Berichtsjahr mehrere Sonderprogramme aufgelegt worden. Hier war das Sozialamt insbesondere gefordert, diese Programme mit Leben zu erfüllen.

Im Einzelnen gibt es den nachfolgenden Sachstand:

- *Sonderprogramm des Bundes „Jump Plus“ – Einstieg arbeitsloser Jugendlicher in Beschäftigung und Qualifizierung*

In Umsetzung des vorgenannten Sonderprogramms hat der Landkreis Teltow-Fläming eine Kooperationsvereinbarung mit der Agentur für Arbeit in Potsdam abgeschlossen. Auf dieser Grundlage werden in enger Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit arbeitslose Sozialhilfeempfänger/innen, die jünger als 25 Jahre sind, in Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse mit Qualifizierungsanteilen vermittelt.

Dazu halten sieben Beschäftigungsträger des Landkreises Teltow-Fläming Maßnahmen für gemeinnützige und zusätzliche Beschäftigungen sowie Einzelarbeitsplätze bei Firmen vor. Die Durchführung erfolgt schwerpunktmäßig in den Bereichen Ludwigfelde, Zossen, Blankenfelde/Mahlow, Luckenwalde, Niedergörsdorf und Jüterbog. Am 15. Oktober 2003 startete die erste Beschäftigungsmaßnahme mit 20 Teilnehmer/innen. Insgesamt sind 145 Plätze für Sozialhilfeempfänger/innen vorgesehen. Die Teilnehmer/innen werden in diesen Maßnahmen für die Dauer von sechs Monaten beschäftigt, in Einzelfällen kann eine Verlängerung um weitere drei Monate erfolgen.

- *Auslaufen der Richtlinie „Arbeit statt Sozialhilfe“*

Die genannte Richtlinie ist zum Ende des Jahres 2003 ausgelaufen. Im 2. Halbjahr 2003 starteten vier neue Projekte „Arbeit statt Sozialhilfe“, die aufgrund der einjährigen Laufzeit im 2. Halbjahr 2004 enden werden und maximal bis Ende 2004 dauern können. Dazu hat der Landkreis den kommunalen Finanzierungsanteil zugesagt. Durch diese Vorgehensweise können im laufenden Reformprozess Übergänge abgesichert werden. In den vier Projekten konnten 52 Hilfeempfänger/innen eine Beschäftigung aufnehmen.

#### *Sonderprogramm - Pfiff*

Es handelt sich hierbei um ein gemeinsames Projekt des Landesarbeitsamtes Berlin-Brandenburg und des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg für intensives Fördern und Fordern. „Pfiff“ wird nur im Zossener Bereich der Agentur für Arbeit in der Zeit vom 01.09.2003 bis 31.08.2004 durchgeführt.

Dieses Projekt beinhaltet zusätzliche Angebote der Betreuung und Vermittlung für Arbeitslose und Langzeitarbeitslose, zu denen auch Sozialhilfeempfänger zählen. Dies geschieht durch individuelle Hilfepläne, insbesondere Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention, soziale Betreuungsmaßnahmen, Bewältigung von gesundheitlichen Einschränkungen, Schuldner- und Suchtberatung, Bewerbungstraining u.v.m.

14 Sozialhilfeempfänger konnten bis zum Jahresende in dieses Programm integriert werden. Die Finanzierung erfolgt durch die Agentur für Arbeit und das Land Brandenburg (EU-Förderung).

- *Sonderprogramm – Arbeit für Langzeitarbeitslose (AfL)*

Mit dem Sonderprogramm des Bundes „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ sollen die Chancen zur Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt verbessert sowie der Zugang - insbesondere zu kommunalen Beschäftigungsangeboten - gefördert werden. Die Laufzeit des Programms umfasst den Zeitraum vom 01.09.2003 bis 31.08.2005. Zielgruppe sind Langzeitarbeitslose, die Arbeitslosenhilfe und ggf. ergänzende Sozialhilfe beziehen, sowie Sozialhilfeempfänger, die mindestens sechs Monate arbeitslos sind. Mit der Durchführung der Maßnahmen werden Beschäftigungsträger beauftragt. Die Förderdauer pro Teilnehmer/in beträgt sechs Monate und kann im Einzelfall um drei Monate verlängert werden.

Das Sonderprogramm stellt – im Rahmen des geltenden Rechts – einen Vorgriff auf das neue Leistungssystem dar, das im Zuge der Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe nach Hartz IV geschaffen wurde.

Im Rahmen der verfügbaren Mittel starteten im Dezember 2003 vier Beschäftigungsträger des Landkreises Teltow-Fläming je ein Projekt. Insgesamt ist die Beschäftigung von 58 Arbeitslosen vorgesehen. Diese Gesamtzahl der Arbeitslosen setzt sich zusammen aus 35 Langzeitarbeitslosen, die Arbeitslosenhilfe und ggf. ergänzende Sozialhilfe beziehen und 23 Sozialhilfeempfängern, die mindestens sechs Monate arbeitslos waren.

Einen Schwerpunkt im Sachgebiet Hilfe in besonderen Lebenslagen bildete in diesem Jahr die Weiterführung der H.M.B.–W-Verfahren nach Frau Dr. Metzler. Hierdurch sollten alle körperlich, geistig und mehrfach behinderten Menschen in Einrichtungen der Eingliederungshilfe begutachtet und in Gruppen von Hilfeempfängern mit vergleichbarem Hilfebedarf eingestuft werden. Die erste Einstufung nach dem H.M.B.–W-Verfahren zum Zwecke der Umstellung der Kostensätze in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe soll im Jahr 2003 abgeschlossen werden.

Die Teilnahme als Modellkreis an der Projektstudie B „Verfahrensoptimierung und Anreizgestaltung zur bedarfsgerechten Hilfestellung in Brandenburg“ im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung zum Ausführungsgesetz des Bundessozialhilfegesetzes im Land Brandenburg stellte eine zusätzliche Herausforderung für alle beteiligten Mitarbeiter des Sozialamtes dar. Hierzu mussten alle Arbeitsabläufe und Tätigkeiten in einer umfangreichen Ist-Analyse dargestellt werden. Auf dieser Basis wurde ein Soll-Konzept zur Optimierung der Arbeitsabläufe und zur Einbindung eines sozialpädagogisch-medizinischen Dienstes (SPMD) erarbeitet. Mit großem Engagement und persönlichem Einsatz wurden die hierzu erforderlichen umfangreichen Erhebungen und Zuarbeiten von den Mitarbeitern neben der laufenden Sachbearbeitung sichergestellt.

Die Arbeit im Sachgebiet Wohngeld des Sozialamtes stellte sich im Jahr 2003 wie folgt dar: Im Jahr 2003 wurden insgesamt 9.573 Wohngeldanträge gestellt, das ist ein leichter Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Von diesen 9.573 Anträgen auf Miet- oder Lastenzuschuss wurden 7.141 bewilligt. Das durchschnittlich bewilligte Wohngeld betrug monatlich 101,18 €

Die Zahl der eingelegten Widersprüche erhöhte sich auf 137. Im Jahr 2003 sind 25 Widerspruchsverfahren mehr als im Vergleich zum Vorjahr eingeleitet worden.

Ebenso erhöhte sich die Zahl der eingeleiteten Vollstreckungsaufträge bei nicht erfolgter Rückzahlung von zu Unrecht gezahltem Wohngeld um 32,93 %. Die Ursache liegt in vielen Fällen darin, dass diese Personen bzw. Familien über ein nicht ausreichendes Einkommen verfügen, oftmals sogar Mehrfachschuldner sind und somit der Rückzahlung nicht nachkommen können.

Schwerpunkte der Arbeit im **Jugendamt** waren im Jahr 2003:

- *Qualitäts- und neue Steuerungsinstrumente in der Jugendhilfe*

Das Jugendamt hat im Kontext seiner Gesamtverantwortung für die Kinder- und Jugendhilfe die Rahmenbedingungen für den fachlich regulierten Qualitätswettbewerb der freien Träger zu gewährleisten und durch geeignete Steuerungsinstrumente die Leistungserbringung zu sichern. Im Jahr 2003 wurden zur Verbesserung der Qualität bei der Durchführung von ambulanten und teilstationären Erziehungshilfen und in der offenen Jugendarbeit fachliche Kriterien durch den Jugendhilfeausschuss beschlossen. Auch wurde das angewandte Hilfeplanverfahren durch eine umfangreiche Datenauswertung im Bereich der stationären Erziehungshilfen kritisch geprüft.

Am 01.06.2003 hat die gemeinsame Adoptionsvermittlungsstelle der Jugendämter der Stadt Potsdam sowie der Landkreise Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming und Havelland mit Sitz in Potsdam ihre Arbeit aufgenommen. Dadurch entfällt diese Aufgabe im Jugendamt Teltow-Fläming. Die frei gewordenen Arbeitszeitanteile wurden dem Pflegekinderdienst zeitlich befristet zugeordnet. Der Pflegekinderdienst war 2003 Schwerpunkt der sozialpädagogischen Arbeit im Jugendamt. Die Aufgaben dieses Spezialdienstes wurden konzeptionell überarbeitet. Dabei stand die Gewinnung von Pflegeeltern an erster Stelle. Durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit ist es gelungen, dass 13 Elternpaare die Anerkennung als Pflegeeltern erworben haben.

- *Jugendgerichtshilfe*

Die Jugendgerichtshilfe ist aktiv am Projekt „TOP TEN“ des Polizeipräsidiums beteiligt. Aufgabe dabei ist, junge Menschen, die durch ihre kriminelle Energie sich und andere gefährden, zu begleiten, von der kriminellen „Karriere“ wegzuführen und ihnen zu helfen, einen geregelten Lebensweg zu finden. Dazu werden präventive Fallkonferenzen durchgeführt und individuelle Hilfen angeboten.

Es zeigt sich, dass die Straftäter immer jünger werden. Das war 2003 Anlass, weiterhin verstärkt präventiv tätig zu sein. So wurden Vorträge zu den Themen Strafwesen/Jugendgerichtshilfe an Schulen und die Teilnahme von Schulklassen an Gerichtsverhandlungen organisiert sowie individuelle Beratungen angeboten.

- *Sportförderung*

Der Landkreis gewährt nach Maßgabe der Sportförderrichtlinie Zuwendungen für die Förderung des Vereinssports. Dafür standen im Jahr 2003 insgesamt 95.900 € zur Verfügung, 4.500 € mehr als im Jahr zuvor. Erfreulicherweise konnte auch im Jahr 2003 eine Steigerung der Vereinszahlen in unserem Landkreis verzeichnen werden.

2001	157 Sportvereine	16.021 Vereinssportler
2002	169 Sportvereine	16.669 Vereinssportler
2003	173 Sportvereine	16.936 Vereinssportler

Etwa 40 % der in Vereinen organisierten Sportler sind Kinder und Jugendliche, die somit regelmäßig aktiv Sport treiben und ihre Freizeit bewegungs- und gesundheitsorientiert gestalten.

2003 wurden zum 4. Mal die Kreis-Kinder- und Jugendsportspiele mit einem breiten Angebot von Sportarten erfolgreich durchgeführt. An dieser sportlichen Großveranstaltung nahmen ca. 1.800 Schülerinnen und Schüler teil.

- *Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege*

Der Landkreis stellte den Gemeindeverbänden im Jahr 2003 für die Gewährleistung der Aufgaben der Kindertagesbetreuung einen Zuschuss in Höhe von ca. 7 Millionen € zur Verfügung. Weiterhin beriet und begleitete das Jugendamt neun Kindertageseinrichtungen bei der Konzeptentwicklung. Für 24 Tagespflegepersonen wurde eine fachliche Fortbildung organisiert und durchgeführt. Mit der Kita-Fachtagung „Bildungsprozesse in der frühen Kindheit – Hilf mir, es selbst zu tun“ setzte sich die Reihe von Fachtagen im Kita-Bereich fort. Mehr als 100 ErzieherInnen nahmen aktiv an dieser Veranstaltung im Kreishaus teil.

- *Modellprojekt „Primäre Prävention durch Familienbildung, -förderung und -beratung“*

Das vom Landesjugendamt Brandenburg geförderte Modellprojekt hat aufgezeigt, welche Möglichkeiten für Eltern bestehen, Konfliktsituationen in der Familie gewaltfrei zu lösen. Unter Federführung des Jugendamtes ist es gelungen, mit den beteiligten Trägern und Einrichtungen drei örtliche Netze zu bilden.

- Zossen-Wünsdorf-Mellensee
- Rangsdorf- Blankenfelde/Mahlow-Dahlewitz
- Ludwigsfelde-Thyrow-Trebbin-Großbeeren

Ziel dieser örtlichen Netzwerke ist, die Präventionsarbeit in der Familienbildung und -beratung weiter fortzusetzen. Gemeinsam wurde ein Wegweiser für Eltern erarbeitet, der die Angebote der verschiedenen Träger, Einrichtungen und Akteure im Landkreis zusammenfassend darstellt. Damit soll Eltern der Weg zu alternativen Unterstützungsangeboten erleichtert werden.

In Kooperation mit der Kreisvolkshochschule wurden zwei Elternkurse „Starke Eltern – starke Kinder“ durchgeführt.

Im **Gesundheitsamt** ist im Bereich Infektionsschutz die Meldepflicht der Lyme-Borreliose, der Krankheitshäufungen sowie ein Todesfall durch aggressive Darmbakterien hervorzuheben. 2003 waren dem Gesundheitsamt 142 Labormeldungen von Borreliose mitgeteilt worden. 98 dieser bakteriellen Infektionen, die durch Zeckenbisse übertragen werden, entsprachen den meldepflichtigen Kriterien und wurden somit auf dem Dienstweg der Bundesoberbehörde übermittelt. Ebenso bis Oktober wurden 30 Krankheitshäufungen, also mindestens zwei Erkrankungsfälle im zeitlichen und räumlichen Zusammenhang, gemeldet, davon in Kindereinrichtungen 22 Durchfallerkrankungen und eine Skabies-Häufung und in Heimen fünf Durchfallerkrankungen. Die Anzahl der Häufungen war im Vergleich zum Vorjahr, in dem 37 Erkrankungshäufungen gemeldet wurden, deutlich geringer. Zu einem Todesfall infolge einer Infektion mit dem Bakterium enterohämorrhagischer Escherichia Coli (EHEC) wurden durch das Gesundheitsamt umfangreiche Ermittlungen durchgeführt. In diesem Rahmen waren insgesamt 76 Personen in die Umgebungscontrollen einbezogen.

Im *Bereich Hygiene und Umweltmedizin* war und ist die Umsetzung des Infektionsschutzes in Gemeinschaftseinrichtungen Schwerpunkt der Aufklärungs- und Überwachungsarbeit. Neben Aufklärung und Belehrung vor Ort war auch eine zentrale Veranstaltung im Kreishaus in Luckenwalde Teil der Arbeit. 2003 sind insgesamt 155 umwelthygienische Bewertungen durchgeführt worden. Den größten Umfang dieser Beratungen nahm mit 84 Stellungnahmen der Bereich Schimmelpilze in Wohnräumen ein.

Mit Inkrafttreten der novellierten Trinkwasserverordnung zum 01.01.2003 sind die Trinkwasserhausinstallationen in öffentlichen Einrichtungen in die Überwachung durch das Gesundheitsamt einzubeziehen. Die Überwachung erfolgt in Form stichprobenartiger Kontrollen. Für entsprechende Warmwasserversorgungsanlagen sind auch Untersuchungen auf Legionellen durchzuführen. In den Krankenhäusern und Pflegeheimen des Landkreises erfolgte diese Untersuchungen bereits. In Einzelfällen waren Desinfektionsmaßnahmen notwendig. Im kommenden Jahr wird der Schwerpunkt dieser Überwachung im Bereich der Kindertagesstätten, Schulen, Turnhallen, Kinder- und Jugendheime sein.

Das Gesundheitsamt überprüfte an acht überregionalen und acht lokalen Badestellen insgesamt 109-mal die Badewasserqualität der Oberflächengewässer. Infolge der hohen Außentemperaturen war in diesem Jahr das Algenwachstum und vor allem das Blaualgenwachstum besonders hoch. Aus diesem Grund musste der Siethener See bei einer Sichttiefe von 20 cm ab 30. Juli bis Ende der Badesaison zum Baden gesperrt werden. Bei Sichttiefen von 20 bis 60 cm wurden Warnhinweise für die Badegäste an den Badestellen Mellensee, Großer Wünsdorfer See und Rangsdorfer See veröffentlicht. Während der Badesaison präsentierte das Gesundheitsamt die aktuellen Erkenntnisse über die 16 Badestellen des Landkreises in einer Ausstellung im Foyer des Kreishauses.

Im *Zahnärztlichen Dienst* des Gesundheitsamtes wurden im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen zahnärztlichen Vorsorgeuntersuchungen im Schuljahr 2002/2003 insgesamt 13.437 Kinder und Jugendliche im Alter von 2 bis 16 Jahren sowie geistig Behinderte ohne Altersbegrenzung überwiegend in den Einrichtungen untersucht. Von den eingeschulten Kindern wiesen 40,7 % primär gesunde Gebisse auf. Dieser recht hohe Stand an gesunden Zähnen ist vor allem auf die seit 1993 durchgeführte Gruppenprophylaxe zurückzuführen. Auch in der Altersklasse der Zwölfjährigen ist Karies weiter zurückgegangen. Der DMF/T Index, der als Maß für den Kariesbefall dieser Personengruppe herangezogen werden kann, zeigt seit 1994 einen Rückgang von 3,3 auf 1,1 im Schuljahr 2002/2003.

Im Bereich *Kinder- und Jugendgesundheitsdienst* konnte festgestellt werden, dass die Anzahl der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahre im Schuljahr 2002/2003 im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig ist. Gab es damals noch 29.003 Jugendliche, so waren es 2002/2003 nur 28.293. Dabei ist die Gesamtschülerzahl mit 17.561 (19.111) deutlicher rückläufig. Im Gegensatz hierzu ist die Zahl der Kindergartenkinder mit 4.316 (4.092) und der Vorschulkinder mit 1.137 (1.109) leicht angestiegen. Während der Bedarf an Reihenuntersuchungen durch die Bevölkerungsentwicklung der Kinder und Jugendlichen bis zu 18 Jahren leicht rückläufig war, hat der Bedarf an Begutachtungen deutlich zugenommen. So wurden 176 (154) Gutachten zur Eingliederungshilfe und 249 (167) schulärztliche Gutachten erstellt.

Im *Sozialpsychiatrischen Dienst* ist die Betreuungszahl Abhängiger und Missbräucher von illegalen Drogen im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Die Dunkelziffer muss nach wie vor als sehr beträchtlich angesehen werden. Immer mehr der Betroffenen betreiben einen Mischkonsum von psychotropen (bewusstseinsverändernden) Substanzen, wobei meist Cannabis als hauptsächliche illegale Droge eine Rolle spielt. Das Einstiegsalter der Betroffenen hat sich auch im vergangenen Jahr weiter in das Jugendalter hinein verschoben. Es lässt sich aber eine Tendenz der Öffnung der Betroffenen hinsichtlich ihres Drogenproblems erkennen. Hilfe wird weniger anonym als früher erbeten.

Die Gesamtschule Herbert-Tschäpe Mahlow und ihr Förderverein führten mit Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsförderung im Landkreis Teltow-Fläming, Arbeitsgruppe Primäre Suchtprävention, eine Podiumsdiskussion zum Thema "Suchtprävention im Raum Mahlow/Blankenfelde – eine Aufgabe von Eltern, Lehrern, Schulsozialarbeitern und Freizeitpädagogen" durch. Mit dieser Veranstaltung wurden Wege der Zusammenarbeit aufgezeigt und ein Netz an Hilfe angeboten.

Weitere Schwerpunkte waren Multiplikatorenschulungen zu HIV/Aids sowie zur primären Suchtprävention sowie Aufklärungsveranstaltungen mit Jugendlichen.

Die Behindertenhilfeplanung wurde in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt im Kalenderjahr 2003 abgeschlossen und vom Kreistag beschlossen.

Die Ausführungen des **Staatlichen Schulamtes Wünsdorf** beziehen sich auf das zweite Schulhalbjahr 2002/03 als auch das erste von 2003/04.

Im Landkreis Teltow-Fläming besuchen zurzeit etwa 17.400 Schülerinnen und Schüler in knapp 770 Klassen die insgesamt 60 Schulen. Sie werden von mehr als 1.500 Lehrkräften unterrichtet.

In den Eingangsjahrgang der Primarstufe wurden im Jahr 2003 in 52 Klassen etwa 1.200 Schüler aufgenommen. Das entspricht einer Klassenfrequenz von 23,1. Damit wurden drei Klassen mehr als im Vorjahr gebildet. Die Schülerzahl stieg wieder leicht an. Die Frequenz sank um ein Zehntel.

Der Vergleich der zurzeit im Primarbereich vorhandenen Jahrgänge zeigt die Stabilisierung auf niedrigem Niveau von etwa 1.200 Schülern.

Einschulung	Jahrgang	Schüler	Klassen	Frequenz
1998/99	6	1.119	53	21,1
1999/00	5	996	45	22,1
2000/01	4	961	43	22,4
2001/02	3	1.105	50	22,1
2002/03	2	1.138	49	23,2
2003/04	1	1.202	52	23,1

Der Prozess der Umstrukturierung im Primarbereich ist im Landkreis Teltow-Fläming aus schulfachlicher Sicht abgeschlossen. Zum Ende des Schuljahres 2002/2003 verließen die letzten Schüler des 6. Jahrganges die Gesamtschule Niedergörsdorf.

Die Aufnahme in die weiterführenden allgemein bildenden Schulen (Sekundarstufe I) erfolgte auch im Jahr 2003 mit Hilfe des vorgeschriebenen Übergangsverfahrens. Dabei stand das Staatliche Schulamt vor der Aufgabe, etwa 1.750 Schüler unter Berücksichtigung des Elternwunsches und ihrer Eignung den tatsächlich vorhandenen Kapazitäten unserer Schulen entsprechend unterzubringen.

Dies entspricht einem Rückgang von fast 350 Schülern. Damit haben die schwachen Schülerjahrgänge erstmals die Sekundarstufe I erreicht.

Schließlich ergab sich zum Schuljahresbeginn die folgende Ausstattung des siebenten Jahrgangs in unseren Schulen mit Sekundarstufe I (in Klammern sind zum Vergleich die Vorjahreszahlen eingefügt):

Schulform	Anzahl	Klassen 7	Schüler	Prozent
Realschulen	4 (4)	11 (14)	309 (394)	17,6 (18,8)
Gesamtschulen	12 (13)	38 (45)	934 (1.157)	53,3 (55,3)
Gymnasien	5 (5)	14(19)	508 (543)	29,0 (25,9)
gesamt	21 (22)	68 (78)	1.751 (2.094)	

Damit werden im Vergleich zum Vorjahr bei einem deutlichen Rückgang der Schüler zehn Klassen weniger gebildet.

Bemerkenswert ist, dass wegen zu geringer Schülerzahlen die Gesamtschule Sperenberg keine Eingangsklassen bilden konnte. Die Gesamtschüler aus der Region Sperenberg werden zukünftig ihrem Wunsch entsprechend hauptsächlich in Baruth/Mark beschult.

Der im Vorjahr zu verzeichnende Zugang bei den Gesamtschulen um etwa 6 % wurde im Jahr 2003 um 2 % zurückgeführt. Die Gymnasien sind eindeutig Nutznießer des insgesamt zu verzeichnenden Schüllerrückganges. Relativ hat diese Schulform etwa 3 % mehr Zulauf erhalten.

Besonderes Interesse bei vielen Eltern fanden auch in diesem Jahr wieder die so genannten Leistungsprofilklassen (im Volksmund Schnellläuferklassen). Sie bieten die Möglichkeit, nach der Klasse 4 bereits zum Gymnasium zu wechseln und dann nach insgesamt zwölf Jahren Schulbesuch das Abitur abzulegen. Im unserem Landkreis wurden, beginnend mit dem Schuljahr 2001/02, an den Gymnasien in Blankenfelde, Ludwigsfelde und Luckenwalde solche Klassen eingerichtet. Sie haben das erste Jahr mit großem Erfolg absolviert und wurden am Ende des Schuljahres 2002/03 in die Sekundarstufe I übernommen. Ein neuer fünfter Jahrgang nahm an den oben genannten Standorten auch im August 2003 den Unterricht in drei Klassen auf.

Ab August 2003/04 wurde in der Gesamtschule Zossen mit Gymnasialer Oberstufe der Start des Modellversuchs 6 + 6 – ebenfalls eine Variante des auf 12 Jahre verkürzten Wegs zum Abitur – vollzogen. Dies ist einer von zurzeit lediglich sieben Standorten in Brandenburg.

Insgesamt wurde im Berichtszeitraum zielstrebig an mehreren zentralen Reformprojekten weitergearbeitet:

- Die Teilnahme an der flexiblen Eingangsstufe wurde erweitert. Im Landkreis Teltow-Fläming nehmen ab 2003/04 neben der Ebertschule in Luckenwalde die Grundschule Glienicke, die 2. Grundschule Blankenfelde, die Grundschule Dahme/Mark und die Lindengrundschule Jüterbog teil.
- Die Begegnungssprache wurde ausgeweitet. Englisch als Lehrgangssprache wird ab Schuljahr 2003/04 planmäßig eingeführt.
- Die Leistungsdifferenzierung wird auf die Jahrgangsstufe 6 ausgedehnt. Die Teilungsstunden werden für die Einrichtung leistungsdifferenzierter Lerngruppen in den Fächern Mathematik, Deutsch und 1. Fremdsprache genutzt.
- Die Zahl der Wochenstunden in der Grundschule wird schrittweise zu Gunsten von Deutsch, Mathematik und Naturwissenschaften erhöht.
- In der Sekundarstufe I wurden neue Rahmenlehrpläne eingeführt. Diese enthalten ein verbindliches Kerncurriculum.
- Am Ende der 10. Klasse wurden in allen Schulformen Prüfungen in mindestens vier Fächern durchgeführt. Deutsch und Mathematik sind schriftliche Prüfungsfächer. Vor allem im Fach Mathematik erbrachten die erstmals durchgeführten schriftlichen Prüfungen insgesamt unzureichende Ergebnisse. Die Ursachen sind vielfältig und werden zurzeit durch die oberste Schulaufsicht analysiert und zum geeigneten Zeitpunkt publiziert.
- Die Gymnasiale Oberstufe wird neu gestaltet (Organisationsform, Belegverpflichtung, Abiturprüfungsfächer). Zurzeit wird das erste Zentralabitur in Brandenburg vorbereitet. Im Jahr 2005 müssen dann die Schüler bei Prüfungen in den zehn wichtigsten Unterrichtsfächern zentral durch Kommissionen erarbeitete Abituraufgaben lösen.

Insgesamt konnten auch im Berichtszeitraum wieder Fortschritte bei der weiteren Anpassung unserer Schullandschaft an die gesunkenen Schülerzahlen erreicht werden. Auch das Niveau der Bildung und Erziehung an unseren Schulen ist durch vielerlei gezielte Maßnahmen verbessert worden. Die materiellen Bedingungen für die Bildung und Erziehung der Mädchen und Jungen verbesserten sich weiter. Das betrifft sowohl den Landkreis als bedeutendsten Schulträger als auch die Städte, Ämter und Gemeinden.

## Dezernat IV

Nach wie vor haben die Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen bei den Aufgabenstellungen des **Planungsamtes** ein großes Gewicht. Die nachfolgende Darstellung der einzelnen Projekte und des Bearbeitungsstandes soll die Verantwortung und Mitwirkung der Verwaltung an der Verbesserung der Infrastruktur des Landkreises Teltow-Fläming verdeutlichen.

Der vierstreifige Ausbau der B 101n bis Luckenwalde wurde weiter vorangetrieben. Nachdem die Abschnitte der B 101n zwischen der Landesgrenze Berlin/Brandenburg und Kerzendorf Süd größtenteils fertiggestellt sind und dem Verkehr übergeben wurden, konnten die Verkehrsverhältnisse für diesen Raum entscheidend verbessert werden. Der Zubringerverkehr zur BAB A 10 wurde bedeutend effektiver, erste Erfolge bei der Verkürzung der Fahrzeiten und Verbesserung der Verkehrssicherheit sind erkennbar. Die Ortsumgehung Jüterbog im Zuge der B 101n konnte im August 2003 dem Verkehr übergeben werden. Nun gilt es, den weiteren Ausbau der B 101n bis Luckenwalde zügig weiterzuführen. Für den ersten Teilabschnitt der Ortsumgehung Trebbin im Zuge der B 101n liegt der Planfeststellungsbeschluss vor, mit dem Bau wird 2004 begonnen. Der Nordteil der B 101n der Ortsumgehung Luckenwalde wird gegenwärtig gebaut, während für den Südteil der Ortsumgehung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens die Anhörung durchgeführt wurde. Die Vorplanungen für die Ortsumgehung Thyrow und den Abschnitt zwischen Woltersdorf und Wiesenhagen befinden sich in der Erarbeitung. Es konnte aufgrund beharrlicher Forderungen erreicht werden, dass der Bau einer Ortsumgehung Kloster Zinna in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen wurde.

Eine durchgängige Straßenverbindung zwischen Berlin und Luckenwalde unter Einbeziehung der B 101 alt (zwischen Ortsausgang Heinersdorf und Trebbin) und der Kreisstraße K 7220 (von Löwendorf bis Luckenwalde) soll gesichert werden (Beschluss des Kreistages vom 16.06.2003). Gegenwärtig erfolgt die Erarbeitung der Entwurfs- und Genehmigungsplanung des dafür notwendigen Brückenbauwerkes über die Bahnstrecke Berlin – Halle/Leipzig bei Kerzendorf auf dem Abschnitt der 101 alt. Es ist vorgesehen, die Planfeststellung 2004 zu beantragen.

Des Weiteren wurde zur Verbesserung der Verkehrssituation im nördlichen Teil des Landkreises mit den Bauarbeiten zum vierstreifigen Ausbau der B 96 von der südlichen Stadtgrenze Berlins bis zur Autobahnanschlussstelle der A 10 bei Rangsdorf begonnen. In Groß Machnow wurde mit dem Ausbau des Knotenpunktes B 96/Pramsdorfer Weg ein weiterer Abschnitt der Ortsdurchfahrt der B 96 fertiggestellt. Gegenwärtig ruhen die Bauarbeiten am Knotenpunkt B 96/Mittenwalder Straße.

Intensive Bemühungen der Gemeinde Mahlow, die vom Landkreis Teltow-Fläming aktiv unterstützt wurden, führten dazu, dass das Planfeststellungsverfahren für den Ausbau der Ortsumgehung Mahlow im Zuge der L 76 in Form der Südvariante eingestellt wurde. Gegenwärtig befinden sich die Planfeststellungsunterlagen für den Ausbau der L 76 in Form der Mittelvariante in der Erarbeitung.

Zur Verbesserung der Situation der Ortslagen, durch die Kreisstraßen führen, befinden sich weitere Maßnahmen in Planung. Im Rahmen der Ortsverbindung Ruhlsdorf – Liebätz 1. Bauabschnitt werden derzeit die Planfeststellungsunterlagen erarbeitet, so dass die Beantragung der Planfeststellung Anfang 2004 erfolgen kann. Für die Ortsumfahrung Dornswalde werden die Entwurfs- und Genehmigungsunterlagen erarbeitet. Die Planfeststellung zur Ortsumgehung Dabendorf K 7234 befindet sich nach § 38 Brandenburgisches Straßengesetz, in Verbindung mit § 73 Verwaltungsverfahrensgesetz noch im Verfahren.

Von dem 1995 durch den Landkreis Teltow-Fläming gestarteten Projekt „Flaeming-Skate“ mit einer Gesamtlänge von 170 km wurden bis Ende 2003 ca. 160 km fertig gestellt. Fördermittel für weitere 10 km wurden im Oktober 2003 ausgereicht. Zur Erhöhung der Attraktivität wird der große ca. 100 km lange Rundkurs um etwa 60 km ergänzt, so in den Leitlinien der Kreisentwicklung im September 2003 beschlossen. Die Trassenführung für die ersten Abschnitte von rund 25 km, Werder – Bochow/Langenlippsdorf sowie Fröhden – Wahlsdorf, konnte zusammen mit den Gemeinden und den landwirtschaftlichen Betrieben abgestimmt und Teile der Vermessung beauftragt werden. Fördermittel wurden für 2004/2005 in Aussicht gestellt.

Das erarbeitete Radwegekonzept des Landkreises Teltow-Fläming, beschlossen in den Leitlinien der Kreisentwicklung im September 2003, konnte im vergangenen Jahr mit den Fachministerien diskutiert werden. Zusagen zur Unterstützung für die Umsetzung kamen aus dem Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr. Das Konzept orientiert auf bestmögliche Bedingungen für den Radverkehr im Sinne einer überregionalen und durchgängigen Vernetzung. Dabei haben die Nord-Süd-Verbindungen entlang der beiden Radialen zwischen der südlichen Berliner Stadtgrenze und der "Flaeming-Skate" sowie der Lückenschluss zwischen dem Radwegenetz des Landkreises Teltow-Fläming und den im Landkreis Potsdam-Mittelmark bereits vorhandenen Radwegen Priorität. So konnte der Auftrag für die Planung des Radweges zwischen Bahnhof Klasdorf und Klasdorf vergeben werden, der Radweg zwischen Thyrow und Trebbin befindet sich ebenfalls in Planung. Intensive Bemühungen zur Schaffung einer durchgängigen Radwegeverbindung entlang der B 96, der 2. Nord-Süd-Radiale, zur Flaeming-Skate laufen ebenfalls.

Da der Landkreis Teltow-Fläming den Zuschlag für die Europameisterschaft im Speedskating 2005 erhalten hat, ist vorgesehen, das Reiterstadion in Jüterbog zur Skate-Arena umzubauen. Der Planungsauftrag erfolgte bereits 2003. Der Landkreis wird für die Stadt das Projektmanagement übernehmen. Dazu hat sich eine Arbeitsgruppe, bestehend aus dem Planungsamt, dem Tiefbauamt und dem Flaeming-Skate-Koordinator, gebildet. Ein entsprechender Vertrag zwischen der Stadt Jüterbog und dem Landkreis Teltow-Fläming wird im Januar 2004 geschlossen.

Ein weiteres Großprojekt zeichnet sich in unserem Landkreis mit der Errichtung des „Fläming Resort“ ab, das die wirtschaftliche und touristische Landschaft in der Mitte unseres Landkreises nachhaltig zum Positiven verändern kann. Nach einer durch das Planungsamt vorgenommenen Analyse der wichtigsten Standortanforderungen an drei Standorten stellte sich das Gebiet des ehemaligen Truppenübungsplatzes Kummersdorf-Gut/Flugplatz Sperenberg, auch aus Sicht der Investoren, als geeignet heraus. Das „Fläming Resort“ wird sich als ein Erholungs-, Freizeit- und Unterhaltungszentrum für den Familienurlaub des 21. Jahrhunderts präsentieren. Mehrere Themenparks, ein Golfplatz, ein Konferenzzentrum, ein Feriendorf, ein Campingplatz und noch mehr Attraktionen sollen auf der ehemaligen militärischen Fläche bei Sperenberg errichtet werden. Eigens dazu wurde im Oktober 2003 ein Planungsverband der Gemeinden Nuthe-Urstromtal und Am Mellensee gebildet, der die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung schaffen soll. Seitens des Investors sollen rund 800 Mio. Euro investiert werden. Die Eröffnung des Parks, mit ca. 3.500 Arbeitsplätzen, ist im II. Quartal 2008 geplant.

Der Teilregionalplan „Windenergie“ ging in diesem Jahr in seine 2. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange. Zum einen wurde der Teil „Freiraum und Sicherung der Kulturlandschaft“ aus dem Teilplan herausgenommen. Zum anderen hat sich als Ergebnis der Abwägung die Konfiguration einzelner Eignungsgebiete geändert. Gerade der Süden des Landkreises ist von den Windkraftbetreibern sehr häufig als Standort nachgefragt worden. Über Bauleitplanungen wurden mehrere Standorte zur Bebauung vorbereitet, u. a. in Waltersdorf, Werbig, Rosenthal, Wahlsdorf, Niebendorf-Heinsdorf, Kemnitz, Görsdorf und Wildau-Wentdorf. 90 Windenergieanlagen werden vorgesehen. Die Errichtung weiterer Anlagen u. a. in Jüterbog, Schünow, Christinendorf und in der Jänickendorfer Heide wurde bzw. wird nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt.

Im Amtsblatt für Brandenburg vom 17. September 2003 erfolgte die Bekanntmachung der Nichtigkeit des Regionalplanes Havelland-Fläming vom 18. Dezember 1997. Die durch den Regionalplan mögliche Steuerung der Entwicklung ist nun nicht mehr gegeben. Die schnelle Aufstellung eines neuen Regionalplanes mit geänderten, angepassten Zielen und Grundsätzen ist für die Siedlungs- und Freiraumpolitik dringend notwendig.

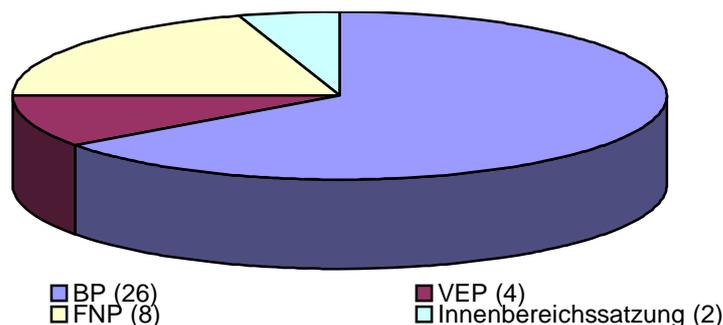
Im Juni 2003 erfolgte die 2. Beteiligung zum Landesentwicklungsplan Gesamttraum (LEP GR). Mit dem LEP GR soll Flächenvorsorge für künftige Entwicklungen im ländlichen Raum, insbesondere dem äußeren Entwicklungsraum im Landkreis, getroffen werden. Dies hat das Ziel, die im LEP I, Zentralörtliche Gliederung, festgelegte zentralörtliche Gliederung zu festigen. Nach wie vor sieht der Landkreis erheblichen Überarbeitungsbedarf im Kartenteil und bei den festzulegenden Zielen und Grundsätzen der Raumordnung, besonders vor dem Hintergrund der sich vollziehenden demografischen Entwicklung.

Die Überarbeitung der Kreisentwicklungskonzeption wurde in diesem Jahr mit den entsprechenden Zuarbeiten der Fachämter fortgeführt. Aufgrund der Nichtigkeit des Regionalplanes Havelland-Fläming wird diese erneute Überarbeitung erforderlich, da wesentliche Bezüge zu Zielen und Grundsätzen der Raumordnung verloren gingen. Die neueste Bevölkerungsprognose, die erhebliche Bevölkerungsverluste besonders im äußeren Entwicklungsraum, aber auch in den großen Städten, erwarten lässt, muss entsprechend gewürdigt werden. Außerdem sind die Ergebnisse der Gemeindegebietsreform zu berücksichtigen. Zu den bereits im September beschlossenen ergänzenden Leitlinien wird die Erarbeitung von Leitbildern zur Dorferneuerung als notwendig erachtet.

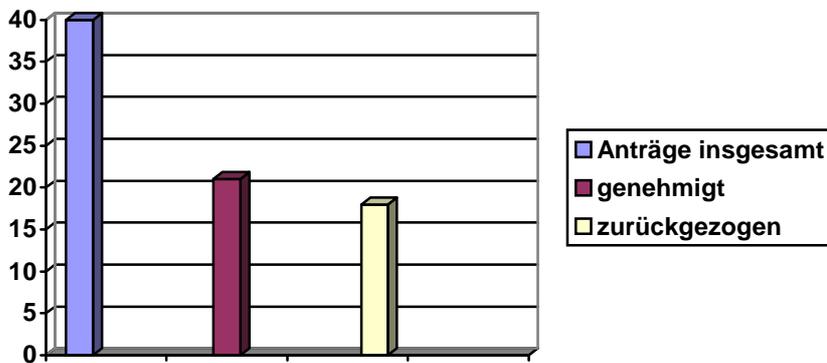
Das Planfeststellungsverfahren „Ausbau Flughafen Schönefeld“ ist noch immer nicht abgeschlossen. Im Sommer dieses Jahres erfolgte eine erneute Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, da im Ergebnis des durchgeführten Anhörungsverfahrens zum Ausbau des Flughafens Schönefeld gefordert wurde, vergleichende Standortuntersuchungen vorzunehmen und in das weitere Verfahren einzubeziehen. Nach wie vor wird durch den Landkreis der Ausbau des Flughafenstandortes Schönefeld abgelehnt.

Die Erörterung mit den Trägern öffentlicher Belange und den privaten Einwendern im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens Verkehrslandeplatz Schönhagen erfolgte im Frühjahr des letzten Jahres. Zu den überarbeiteten und ergänzten Teilen der Antragsunterlagen erfolgte im Herbst 2003 eine nochmalige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie privater Einwender. Der Abschluss des Planfeststellungsverfahrens wird im I. Quartal dieses Jahres erwartet.

Rückblickend auf das Jahr 2003 konnten 40 Anträge (Stand: 31.12.2003) auf Genehmigung bzw. Anzeige in der höheren Verwaltungsbehörde im Sinne des BauGB (Genehmigungsbehörde für Bauleitpläne und andere Satzungen) registriert werden. Im Vergleich zum Vorjahr ist eine leichte Steigerung zu verzeichnen. Die Genehmigungsquote der eingegangenen Anträge liegt derzeit bei ca. 53 %.



Die eingehenden Vorgänge wurden einer Prüfung auf Einhaltung der formellen und materiell-rechtlichen Anforderungen unterzogen. Aufgrund von festgestellten planungsrechtlichen Mängeln wurden 19 Genehmigungsanträge von den Amts-/Gemeindeverwaltungen zurückgezogen. Die durchgeführten Beratungen mit den Amts-/Gemeindeverwaltungen, Planern und Investoren dienten der Klarstellung und Erläuterung der materiellen und formellen Probleme, um anschließend eine zügige Mängelbehebung vornehmen zu können.



Zu den genehmigten Plänen gehören u. a. die Bebauungspläne „Neues Stadtzentrum“ und „Innenstadt“ der Stadt Ludwigsfelde sowie der für eine Betriebserweiterung dienende Bebauungsplan der Firma Dohrn & Timm in Diedersdorf.

Im Rahmen von Plangenehmigungsverfahren übt die Genehmigungsbehörde eine beratende Funktion aus. Dabei reicht das Spektrum von der Sicherung eines Planes bis hin zu Vollzugsfragen. Dies betrifft sowohl kleine Pläne als auch Großprojekte. Dazu gehörten in diesem Jahr die Justizvollzugsanstalt in Großbeeren, die Ansiedlung eines großen Möbelunternehmens in Ludwigsfelde oder die Ansiedlung von flugplatzspezifischen Gewerbebetrieben in Schönhagen. Es handelt sich dabei um Planungen von überregionaler Bedeutung.

Im Landkreis Teltow-Fläming wird durch wirksame Flächennutzungspläne die sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebende Art der Bodennutzung fast flächendeckend dargestellt. In diesem Jahr wurden die Flächennutzungspläne Jühnsdorf und Schöneiche genehmigt. Weitere, bereits wirksame Flächennutzungspläne wurden geändert und den neuen Anforderungen der Gemeinden angepasst. Aufgrund der Gemeindegebietsreform sind die Flächennutzungspläne in einigen Gemeinden zu überarbeiten und auf das neue Gemeindegebiet abzustellen.

Widerspruchsverfahren werden in der Genehmigungsbehörde selbstständig durchgeführt. In diesem Jahr war kein Widerspruchsverfahren durchzuführen. In den zurzeit anhängigen drei Klageverfahren ist dem Rechtsamt fachlich zugearbeitet worden. Mit Entscheidungen in diesen Fällen ist nicht vor 2005 zu rechnen.

Durch die Genehmigungsbehörde wurden im vergangenen Jahr auch Grundsatzfragen mit dem Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr geklärt. Dazu zählten u.a. der planungsrechtliche Umgang mit dem seinerzeit beklagten Regionalplan Havelland-Fläming sowie den in Teilen ebenfalls beklagten Landesentwicklungsplänen engerer Verflechtungsraum und Standortsicherung Flughafen. Die Informationen wurden direkt an die Amts-/Gemeindeverwaltungen weitergeben. In den schon zur Tradition gewordenen Arbeitsberatungen mit den Bauämtern der Gemeinden konnten auch in diesem Jahr wieder interessante und aktuelle Fragen angesprochen werden.

Das geografische Informationssystem (GIS) des Landkreises gewinnt bei allen Planungen aufgrund der ständig wachsenden Anwendungsbreite immer mehr an Bedeutung. In wachsendem Umfang arbeitet das Planungsamt sowohl an eigenen Aufgabenstellungen als auch an Themen für die Fachämter unseres Hauses sowie für die nachgeordneten Einrichtungen wie Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Tourismusverband und Flaeming-Skate GmbH. Auch die Zusammenarbeit mit einigen Gemeinden weitet sich aus und wird immer vielfältiger.

Die Zusammenarbeit mit dem Landesumweltamt Brandenburg (LUA) zur Pflege des Planungsinformationssystems (PLIS) konnte weiter ausgebaut werden. Im Landkreis digitalisierte Pläne werden dem LUA zur Verfügung gestellt. Sachdaten werden durch die Genehmigungsbehörde aufbereitet. Im vergangenen Jahr sind neben den täglich anfallenden Datenbeständen auch die letzten vom Landesamt übernommenen Akten gesichtet, mit den PLIS-Daten verglichen und eingearbeitet worden.

Das Planungsamt begleitet schon seit Jahren fachlich den Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauen. In diesem Jahr fanden sieben Sitzungen statt. Referate zu bestimmten Themen und Präsentationen von Vorhaben konnten aufgrund der modernen Technik im Kreisausschuss-Saal den Abgeordneten anschaulich und somit allgemein verständlich dargestellt werden.

In absehbarer Zeit werden die klassischen Kartenwerke und Methoden der Kartennutzung durch Geoinformationssysteme vollständig abgelöst sein.

Das **Kataster- und Vermessungsamt** konnte sich im Jahr 2003 in diesen Prozess mit der Bereitstellung von Geobasisdaten für die verschiedensten Nutzungen im Landkreis einbringen.

Für Städte, Gemeinden und Ämter wie Ludwigsfelde, Trebbin, Zossen, Rangsdorf, Luckenwalde, Dahme/Mark u.a. verbesserten sich mit der Einführung eines digitalen und homogenen Flurkartenwerkes die Möglichkeiten der Nutzung für eigentumsbezogene Planungen in Verwaltung und Wirtschaft entscheidend.

#### *Projekt FALKE*

Das durch die Europäische Union geförderte Projekt FALKE befindet sich im dritten Jahr seiner Laufzeit. Das Kataster- und Vermessungsamt konnte bis zum Jahresende 30 % der Flurkarten auf das Basisinformationssystem ALK umstellen, welches das bis dahin analoge Flurkartenwerk ablöst.

Die Landkreise und kreisfreien Städte (Kataster- und Vermessungsämter) und das Land Brandenburg stellen von der Gesamtsumme im Rahmen der Co-Finanzierung je 12,5 % in den Fördertopf ein. Den Hauptanteil in Höhe von 75 % stellt die EU im Rahmen des „Europäischen Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) zur Verfügung. Im Jahr 2003 sind für das Kreisgebiet FALKE-Aufträge in Höhe von rund 300.000,- € ausgelöst worden.

### *Antragsstatistik*

Im Jahre 2003 wurden 3.964 schriftliche Anträge (2002: 3.102 Anträge) verschiedener Art auf Auskunftserteilung gestellt und bearbeitet. Bei der Voreigentümerrecherche ist die Anzahl der Anträge von 358 im Jahr 2002 auf 747 im Jahr 2003 angestiegen.

Im Bereich Messungsvorbereitung gingen 1.831 Anträge (2002: 1.642 Anträge) auf Unterlagenerteilung zur Bearbeitung im Amt ein. Bei der Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften in das Liegenschaftskataster wurden 1.320 Anträge (2002: 1.297 Anträge) gestellt. Die Teilungen sind nach ca. drei Monaten in das Liegenschaftskataster übernommen.

### *Automatisiertes Nachweissystem (ANS)*

Das seit 1995 laufende Projekt der Umstellung des analogen Katasterzahlenwerkes in ein automatisiertes Nachweissystem (ANS) wurde im Jahr 2003 erfolgreich beendet. Auskünfte aus dem Zahlenwerk, überwiegend für Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure erfolgen jetzt aus einer Datenbank. Aufwendige Kopierarbeiten entfallen und die Unterlagen werden als Rasterdaten auf Datenträgern übergeben.

### *Gutachterausschuss Teltow-Fläming*

Der Gutachterausschuss ist ein unabhängiges Kontrollgremium, das die Grundstücksverkäufe im Landkreis mit Hilfe seiner Geschäftsstelle registriert und wertet.

Ein starkes Nord-Süd-Gefälle ist auch im Jahr 2003 beim Geldumsatz der 2.290 Grundstücksverkäufe im Landkreis zu verzeichnen. Die von der Geschäftsstelle jährlich vorzulegende Bodenrichtwertkarte und der Grundstücksmarktbericht für das Jahr 2003 erscheinen im Frühjahr 2004.

Grundstücksmarktbezogene Themen wie Sanierung, Stadtumbau, Entschädigung bei Enteignung sind Anlass, auf das Erfahrungspotential der 16 Mitglieder des Gutachterausschusses zurückzugreifen.

### *Ausbildungssituation*

Im Jahr 2003 wurde ein Auszubildender für den Beruf des Vermessungstechnikers vom Landkreis Teltow-Fläming eingestellt. Insgesamt betreut das Kataster- und Vermessungsamt mit 50 Bediensteten zur Zeit fünf Auszubildende dieser Ausbildungsrichtung. Im Sommer 2003 beendeten zwei Jugendliche ihre Ausbildung. Beide nahmen das Angebot an, eine auf ein Jahr befristete Tätigkeit im Kataster- und Vermessungsamt aufzunehmen.

Weiterhin berichtet werden soll über die Aufgabenschwerpunkte der **Unteren Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde**.

### Untere Bauaufsicht

Das bedeutsamste Ereignis für die Arbeit der unteren Bauaufsichtsbehörde im Jahre 2003 war das Inkrafttreten der neuen Brandenburgischen Bauordnung am 01. September 2003. In diesem Gesetz hat das Land Brandenburg als einziges Bundesland die Baugenehmigung als eine Genehmigung mit umfassender Konzentrationswirkung ausgestaltet. Die Baugenehmigung schließt damit die für das Vorhaben erforderlichen weiteren behördlichen Entscheidungen ein. Somit wird der Bürger von der Notwendigkeit entlastet, sich parallel um vielerlei unterschiedliche Genehmigungen, Bewilligungen, Zustimmungen etc. bei verschiedenen Behörden zu bemühen, wenn er nur ein Vorhaben verwirklichen will. In Zukunft soll es so sein, dass er alle für das konkrete Vorhaben erforderlichen Genehmigungen aus einer Hand, zusammengefasst in einem Genehmigungsbescheid, erhält. In dieser Neuregelung drückt sich der Wille des Gesetzgebers aus, „nicht den Bürger, sondern die Verwaltung laufen zu lassen“. Dieses Ziel hat auch der Landkreis immer in der Phase der intensiven Diskussion verfolgt, welche der gesetzlichen Neuregelung vorausging. Gemeinsam mit anderen Landkreisen ist es über den Landkreistag gelungen, die jetzt bestehende Regelung durchzusetzen. Der ursprüngliche Entwurf der Landesregierung sah demgegenüber eine Atomisierung des Genehmigungsverfahrens vor, welche nach der Auffassung des Landkreises gerade für die „kleinen Leute“, die „Häuslebauer“, einen erheblich größeren Aufwand mit sich gebracht hätte.

Das Land Brandenburg ist nunmehr – bundesweit gesehen – eine Insel im Hinblick auf die Ausgestaltung des bauaufsichtlichen Verfahrens. Man darf gespannt sein, wie dieses neue Verfahren sich auswirkt und wie es akzeptiert wird. Behördenintern ist es jedenfalls mit einem deutlich höheren Verwaltungsaufwand verbunden, der allerdings aufgrund der kurzen Erfahrungszeit mit dem neuen Gesetz noch nicht abschließend messbar ist. Unabhängig davon wird aber in Zukunft sicherlich unter dem Gesichtspunkt des anhaltenden Drucks auf die Bauaufsicht, Personalstellen abzubauen, mit längeren Genehmigungsverfahren zu rechnen sein.

Auch in diesem Jahr sind wieder große Bauvorhaben in unserem Landkreis ausgeblieben, was sich negativ auf die Gebühreneinnahmen ausgewirkt hat. Der geplante Haushaltsansatz konnte deshalb nicht erreicht werden. Als „etwas größere“ Vorhaben sind die Errichtung der Einzelhandelseinrichtungen „Kaufland“ in Luckenwalde und die Erweiterung des Automobilwerkes „DaimlerChrysler“ in Ludwigsfelde zu nennen.

In diesem Zusammenhang sei auch erwähnt, dass die bauaufsichtlichen Genehmigungen für kommunale Vorhaben wie z. B. Turnhallen und Kitas gebührenfrei für die Gemeinden sind. Die gewissermaßen als kostenfreie Serviceleistung der Bauaufsicht erbrachten Prüfungsleistungen beliefen sich innerhalb der letzten fünf Jahre immerhin auf fast 500.000 € und schlagen so als Mindereinnahmen für den Landkreis zu Buche.

Ein Schwerpunkt der bauaufsichtlichen Tätigkeit lag im abgelaufenen Geschäftsjahr in der Beschäftigung mit der Genehmigungsfähigkeit von Windkraftanlagen. Durch die Nichtigkeit des Regionalplanes, dessen Steuerung damit entfallen ist, den teilweise energischen Widerstand betroffener Bevölkerung, den Bemühungen der Gemeinden, mit teilweise überstürzten Planungen die Ansiedlung von Windkraftanlagen zu steuern und einer großen Antragsflut ist die bauaufsichtliche Genehmigungstätigkeit insgesamt einem sehr hohen Druck ausgesetzt gewesen.

## Statistik

### Anzahl der Anträge im Rahmen der Bautätigkeit (Stand: 31.12.2003)

(nur Neubau, Umbau/Änderung, Nutzungsänderung, Vorbescheid und Bauanzeige)

	Anzahl der Anträge	in Prozent	Einwohner	in Prozent	Fläche	in Prozent
gesamt	2.080	100 %	159.745	100 %	2.092 km <sup>2</sup>	100 %
engerer Verflechtungsraum	1.450	69 %	86.806	55 %	555 km <sup>2</sup>	27 %
äußerer Verflechtungsraum	630	31 %	72.939	45 %	1.537 km <sup>2</sup>	73 %

#### Engerer Verflechtungsraum:

Gemeinde Blankenfelde-Mahlow, Gemeinde Rangsdorf, Stadt Zossen, Stadt Trebbin, Stadt Ludwigsfelde

#### Äußerer Entwicklungsraum:

Stadt Baruth/Mark, Amt Dahme/Mark, Gemeinde Am Mellensee, Gemeinde Niederer Fläming, Gemeinde Niedergörsdorf, Gemeinde Nuthe-Urstromtal, Stadt Luckenwalde und Stadt Jüterbog

Bauanträge	2001	2002	2003	Entwicklung 2001 zu 2002	Entwicklung 2002 zu 2003
Amt Dahme/Mark	69	86	69	24,6 %	- 19,8 %
Gemeinde Blankenfelde-Mahlow	397	455	448	14,6 %	- 1,5 %
Gemeinde Großbeeren	87	147	164	69,0 %	11,6 %
Gemeinde Rangsdorf	221	225	186	1,8 %	- 17,3 %
Stadt Trebbin	141	199	151	41,1 %	- 24,1 %
Stadt Zossen	292	308	259	5,5 %	- 15,9 %
Stadt Ludwigsfelde	201	190	242	-5,5 %	24,3 %
Stadt Baruth/Mark	75	82	66	9,3 %	- 19,5 %
Gemeinde Am Mellensee	112	127	91	13,4 %	- 28,3 %
Gemeinde Niederer Fläming	30	50	42	66,7 %	- 16,0 %
Gemeinde Niedergörsdorf	38	55	47	44,7 %	- 14,5 %
Gemeinde Nuthe-Urstromtal	103	100	81	-2,9 %	- 19,0 %
Stadt Jüterbog	141	114	95	-19,1 %	- 16,7 %
Stadt Luckenwalde	224	202	139	-9,8 %	- 31,2 %
gesamt	2.131	2.340	2.080	9,8 %	- 11,1 %

#### Antragsaufkommen 2003 gesamt:

2.506

auf den engeren Verflechtungsraum entfallen

1.732

**Dies entspricht 65 % des gesamten Antragsaufkommens.**

durchschnittliches Antragsaufkommen pro 100 Einwohner gesamt

1,8 %

durchschnittliches Antragsaufkommen pro km<sup>2</sup>

1,3 %

durchschnittliches Antragsaufkommen pro km<sup>2</sup>

engerer Verflechtungsraum

3,3 %

## Widersprüche

Jahr	2001	2002	2003
erteilte Baugenehmigungen	1.616	1.522	1.631
darauf entfallene Widersprüche	69 (4,2 %)	36 (2,3 %)	42 (2,5 %)
erlassene Ordnungsverfügungen	150	112	89
darauf entfallene Widersprüche	61 (40 %)	34 (30,3 %)	32 (35 %)



## Untere Denkmalschutzbehörde

Der Denkmalbestand des Landkreises ist im Jahr 2003 weiter angewachsen. Bis Anfang November wurden 32 neue Eintragungen ins Denkmalverzeichnis vorgenommen, drei davon befinden sich jedoch im Widerspruchsverfahren.

Etwa die Hälfte der neuen Denkmale bilden Wohnhäuser und Gehöfte. Zwei so genannte "Oberlaubenställe", für die Region des Landkreises Teltow-Fläming charakteristische ländliche Bautypen des 18. Jahrhunderts, wurden in das Denkmalverzeichnis aufgenommen. Gerade landwirtschaftlich geprägte Bauten sind durch den Verlust von Nutzungsmöglichkeiten in ihrem Bestand bedroht. Sie zeugen aber in ihrer Qualität vom hohen Standard der ländlichen Baukultur und sind insofern dringend erhaltenswert. Acht Kirchen wurden in diesem Jahr unter Schutz gestellt. Bei allen Kirchen handelt es sich um Dorfkirchen kleinerer Gemeinden, deren Erscheinungsbild wesentlich durch die Kirche als zentralem Ort geprägt wird. Vier technische Denkmale sind ebenfalls neu ins Verzeichnis eingetragen worden, darunter eine Dampfmolkerei und eine Obermühle.

Vorläufige Unterschutzstellungen haben sich zum Jahresende vor dem Hintergrund geplanter und finanziell geförderter Abbrüche gemehrt. Insgesamt laufen zur Zeit ca. 15 Verfahren, von denen bereits die Hälfte abgeschlossen ist. Besonders die Stadt Luckenwalde weist einen großen Bestand schützenswerter historischer Bauten auf, der im Zuge des Stadtbaukonzeptes vom Abbruch bedroht ist. Hinzu kommt erschwerend, dass nach Inkrafttreten der neuen Bauordnung Abbrüche generell nicht mehr genehmigungspflichtig sind, sofern es sich nicht um Denkmale handelt. Geplante Abbrüche müssen lediglich vierzehn Tage vor der Maßnahme angezeigt werden, wodurch den Mitarbeitern der Unteren Denkmalschutzbehörde nur wenig Zeit bleibt, einen eventuell vorhandenen Denkmalwert zu überprüfen und ein entsprechendes Verfahren einzuleiten. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass bislang der Denkmalbestand des Landkreises bei weitem nicht komplett erfasst und eingetragen ist.

Unter dem eingangs erwähnten Aspekt mangelnder Akzeptanz unter den Denkmaleigentümern wurde in diesem Jahr verstärkt Zeit und Mühe auf Öffentlichkeitsarbeit verwandt. Ziel ist es nach wie vor, den Bürgern das Anliegen des Denkmalschutzes näher zu bringen, die Arbeitsweise der Behörde transparent zu machen und schließlich auch Vorteile des Denkmalstatus aufzuzeigen. Der Tag des offenen Denkmals wurde mit einer Ausstellung in der Mendelsohn-Halle, einem national bedeutenden Denkmal und einem der wichtigsten des Landkreises, verbunden. Den interessierten Bürgern wurden bei einer Grabung auf dem ehemaligen Burggelände in Luckenwalde und einer Zossener Ausstellung Einblicke in die Arbeit der Archäologie und der Bodendenkmalpflege ermöglicht. Die Untere Denkmalschutzbehörde hat die genannten Veranstaltungen fachlich begleitet und teilweise finanziell unterstützt.

Einladungen und Gesprächskreise mit Vereinen, wie beispielsweise den Geschichtsvereinen, die sich um die militärischen Liegenschaften bemühen, dienen dem Gedankenaustausch und der Suche nach denkmalverträglichen Nutzungen. Ein Treffen ehrenamtlicher Beauftragter für Bodendenkmalpflege wird für Anfang 2004 vorbereitet, eine weitere Gesprächsrunde für die neu ins Amt berufenen Bürgermeister und Bürgermeisterinnen ist geplant.

Eine Veröffentlichung zu den Denkmalen des Landkreises wurde in Gestalt einer preiswerten Broschürenreihe ins Leben gerufen. Eröffnet wurde sie zu Jahresbeginn mit einem Band zu den Wassertürmen des Landkreises. Eine nächste Veröffentlichung wird den Taubenhäusern gewidmet, die sich in unserem Landkreis noch auf den größeren Gehöften finden lassen, aber in zunehmendem Maße verschwinden. Auch die Reihe der "Denkmale des Monats", veröffentlicht in der Märkischen Allgemeinen Zeitung, wurde fortgesetzt. Der Schwerpunkt hat sich von den "bedeutsamen" auf die gefährdeten Denkmale verlagert.

Alles dies sind Maßnahmen, die zwar ein hohes Maß an Organisation und Vorbereitung fordern, aber geeignet sein dürften, dem Bürger ein Bewusstsein der regionaltypischen Baukultur und ihrer erhaltenswerten Zeugen zu vermitteln. Für 2004 sind weitere Aktivitäten geplant und in Vorbereitung.

Um den Bestand bereits eingetragener Denkmale zu überwachen, wurde in diesem Jahr ein ABM-Projekt unter dem Titel "Vorbereitung Denkmalwacht" ins Leben gerufen. Gemeinsam mit dem Träger, der Luckenwalder Beschäftigungs- und Aufbaugesellschaft mbH (LUBA) wurde für 30 ABM-Kräfte ein Konzept zur Bestandserhebung nach holländischem Modell entwickelt. Ausgerüstet mit digitalen Kameras und von der Denkmalschutzbehörde entworfenen Formblättern dokumentieren drei Gruppen den aktuellen Zustand von Denkmälern in den Städten Trebbin, Luckenwalde und Jüterbog. Am Ende der Maßnahme im Frühjahr 2004 wird eine Datensammlung auf CD-ROM erwartet, die für die Arbeit der Denkmalschutzbehörde wichtiges Hilfsmittel sein wird. Das Projekt wird hoffentlich über den zunächst vom Arbeitsamt festgelegten Zeitraum weiter geführt, damit der Denkmalbestand des gesamten Landkreises aufgenommen werden kann. Die Behörde kann die Überwachung des Denkmalbestands aus personellen Gründen nicht wahrnehmen, gleichwohl ist sie Voraussetzung zur Umsetzung des Denkmalschutzgesetzes.

Positiv wirken sich die Veränderungen in der Personalstruktur der Denkmalschutzbehörde aus. Eine neue Stelle für eine Verwaltungsfachangestellte, die den Bereich Büro und Organisation betreut, war seit langem überfällig und wurde nun geschaffen. Der Vertrag eines befristet beschäftigten Mitarbeiters wurde bis zum Juli 2004 verlängert und seine Stundenzahl von 20 auf 40 aufgestockt. Dieser Mitarbeiter ist neben der Baubetreuung und Sachbearbeitung nun vor allem für vorläufige Unterschutzstellungen und die Bearbeitung der Abbruchanzeigen zuständig, da in diesem Bereich durch die bereits erwähnte neue Bauordnung Mehrarbeit anfiel. Die Stelle der Sachgebietsleitung wurde mit der Architektin und Kunsthistorikerin Dr. Rita Mohr de Pérez besetzt, die Frau Galley im Mai ablöste.

Die Denkmalschutzbehörde leistet einen wichtigen Beitrag zur Identität des Landkreises, der Erhaltung seiner Baukultur, seiner Traditionen und charakteristischen Gegenstände. Insofern sorgen Schutz und Pflege des Denkmalbestands auch für die Verankerung regionaltypischer Elemente in der Erinnerung der Besucher. Hier ist ein wesentlicher Schwerpunkt touristischer Zielsetzungen gegeben. Brandenburg liegt laut Statistik an der dritten Stelle der innerhalb Deutschlands meist besuchten Bundesländer, verfügt andererseits aber über bislang nicht ausgeschöpftes Potenzial. Der touristische Erfolg wird wohl wesentlich den Potsdamer Schlössern zu danken sein, was aber wiederum den Stellenwert historischer Identifikationsgrößen für den Tourismus beweist. Die "Flaeming-Skate", über die die Landschaft und Sehenswürdigkeiten aktiv - und ohne Widerspruch zu den natürlichen Ressourcen des Landkreises - erlebt werden kann, ist ein positives Beispiel für das Zusammenwirken von Tourismus und Denkmalschutz in unserem Landkreis. Gleiches gilt für die durch die Draisinenbahn revitalisierten historischen Bahnhöfe der ehemaligen Königlich Militärischen Eisenbahn. Mit der Fortführung der Arbeiten am Kulturquartier in Jüterbog oder der Dahmer Schlossruine wurden richtungsweisende und wesentliche kulturelle Akzente gesetzt.

Weiteres Potenzial bietet der Denkmalschutz für die Förderung der in der Region ansässigen mittelständischen Betriebe. Da in der Instandsetzung von Denkmälern vorwiegend in traditionellen Fertigkeiten geschulte handwerkliche Betriebe zum Einsatz kommen, die reparieren, statt Altes durch andernorts vorgefertigte Massenware auszutauschen, könnte sich eine investive Förderung des Denkmalschutzes positiv auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt der Region auswirken. Die Denkmalschutzbehörde arbeitet eng mit ortsansässigen Betrieben, Restauratoren und Architekturbüros zusammen, kann jedoch aufgrund der Haushaltslage kaum investitionsfördernd auftreten.

Die Hoffnung der Denkmalpflege ist deshalb nach wie vor auf die Novelle des Denkmalschutzgesetzes gerichtet, welche seit Jahren auf sich warten lässt. In diesem Zusammenhang ist immer wieder über die Einrichtung eines Denkmalfonds debattiert worden, der es ermöglichen könnte, den denkmalbedingten Mehraufwand der betroffenen Bauherren auszugleichen. Ohne die Möglichkeit der Förderung kann langfristig erfolgreicher Denkmalschutz nicht betrieben werden.

Das **Hoch- und Tiefbauamt** mit seinen drei Sachgebieten Hochbau, Tiefbau, Kreisstraßenmeisterei und dem seit 01. Juli 2003 in die Stabstelle des Amtes integrierten Sachgebiet Wohnungsbauförderung und Wohnungsaufsicht hat auch im Jahr 2003 als technisches Fachamt seine Arbeit auf Bauinvestitionen, Bauunterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden und im Straßenbereich konzentriert.

#### Sachgebiet Hochbau

Die Mitarbeiter des Sachgebietes Hochbau konnten auch in diesem Jahr auf Basis der haushaltseitigen Finanzzuordnungen Investitionen, bauliche Modernisierungen und Unterhaltungsmaßnahmen umsetzen.

Schwerpunkte waren:

- Die Fertigstellung des Neubaus der Zweifeldsporthalle am Gymnasium Rangsdorf einschließlich der dazugehörigen Freianlagen zum Schuljahresbeginn 2003/2004
- Komplettsanierung der Einfeldsporthalle an der Allgemeinen Förderschule Jüterbog
- Beginn der Turnhallensanierung am OSZ in Luckenwalde
- Schulhofneugestaltung an der Allgemeinen Förderschule in Luckenwalde
- Sanierung und Umbau des ehemaligen Lehrlingswohnheimes am OSZ Ludwigsfelde zum Übergangwohnheim für Asylbewerber
- Schaffung 14 moderner Wohneinheiten im AZUBI-Wohnheim Luckenwalde

Für viele dieser Bauinvestitionen erstellten die Mitarbeiter alle notwendigen Planungen. Insgesamt wurden Planungsleistungen an Gebäuden und technischer Gebäudeausrüstung in Höhe von 500 T€ erbracht. Im Bereich der Ausschreibungen und Vergaben wurden 80 Ausschreibungen mit einem Bauvolumen von 1,2 Mio € fachgerecht umgesetzt. Insgesamt konnten ca. 300 Aufträge mit einem Bauvolumen von 1,7 Mio € erteilt werden. 90 % davon blieben im Land Brandenburg; 58 % der Aufträge verteilten sich auf Firmen im Landkreis Teltow-Fläming.

Für andere Ämter und Einrichtungen des Landkreises sowie des Landes Brandenburg wurden sieben baufachliche Stellungnahmen erarbeitet und zwei Prüfungen von Haushaltsunterlagen vorgenommen.

## Sachgebiet Tiefbau

Das Sachgebiet Tiefbau nimmt die Aufgaben wahr, die sich aus der Baulast für ca. 200 km Kreisstraßen, ca. 50 km straßenbegleitende Radwege sowie 155 km Rad- und Skateweg (Flaeming-Skate) ergeben. Diese Aufgaben umfassen Organisation, Ausschreibung und Beauftragung der baulichen und betrieblichen Unterhaltung sowie die Erneuerung der Straßen, Brücken und Radwege sowie die Organisation des Winterdienstes. Weiterhin zählen zu diesen Aufgaben die Planung, Ausschreibung und Durchführung der Erneuerung und des Neubaus von Straßen, Brücken und Radwegen.

Weitere Aufgabengebiete des Sachgebietes sind die Verwaltung der Kreisstraßen und Radwege (Führung der Straßenverzeichnisse), die Wahrnehmung der Aufgaben als Straßenbaubehörde bei der Benutzung der Kreisstraßen und Radwege (z.B. Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen, Sondernutzungen, Zufahrten, Anbauten und Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen), Mitwirkung bei der Bearbeitung von Schadensmeldungen an Kreisstraßen sowie die (rechtliche) Straßenaufsicht für die Gemeindestraßen.

Folgende Bauvorhaben wurden realisiert:

- Erneuerung der Ortsverbindung Hohenseefeld – Niebendorf/Heinsdorf (K 7208)
- Erneuerung der Ortsverbindung Schöneweide – Scharfenbrück
- Radwegeneubau sowie landschaftspflegerische Maßnahmen (K7223)
- Erneuerung der Ortsverbindung Grüna – Kloster Zinna, einschließlich der OD Kloster Zinna unter besonderer Beachtung der Auflagen des Denkmalschutzes im Sanierungsgebiet einschließlich Neubau eines Regenwasserkanals (K7217)
- Erneuerung der Potsdamer Straße in der Ortsdurchfahrt Luckenwalde (K7220)
- Sanierung des Brückenbauwerkes bei Kurzlipisdorf zum Durchlass (K7215)
- Sanierung von drei Brückenbauwerken im Zuge der Ortsverbindung Dornswalde - Glas- hütte (Umbau zum Durchlass)

Im Bereich der Straßenunterhaltung wurden mit kreislichen Mitteln ca. 220 Aufträge mit einem Wertumfang von ca. 1.000.000 € für die bauliche und betriebliche Unterhaltung der Straßen , Brücken und Radwege sowie der Flaeming-Skate realisiert (z.B. Reparatur von Straßendecken, Erneuerung von Leitpfosten, Leiteinrichtungen und Fahrbahnmarkierungen, Pflege des Begleitgrüns und der Bankette, Verkehrsbeschilderung).

Für den Winterdienst auf den Kreisstraßen haben die beauftragten Firmen Leistungen mit einem Wertumfang von ca. 150.000 € erbracht. Die Vergabe der Winterdienstleistungen an Firmen aus dem Kreisgebiet ist erforderlich, da diese Aufgaben nicht zum Leistungsprofil der Kreisstraßenmeisterei zählen. Der Einsatz der für den Winterdienst verantwortlichen Firmen erfolgt nach einem Kontrollsystem, um im Bedarfsfall schnell reagieren zu können. Dem Sachgebiet Tiefbau obliegt hier lediglich die Kontrolle der durchgeführten Leistungen und die Festlegung von Einsatzgrundsätzen.

Bei der Wahrnehmung der Aufgaben als Straßenbaubehörde wurden ca. **300** Vorgänge (vielfach mit Ortsbesichtigungen) im Zusammenhang mit

- Genehmigungen bezüglich Leitungsverlegungen,
- Zustimmungen und Genehmigungen von Sondernutzungen, Zufahrten und Anbauten,
- Stellungnahmen im Rahmen der TÖP-Beteiligung,
- Zustimmungen zu verkehrsrechtlichen Erlaubnissen sowie Anordnungen und
- Schadensmeldungen am Straßen- und Wegenetz (z.B. Verkehrsunfälle)

bearbeitet.

Des Weiteren wurden als Fachbehörde 55 Stellungnahmen zu gemeindlichen Straßenbaumaßnahmen abgegeben. Im Rahmen der Straßenaufsicht erfolgten Prüfungen der Rechtmäßigkeit von Verwaltungshandlungen der Gemeinden.

### Sachgebiet Kreisstraßenmeisterei

Die Kreisstraßenmeisterei (KSM) ist nach Luckenwalde in die Berkenbrücker Chaussee umgezogen. Das Gelände in Baruth/Mark, wo die KSM bisher ihren Sitz hatte, wird verkauft und steht nun für die Erweiterung des Gewerbegebietes Bernhardsmüh zur Verfügung. Die KSM ergänzt sinnvoll alle Maßnahmen der Straßenunterhaltung auf dem kreiseigenen Straßen- und Radwegenetz. Die wesentlichsten Arbeiten wie Bankettpflege, Randstreifen, Wild- und Baumwuchsbeseitigung, Waschen von Leitpfosten, Schadensbeseitigung nach Unfällen und witterungsbedingten Havarien, Erneuerung von Verkehrszeichen und Leiteinrichtungen werden von den Mitarbeitern selbst ausgeführt.

Weitere Aufgaben der Kreisstraßenmeisterei sind die Umsetzung verkehrsrechtlicher Anordnungen des Straßenverkehrsamtes sowie die Absicherung des Winterdienstes auf dem kreisstraßenbegleitenden Radwegenetz.

Der fertiggestellte und in Nutzung befindliche Rad- und Skatweg Flaeming-Skate mit einer derzeitigen Streckenlänge von 155 km wurde mit zwei Mitarbeitern und einem Spezial-Multicar voll in die Pflege und Unterhaltung der KSM integriert.

Im Rahmen der Amtshilfe für einzelne Ämter der Kreisverwaltung wurden illegal aufgestellte bzw. nicht genehmigte Werbeanlagen entfernt und eingelagert. Nach Bedarf erfolgten Transportarbeiten für das Hauptamt und Schulen in kreislicher Trägerschaft (Lieferung von Streugut und Behältern). Mit hoher Einsatzbereitschaft wirkte die KSM auch bei kreislichen Festveranstaltungen mit. Dabei wurden u.a. Straßensperrungen errichtet, zusätzliche Verkehrszeichen gestellt, Werbetafeln angebracht sowie Reinigungsarbeiten vorgenommen.

### Stabsstelle Sachgebiet Wohnungsbauförderung/ Wohnungsaufsicht

Im Sinne einer weiteren Organisationsstraffung in der Kreisverwaltung wurde das Wohnungsförderungsamt zum 01. Juli 2003 mit Beschluss des Kreistages vom 07.04.2003 (Beschluss-Nummer 2/0126/01-1) aufgelöst. Die Aufgaben der Wohnungsbauförderung und der Wohnungsaufsicht sind nunmehr dem Hoch- und Tiefbauamt zugeordnet.

Das Jahr 2003 war dadurch geprägt, dass sich die Fördermaßnahmen auch weiterhin auf die Entwicklung der Innenstädte und damit auf den bereits bestehenden Wohnungsbestand konzentrierten. Neu in diesem Zusammenhang war die finanzielle Unterstützung des Rückbaus von nicht mehr erhaltenswerter Bausubstanz. Auf diesem Wege konnte der leer stehende und nicht mehr nutzbare Wohnungsbestand der Kreisstadt Luckenwalde in diesem Jahr um 6575 m<sup>2</sup> (106 WE) reduziert werden.

Um die Zielsetzungen der Brandenburgischen Stadtentwicklungskonzeption noch konkreter umzusetzen, wurde die Bewilligung öffentlicher Mittel auf Grundlage von Fördervereinbarungen an weitere Bedingungen geknüpft. Der Begriff „Besondere Gebietskulisse“ gewann im Jahr 2003 zunehmend an Bedeutung. So bestand z.B. nur in Sanierungsgebieten, Erhaltungsgebieten, Gebieten im Rahmen der Förderprogramme „Stadtumbau Ost“, „Zukunft im Stadtteil-ZIS 2000“ oder Gebäuden, die Denkmale sind oder in Denkmalbereichen liegen, die Möglichkeit, Maßnahmen zur Schaffung von Wohneigentum oder die Sanierung von Miethäusern durch Inanspruchnahme besonders zinsgünstiger Darlehen fördern zu lassen.

Im Landkreis Teltow-Fläming konnte aus Landesmitteln ein Bauvorhaben am Markt in Jüterbog gefördert werden, da diese komplexe Maßnahme, bestehend aus Rückbau, Sanierung und Neubau, im Sinne der weiteren Innenstadtentwicklung dringend erforderlich war.

Die Belegungsbindung zum 1. September 2003 im neu geschaffenen Mietwohnungsbau des 3. Förderwegs wurde gelockert. Für den Einzug in eine solche Wohnung müssen künftig keine Einkommensgrenzen eingehalten werden.

Obwohl das Land Brandenburg durch die Kombination von Programmen der Wohnungsbau- und Städtebauförderung sich ganz besonders darum bemühte, neue Wohneigentumsmaßnahmen im bereits vorhandenen Wohnungsbestand zu fördern, fanden diese Programme nicht die erhoffte Berücksichtigung bei den Bauherren in unserem Landkreis.

Abschließend soll über das **Landwirtschaftsamt** berichtet werden.

### Ernteergebnisse

Durch starken Sturm im Juni und extreme Niederschläge im August gab es im Jahr 2002 nur geringe Ernteergebnisse. Leider mussten die Landwirte auch im Jahr 2003 hohe Ernteverluste hinnehmen. Überdurchschnittliche Frostschäden durch den kalten, lang anhaltenden Winter, besonders bei den Getreidekulturen, aber auch die sehr hohen Temperaturen und fehlenden Niederschläge im 1. Halbjahr haben zu einer drastisch negativen Ertragsentwicklung geführt.

Wochenlange Temperaturen über 30° C bei einer Niederschlagsmenge von nur 50 - 60 % gegenüber dem langjährigen Durchschnitt haben besonders im Land Brandenburg, aber auch in unserem Landkreis zu den schlechtesten Ernteergebnissen seit Bestehen des Landkreises geführt. Getreide wurde auf einer Fläche von 34.424 ha angebaut. Zum Vorjahr ist ein Flächenrückgang von 2.942 ha festzustellen.

Einen besonderen Anteil am Rückgang der Getreideanbaufläche hat die Kultur Roggen. Bei einem Rückgang zum Vorjahr um 3.526 ha betrug die Winterroggenanbaufläche nur noch 15.527 ha. Die Ursachen liegen hier insbesondere in der Verunsicherung durch den zukünftigen Wegfall der Intervention Roggen sowie dem zu erwartenden Preisverfall. Dieser hat sich jedoch nach der Ernte 2003 nicht bestätigt. Die Wintergerste war von Auswinterungsschäden stark betroffen. Aufgrund des Flächenumbruchs im Frühjahr verringerte sich die Anbaufläche um 823 ha auf 4.850 ha. Einen Anstieg gab es demzufolge bei den Sommerkulturen wie Hafer und Sommergerste, aber auch der Winterweizen hatte einen Flächenanstieg um 755 ha zu verzeichnen. Die Anbaufläche betrug 6.822 ha. Mit einem Ertrag von nur 29,3 dt/ha Getreide wurde das schlechteste Ergebnis seit Bestehen des Landkreises Teltow-Fläming erreicht.

Der Vergleich gegenüber dem Erntejahr 2001, in dem gute Ernteergebnisse erreicht wurden, zeigt, dass nur 52 % des Ertrages realisiert werden konnten. Auch gegenüber dem langjährigen Durchschnitt sind es nur 63 %. Einen besonderen Anteil hatte dabei der Winterweizen mit einem Ertrag von 36,6 dt, der Roggen mit nur 26,4 dt und die Wintergerste. Sie erreichte nur einen Ertrag von 28,9 dt/ha. Mit einer Erntemenge von nur 100.000 t Getreide fehlen den landwirtschaftlichen Unternehmen des Landkreises allein bei diesen Kulturen 6,5 Mio. € Erlöse.

Mit Winterraps waren 6.861 ha bestellt, erzielt wurde ein Gesamtertrag von nur 14.573 t. Trotz der Erweiterung der Anbaufläche um 419 ha wurde nur das schlechte Vorjahresergebnis erreicht. Der Hektarertrag lag bei 21,24 dt und damit um 5,1 dt/ha unter dem Durchschnitt der Jahre 1998 bis 2002. Dadurch beläuft sich der Ertragsausfall bei Winterraps auf ca. 1,5 Mio. €. Die extremen Temperaturen mit der lang anhaltenden Trockenheit haben auch dazu geführt, dass bei den Hackfrüchten und anderen Kulturen erhebliche Ertragsausfälle zu verzeichnen waren. So wurden bei Kartoffeln nur ein Gesamtertrag von 269 dt/ha und bei Zuckerrüben ein Ertrag von 396 dt/ha realisiert. Besondere Ertrags- und Qualitätseinbußen verzeichnete der Silomais. Hier gab es Ertragsausfälle von über 40 % gegenüber dem Vorjahresergebnis.

Die Berechnung der Ertragsausfälle 2003 unter Einbeziehung der Getreide- und Hackfruchterträge einschließlich der Mindererträge bei den Futterkulturen ergeben im Landkreis einen Erlösausfall von ca. 17 Mio. €, der ausschließlich auf die extremen Temperaturen und fehlenden Niederschläge zurückzuführen ist. Da es sich hierbei nicht um ein regionales Problem in Teltow-Fläming bzw. in Brandenburg handelt, sondern in Deutschland die schlechteste Ernte der letzten acht Jahre eingefahren wurde, ist ein Hilfsprogramm für landwirtschaftliche Unternehmen aufgelegt worden, die durch die extremen Witterungsbedingungen in ihrer Existenz bedroht sind. Dieses Hilfsprogramm haben 69 landwirtschaftliche Unternehmen des Landkreises in Anspruch genommen. Sie haben einen Zuschuss von 3,2 Mio. € beantragt, um ihre Existenz und den Anschluss an das Wirtschaftsjahr 2004 zu überbrücken bzw. auch die vorhandenen Tierbestände über das Winterhalbjahr mit Futter zu versorgen.

### Tierbestandsentwicklung

Im Landkreis ist die Rinderhaltung weiterhin rückläufig. Ermittelt wurden im Mai dieses Jahres 38.530 Rinder. Seit 1996 ist damit der niedrigste Bestand zu verzeichnen. Im vorigen Jahr waren es 870 Rinder mehr. Annähernd gleich geblieben ist der Bestand an Milchkühen, Ammen und Mutterkühen. Es wurden 13.911 Milchkühe sowie 4.207 Ammen und Mutterkühe gehalten. Im Gegensatz dazu zeichnet sich in der Schweinehaltung wiederum eine Bestandserweiterung ab. Gezählt wurden 85.895 Schweine, das ist zum Vorjahr ein Zuwachs von 3.345 Tieren. Ebenfalls erhöhte sich der Zuchtsauenbestand um 976 auf insgesamt 14.186 Sauen. Insbesondere der Abschluss der Investitionsmaßnahmen und damit verbundenen Produktionsumstellung von drei Unternehmen in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal trugen maßgeblich zu dieser Bestandserhöhung in der Schweinehaltung bei. Auch der Schafbestand hat in diesem Jahr eine leicht steigende Tendenz zu verzeichnen, so dass mit 10.225 Schafen 825 Tiere mehr als im Vorjahr gehalten wurden. Insbesondere im Berliner Umland ist sowohl eine Zunahme der Pferdehalter als auch der gehaltenen Pferde zu verzeichnen. Mit 1.840 registrierten Tieren haben wir in dieser Tierart den höchsten Bestand seit Bestehen des Landkreises. Tierbestandsveränderungen gibt es demzufolge bei Rindern auf 97 %, bei Schweinen auf 104 % sowie bei Schafen auf 108 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Dem gegenüber steht der Tierbestand des Landkreises gegenüber dem des Landes Brandenburg, bei Rindern bei 6,3 %, bei Milchkühen 7,7 %, Ammen und Mutterkühen 4,6 %, bei Schafen 7,2 %, jedoch bei Schweinen bei 11,0 %. Die Milchleistung hat sich gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 254 kg/Kuh verbessert und beträgt jetzt 8.033 kg/Kuh bei einer verfügbaren Milchquote von 103.553 kg im Landkreis.

## Preisausgleichszahlungen

Die Gesamtzahlungen bei den Flächenbeihilfen und Tierprämien haben sich im Landkreis im Verhältnis zu den Vorjahren unwesentlich verändert. Die etwas geringere Auszahlung an die Landwirte resultiert überwiegend aus der eingeführten Modulation. Das Kulturlandschaftsprogramm erfährt weiterhin breite Zustimmung bei den landwirtschaftlichen Unternehmen. Viele richten ihre Produktion nach den Richtlinien der Kulturlandschaftsprogramme aus und leisten somit einen großen Beitrag in der praktischen Umsetzung der Ziele des Natur- und Umweltschutzes. Diese positive Entwicklung wird durch fehlende Haushaltsmittel im Land sowie die Einstellung einzelner Förderprogramme gehemmt. Die landwirtschaftliche Produktion nach den Grundsätzen des ökologischen Landbaus erfolgt auf 5,2 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landkreises. Bei der Entwicklung des ökologischen Landbaus ist eine gewisse Stagnation zu erkennen. Die zielgerichtete Erweiterung wird maßgebend von den Rahmenbedingungen abhängen. Dazu gehört, wie die Produkte am Markt abgesetzt werden können und die kostenintensive Produktion durch entsprechende Erzeugerpreise gedeckt wird. Folgende Preisausgleichszahlungen wurden 2003 in den landwirtschaftlichen Unternehmen gewährt.

männliche Rinder	700.000 €
Mutterschafe	191.000 €
Mutterkühe	850.000 €
Extensivierungsprämie	450.000 €
Schlachtprämie	1.000.000 €
Kulturpflanzenbeihilfe	17.951.000 €
benachteiligtes Gebiet	1.680.000 €
Kulturlandschaftsprogramm	1.516.000 €
Artikel 16 NSG	106.000 €

Die landwirtschaftlichen Unternehmen wirtschaften dabei nach den Richtlinien des Kulturlandschaftsprogrammes auf einer Fläche von 11.100 ha. Mit der Umsetzung der Agenda-Agrarreform wird erstmals im Jahre 2003 die Modulation bei den Förderprogrammen Rinderprämie, Mutterschaf- und Mutterkuhprämie sowie bei der Kulturpflanzenbeihilfe angewendet. Nach dem Modulationsgesetz werden 2 % der den Landwirten zustehenden Beihilfen und Prämien abgeführt und für besondere Maßnahmen in der ländlichen Region eingesetzt. Diese Summe beträgt im Landkreis 422.857 €.

Auch im Jahre 2003 arbeitet das Landwirtschaftsamt in enger Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Ernährung und Landwirtschaft Frankfurt/Oder als Testamt an der weiteren Vervollkommnung des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt in einer zentralen Arbeitsgruppe mit dem Ziel, die Bearbeitung und Verwaltung von Agrarförderanträgen für die Landwirte und die Ämter effektiver zu gestalten. Ebenfalls wurde in diesem Jahr mit der Einrichtung eines GIS-gestützten Flächenidentifizierungssystems begonnen. Nach Verordnung der EU hat dieses System flächendeckend bis 2005 zu erfolgen. Dieses Feldblockkataster wird zukünftig die Grundlage für die Gewährung von Flächenprämien bilden. Durch die Landwirtschaftsschule des Landkreises wurden 60 Landwirte im Computerkabinett zur Antragsstellung "Agrarantrag – online für Brandenburg" geschult, so dass bereits im Jahr 2003 die ersten Landwirte die Bearbeitung der Agrarförderanträge über das Internet genutzt haben.

Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Jahre 2002 und 2003 haben dazu geführt, dass ca. 15 % mehr Abtretungen und Pfändungen im Vergleich zum Vorjahr zur Verrechnung im Landwirtschaftsamt vorlagen. Aus dieser Situation heraus war das Jahr auch von einer zurückhaltenden Investitionstätigkeit der landwirtschaftlichen Unternehmen unseres Landkreises geprägt. Die Investitionen beschränken sich überwiegend auf kleinere Maßnahmen, die über einen Zuschuss gefördert werden konnten und dem Betrieb den größtmöglichen Effekt brachten. Insbesondere betraf dies Maßnahmen der Bewässerung,

umweltschonende Bewirtschaftungsverfahren wie z. B. die pfluglose Bodenbearbeitung und Maßnahmen zur Verbesserung der Tierhaltungsbedingungen.

Darüber hinaus wurden weiterhin Betriebsgründungen gefördert, wodurch erneut Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen und ländliche Strukturen erhalten werden konnten. Insgesamt waren somit im Jahre 2003 Investitionen von ca. 3.335.050 € mit Hilfe von Zuschüssen in einer Höhe von 1.002.610 € und zinsverbilligten Darlehen über 1.115.675 € umsetzbar. Insgesamt wurden 36 Maßnahmen in 33 Unternehmen gefördert. Von den insgesamt 3,3 Mio. € Bruttoinvestitionsvolumen entfielen 2 Mio. € auf das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP), 488.000 € auf die Verbesserung der Tierhaltung und 805.000 € auf die Bewässerung. 90.000 € wurden im Bereich der Direktvermarktung eingeordnet.

Zu den Aufgaben des Landwirtschaftsamtes gehört auch die amtliche Futtermittelüberwachung. Die 208 gemeldeten tierhaltenden Betriebe des Landkreises sind mindestens einmal aufzusuchen und zu kontrollieren. Insbesondere ist die Kontrolle darauf gerichtet, dass keine Futtermittel verfüttert werden, die geeignet sind, die Qualität der von den Nutztieren gewonnenen Erzeugnisse, insbesondere im Hinblick auf ihre Unbedenklichkeit für die menschliche Gesundheit, zu beeinträchtigen. Des Weiteren sind für das nationale Kontrollprogramm 37 Futtermittelproben im Labor des Landesprüfdienstes zu analysieren. Beim Auftreten von Verdachtsmomenten ist die Anzahl dementsprechend zu erhöhen. Im Jahr 2003 wurden insgesamt 48 Proben an Futtermitteln entnommen und einer Analyse zugeführt. Ein Verstoß gegen das geltende Futtermittelgesetz wurde nicht festgestellt. Vorkommnisse gab es im 1. Halbjahr durch die Auslieferung von Trockengrünutpellets des Trockenwerkes Niemeck, die erhöhte Dioxinwerte aufwiesen. Im 2. Halbjahr traten Verdachtsmomente über verbotene Zusatzstoffe im Ergänzungsfutter für das Milchvieh auf. Hier wurden verstärkte Kontrollen durchgeführt und die entsprechenden Maßnahmen eingeleitet. Die festgelegten Maßnahmen werden in einer Nachkontrolle in den jeweiligen Unternehmen abgesichert.

Im Rahmen der genehmigungsbedürftigen Rechtsgeschäfte wurden im laufenden Jahr 459 Grundstücksverträge bearbeitet. Bei den insgesamt vorliegenden Kaufverträgen von 353 wurden 96 als Erwerb durch Landwirte registriert. Einmal wurde das Vorkaufsrecht ausgeübt. Der Flächenverkauf durch die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) Berlin umfasst nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz bisher eine Fläche von 3.648 ha, davon wurden 493 ha im Jahre 2003 veräußert. Der Durchschnittspreis lag dabei bei 0,09 €/m<sup>2</sup>. Außerhalb des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes wurden 3.669 ha veräußert, wobei der Anteil 2003 nur 142 ha betrug. Der Durchschnittspreis schwankt hier zwischen 0,23 und 1,69 €/m<sup>2</sup>. Die 325 landwirtschaftlichen Unternehmen, die insgesamt 11.854 Pachtverträge registrieren ließen, bewirtschaften eine Pachtfläche von 84.962 ha. Dabei ist ein jährlicher Pachtpreis von 5.049.256 € gegenüber den Eigentümern aufzuwenden. Durch die Landschaftsfördervereine des Landkreises wurden bisher 1.654 ha aufgekauft, wobei der Anteil außerhalb der vorhandenen Schutzgebiete 280 ha beträgt.

In Auswertung von Agrarstrukturellen Entwicklungsplanungen (AEP) ergeben sich neue Ansätze und Verfahren in der Landwirtschaft und im Gartenbau hinsichtlich der Gestaltung von marktorientierten Produktionsprozessen. Die AEP "Regionalmanagement für den Gartenbau" im Landkreis Teltow-Fläming im Zeitraum von Juni 2002 bis Dezember 2003 hat hier wesentliche Entwicklungsimpulse gesetzt, weitere Partner vermittelt und Finanzierungsvorschläge unterbreitet. Neben der versuchsweisen Einführung des Zwiebelanbaus in der Region Dahme wurden hier erste Untersuchungen in Vorbereitung eines möglichen Wildfruchtanbaus in unserer Region durchgeführt. Auf diese Untersuchungen gilt es auch 2004 aufzubauen, um betriebswirtschaftliche Aussagen zum Wildfruchtanbau unter Berücksichtigung der Bedingungen im Süden Brandenburgs sowie der Einbeziehung neuer Landnutzungsformen und alternativer Nutzungsmöglichkeiten in unserer Region kennenzulernen.

Unter Federführung des Landkreises sind benachbarte Regionen in dieses Konzept einbezogen worden. Aber auch die AEP "Tourismusentwicklung" und "Marketingkonzept zur Erhaltung und Verbesserung der touristischen Attraktivität der Orte im ländlichen Raum an der Bundesstraße 101 nach Fertigstellung der Schnellstraße 101n hat die ökonomischen sozialen, kulturellen, ökologischen und politischen Rahmenbedingungen analysiert sowie Vorschläge zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur, Belegung von Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie Gastronomie und Beherbergung ausgerichtet.

Die Präsentation des Leitbildes durch Studenten der Freien Universität Berlin stellte ein Maßnahmenkonzept für die Anliegergemeinden und eine Diskussion mit Entscheidungs- und Leistungsträgern sowie Bürgern der anliegenden Gemeinden dar. Insgesamt wurde dafür durch das AFIE Brieselang eine Projektförderung von 34.000 € bereitgestellt. Für 2004 ist ein voraussichtlicher Mittelbedarf von 40.000 € vorgesehen.

Neben den bekannten Flurneuordnungsmaßnahmen in Klein Schulzendorf und Raum Baruth/Mark ist vorgesehen, ab 2004 ein Flurneuordnungsverfahren in der Gemeinde Niedergörsdorf, Bereich Oehna, im Umfang von ca. 4000 ha einzuleiten. Neben der notwendigen Flurneuordnung gibt es hier wesentliche Entwicklungsimpulse in der ländlichen Region und der Infrastruktur. Für 76 Projekte der Dorferneuerung, der agrarstrukturellen Entwicklungsplanungen (AEP), des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR), des LEADER-Programms und des ländlichen Wegebau konnten 2003 insgesamt 1,671 Mio. € zur Verfügung gestellt werden. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen wurden weitere 2,606 Mio. € als Verpflichtungsermächtigung für 2004 eingeordnet. Im Rahmen der Dorferneuerung geht es hierbei speziell um Maßnahmen der Neugestaltung von Freiflächen in der Ortslage im Ausbau von Dorfstraßen und deren Nebenanlagen, Sanierung von Dorfgemeinschaftshäusern sowie auch die Renaturierung von Kleingewässern und Teichen in der Region. Verbessert hat sich der ländliche Wegebau von Illmersdorf nach Rietdorf, von Wiepersdorf nach Meinsdorf sowie zukünftig von Heinsdorf nach Liepe sowie im Raum Klasdorf. Weitere Anträge liegen vor.

Zu den ELR-Maßnahmen zählen unter anderem der Aufbau und die Entwicklung des Lehr- und Erlebnishofes in Werder sowie die Erweiterung des Rad- und Skateweges Dahme/Mark, Richtung Wildau-Wentdorf. Fertiggestellt werden konnte auch der Umbau der alten Schule in Glashütte. Ebenfalls wurden Mittel für die LEADER-Projekte Dahme-Heideblick, speziell für den Um- und Ausbau des Schlosses Wahlsdorf als Pausen- und Übernachtungsstützpunkt für die FLAEMING-SKATE, bereitgestellt. Im Rahmen der Dorferneuerung erhielten weitere 52 private Antragsteller Fördermittel im Umfang von 516.000 €. Daraus ist ersichtlich, dass die Hauptsäule für die Förderung im ländlichen Raum die Fördermaßnahmen der integrierten ländlichen Entwicklung bilden. So wurden in den Jahren 1991 bis 2003 im Rahmen der Dorferneuerung Fördermittel in Höhe von 39 Mio. € für Vorhaben im Landkreis ausgezahlt.

In Anbetracht der zukünftig zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel besteht die Zielstellung, besondere Schwerpunktregionen des Landkreises wie z. B. die Gemeinden und Ortsteile in unmittelbarer Nähe des touristischen Rad- und Skateweges besonders zu berücksichtigen.

In Vorbereitung auf den 21. Bundeswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden – unser Dorf hat Zukunft" im Jahre 2004 wurde bereits 2002 der 4. Kreiswettbewerb durchgeführt. Das Dorf Thyrow wurde im Rahmen des 2. Kreiserntefestes als Kreissieger geehrt und gleichzeitig für den Landeswettbewerb angemeldet. Am 17. Juni 2003 fand eine Ortsbegehung durch die Landesbewertungskommission in Thyrow statt. Die gelungene Präsentation und insbesondere das hohe Engagement der Bürger, führte dazu, dass der Ort Thyrow anlässlich des 7. Brandenburger Dorffestes in Premslin als einer von zwei Landessiegern durch den Ministerpräsidenten ausgezeichnet werden konnte. Dieses sehr gute Ergebnis ermöglicht es den Thyrowern, am 21. Bundeswettbewerb "Unser Dorf soll schöner werden – unser Dorf hat Zukunft" sowie am Europäischen Dorferneuerungspreis 2004 teilzunehmen.

Auch das 3. Kreiserntefest, das in der Gemeinde Großbeeren stattfand, war ein voller Erfolg. Die Region, insbesondere die landwirtschaftlichen Unternehmen, präsentierten Historisches und Neuzeitliches und haben dazu beigetragen, insbesondere den Berlinern die Landwirtschaft etwas näher zu bringen. Für das Kreiserntefest 2004 wurde der Staffelstab an die Stadt Trebbin übergeben.

### Landwirtschaftsschule

Die Arbeit der Landwirtschaftsschule des Landkreises Teltow-Fläming, die seit 2001 anerkannte Regionalstelle für Bildung im Agrarbereich ist, sieht weiterhin ihr Hauptaktionsfeld in der beruflichen Aus- und Weiterbildung der in der Landwirtschaft Beschäftigten. Sie führt zahlreiche Lehrgänge, die insbesondere für den ländlichen Raum interessant sind, durch und versteht sich in ihrer langjährigen Tradition als Dienstleistungseinrichtung für alle Landwirte und landwirtschaftliche Interessierte in der Region. Folgende Lehrgänge und Kurse wurden 2003 durchgeführt:

- Vorbereitung auf die Prüfung zum Landwirtschaftsmeister	16 Teilnehmer
- Sachkundenachweis (Anwendung und Abgabe von Pflanzenschutzmitteln)	39 Teilnehmer
- Berufs- und arbeitspädagogische Ausbildung (Lehrbefähigung)	21 Teilnehmer
- Landwirtschaftliches Rechnungswesen	8 Teilnehmer
- Agrarantrag "online"	55 Teilnehmer
- Ausbilderstammtisch für Lehrbeauftragte	37 Teilnehmer
- Weiterbildung im Kleingartenwesen (Fachberater)	70 Teilnehmer
- Umgang mit der Motorsäge	10 Teilnehmer

Weiterhin ist die Landwirtschaftsschule Anlaufpunkt für die Ausbildungsbetriebe bzw. Auszubildenden unseres Einzugsbereiches. So trug sie auch wesentlich dazu bei, dass im Jahre 2003 insgesamt 63 Lehrlinge in der Landwirtschaft ihre Ausbildung aufnehmen konnten.